

Willy Klages

**Die Geheimorganisationen
des globalen
NWO-Terrorimperiums**

**Die
Neue Weltordnung
und die
Vereinten Nationen**

NWO-Sonderheft Nr. 8



Die Neue Weltordnung und die Vereinten Nationen

NWO-Sonderheft Nr. 8

Der NWO-Moloch Vereinte Nationen

Inhaltsverzeichnis	Seite
Die Gründung der Vereinten Nationen (UN)	2-7
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Vereinten Nationen von 1968 bis 2018	8-93
Schlußbemerkungen	93-94
Hinweise für den Leser	95-96
Quellen- und Literaturnachweis	

Die Gründung der Vereinten Nationen (UN)

Der Teufel bremst die Menschen so lange er kann; wenn er aber sieht, dass er das nicht mehr vermag, dann schiebt er sie mit solcher Gewalt, dass sie vornüber stürzen. ... Das hauptsächliche Mittel, das der Teufel verwenden wird ... ist dies: Er wird den unklugen Eifer der Christen fördern, um sie in diese drei Extreme, in die Schwärmerei, in den Aberglauben und in die übermäßige Härte gegen Widersacher, zu drängen.

Jonathan Edwards (1703-1758, nordamerikanischer Prediger)

Am 1. Januar 1942 unterzeichneten in Washington 26 Nationen - einschließlich UdSSR - den Pakt der "Vereinten Nationen" und verpflichteten sich, keinen Separatfrieden mit dem NS-Regime oder Japan abzuschließen (x041/123).

Im Pakt der "Vereinten Nationen" hieß es z.B. (x106/150): >>... Die unterzeichneten Regierungen ... sind überzeugt, daß ein vollständiger Sieg über den Feind von größter Bedeutung für die Verteidigung der Existenz, Freiheit und Unabhängigkeit der Nationen, die Erhaltung der Menschenrechte und der Gerechtigkeit in ihren eigenen wie in den anderen Ländern ist, die jetzt im gemeinsamen Kampf gegen die wilden und brutalen Kräfte stehen, die die Welt zu unterjochen drohen.

Sie verpflichten sich ... ihre militärischen und wirtschaftlichen Hilfsmittel gegen die Mitgliedsstaaten des Dreimächtepaktes, mit denen sie im Kriege stehen, einzusetzen und keinen separaten Waffenstillstand oder Frieden abzuschließen.<<

Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing schrieb im Jahre 1965 in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über den Pakt der "Vereinten Nationen" (x306/60-62): >>**What to do with Germany?**

Die Geschichte der amerikanischen Deutschlandplanung im Zweiten Weltkrieg ist die traurige Geschichte, wie Sachverstand und politische Verantwortung die Waffen strecken gegenüber dem ideologischen Fanatismus einer kleinen Gruppe, die sich gedeckt vom Sperrfeuer der "öffentlichen Meinung" frei zu entfalten vermag. ...

Das Außenministerium allein konnte dem Ansturm der Antigermanen nicht standhalten, deren

durchschlagendstes Argument war, daß sie den neuen Geist der Vereinten Nationen repräsentierten, während das Außenministerium lediglich das veraltete amerikanische Nationalinteresse vertrete.

Roosevelt entzog die Außenpolitik dem Einflußbereich des Kongresses, indem er Erklärungen und Protokolle unterzeichnete, Verwaltungsabkommen schloß und so völkerrechtliche Verträge, die der Genehmigung des Kongresses bedurft hätten, vermied. Eine dieser Erklärungen ist die der Vereinten Nationen, die am Neujahrstag 1942 von Roosevelt, Churchill, Litwinow und Sung unterzeichnet wurde. Die Unterzeichner stellten fest, daß sie in gemeinsamem Kampf gegen einen wilden und brutalen Feind stünden, dessen vollständige Niederlage für die Bewahrung der Menschenrechte und der Gerechtigkeit grundlegend sei. Sie verpflichteten sich, ihre ganze Kraft in diesem Kampf einzusetzen und keinen Separatfrieden zu schließen. Im übrigen beriefen sie sich auf die vielstrapazierte Atlantik-Charta.

Als Churchill im Weißen Haus gerade in der Badewanne saß, wurde er von Roosevelt gefragt, ob man die Kriegskoalition nicht die der Vereinten Nationen nennen könne. Churchill brummte seine Zustimmung, die Vereinten Nationen traten ins Leben.

Einen Tag nach der Unterzeichnung im Weißen Haus durch die vier Großmächte, durften die übrigen neugebackenen Vereinten Nationen ihre Unterschriften im Büro von Adolf Berle im Außenministerium abliefern. Es war ein wenig ansehnlicher Troß, der sich aus den britischen Dominien, 8 Exilregierungen und 9 mittelamerikanischen Satelliten der Vereinigten Staaten zusammensetzte. Daß der Tag der Vereinten Nationen am 14. Juni, dem Tag der amerikanischen Flagge, begangen wurde, galt als gutes Omen dafür, daß die neue, etwas gemischte Koalition dem amerikanischen Geist entsprechen würde. Man war der Überzeugung, daß eine entsprechend ausgewählte amerikanische Tradition in die neue und eine Welt hinüberleiten werde.

Für den ersten "Tag der Vereinten Nationen" sprach Roosevelt demnach über den Rundfunk das folgende Gebet:

"Gott der Freien, wir geloben heute unser Herz und unser Leben der Sache der gesamten Freien Menschheit. Unsere Erde ist nur ein kleiner Stern im großen Universum. Aber wir können, so wir wollen, aus ihr einen Planeten machen, der unbelästigt ist vom Kriege, verschont ist von Hunger und Furcht, ungespalten ist durch die sinnlosen Unterscheidungen von Rasse, Hautfarbe und Theorie. Der Geist des Menschen ist erwacht, und die Seele des Menschen ist vorangeschritten.

Gib uns das Geschick und den Mut, die Welt von der Unterdrückung und der alten gemeinen Lehre, daß die Starken die Schwachen aufessen müssen, weil sie stark sind, zu säubern. Schenke uns einen gemeinsamen Glauben, daß der Mensch Brot und Frieden, Gerechtigkeit und Rechtschaffenheit, Freiheit und Sicherheit, Gelegenheit und die gleiche Chance, sein Bestes zu tun, nicht nur in unserem Land, sondern in der ganzen Welt, kennenlernen wird. Und in diesem Glauben laßt uns marschieren, auf die saubere Welt zu, die unsere Hände schaffen können.

Amen." ...<<

Während der Konferenz von Bretton Woods (1.07. bis zum 22.07.1944) gründeten 44 Staaten der "Vereinten Nationen" einen internationalen Währungsfonds, um nach dem Kriegsende ein Weltwährungssystem zu errichten.

Im Verlauf der Konferenz von Dumbarton Oaks (21.08. bis zum 7.10.1944) empfahlen Nordamerika, England, die UdSSR und China die Auflösung des "Völkerbundes" und die Gründung der "Vereinten Nationen".

Die USA, Großbritannien, UdSSR und China vereinbarten während der Konferenz von Dumbarton Oaks (in der Nähe von Washington) am 9. Oktober 1944 die Gründung der "Vereinten Nationen" (Ersatz für den gescheiterten Völkerbund).

Im Verlauf der Jalta-Konferenz (4. bis 11. Februar 1945) auf der Halbinsel Krim beschlossen "Die Großen Drei" u.a. die Festlegung einer Gründungscharta für die "Vereinten Nationen". Jedes Mitglied des Sicherheitsrates erhielt im Konfliktfall ein Vetorecht und war dadurch später in der Lage, die Handlungsfähigkeit der UNO zu blockieren.

Am 16. Juni 1945 wurde das Statut der Vereinten Nationen veröffentlicht (x058/377-378):

>>Kapitel I: Ziele und Grundsätze.

Artikel 1: Die Ziele der Vereinten Nationen sind:

1. Internationalen Frieden und internationale Sicherheit aufrechtzuerhalten und zu diesem Zwecke: wirksame gemeinsame Maßnahmen zur Verhütung und Beseitigung von Bedrohungen des Friedens und zur Unterdrückung von Angriffshandlungen oder anderen Friedensbrüchen zu treffen und auf friedlichem Wege und gemäß den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts für die Schlichtung oder Entscheidung zwischenstaatlicher Streitfragen oder Regelung möglicherweise zu einem Friedensbruch führender Situationen zu sorgen;
2. freundschaftliches, auf Achtung für den Grundsatz gleicher Rechte und der Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen zwischen Nationen herbeizuführen und zu pflegen und andere geeignete Maßnahmen zur Stärkung allgemeinen Friedens zu treffen;
3. Zusammenarbeit der Nationen zu erzielen in der Lösung internationaler, wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Probleme und bei der Förderung und Unterstützung des Respekts für die Grund- und Freiheitsrechte des Menschen für alle, ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion; und
4. ein Mittelpunkt zu sein, von dem aus die Handlungen der Nationen zur Erreichung dieser gemeinsamen Ziele in Einklang gebracht werden.

Artikel 2: Die Organisation und ihre Mitglieder sollen entsprechend den in Artikel 1 festgestellten Zielen in ihren Handlungen folgende Grundsätze beobachten:

1. Die Organisation beruht auf dem Grundsatz gleicher Souveränität aller ihrer Mitglieder.
2. Um die aus der Mitgliedschaft sich ergebenden Rechte und Rechtsvorteile für alle Mitglieder zu sichern, sollen alle Mitglieder die von ihnen gemäß dem gegenwärtigen Pakt übernommenen Verpflichtungen in Treu und Glauben erfüllen.
3. Alle Mitglieder sollen ihre zwischenstaatlichen Streitigkeiten auf friedlichem Wege auf eine solche Weise schlichten, daß internationaler Friede und internationale Sicherheit und Gerechtigkeit nicht gefährdet werden.
4. Alle Mitglieder sollen in ihren zwischenstaatlichen Beziehungen Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen die Unversehrtheit des Gebietes oder politische Unabhängigkeit irgendeines Staates oder sonst irgendeine andere mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Handlungsweise unterlassen. ...

Artikel 4:

1. Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen steht allen anderen friedliebenden Staaten offen, welche die in dem gegenwärtigen Pakte enthaltenen Verpflichtungen übernehmen und nach Ansicht der Organisation fähig und willig sind, diese Verpflichtungen zu erfüllen. ...<<

Die UN-Satzung begann mit folgenden Worten (x069/202): >>Wir, die Völker der Vereinten Nationen, sind entschlossen, die nachfolgenden Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren, der zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Elend über die Menschen gebracht hat, und den Glauben an die fundamentalen Menschenrechte, an die Würde und den Wert der menschlichen Person und an die gleichen Rechte von Männern und Frauen und der großen wie der kleinen Völker erneut zu bekräftigen und Verhältnisse herzustellen, unter denen Gerechtigkeit und Achtung vor den Verpflichtungen aufrechterhalten werden können, die sich aus den Verträgen und anderen Quellen des Völkerrechts ergeben.<<

Die von den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges gegründeten Vereinten Nationen nannten in ihrer Charta als Zweck dieser Organisation die Sicherung des Friedens und der interna-

tionalen Sicherheit, die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Völkern, ihre Zusammenarbeit bei der Lösung internationaler politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Probleme sowie die Förderung und Achtung der Menschenrechte.

Am 26. Juni 1945 unterzeichneten in San Francisco 50 Nationen die Charta der Vereinten Nationen.

Die Satzungen der **Vereinten Nationen (UNO)**, vor allem **die Charta der Vereinten Nationen und die 'Allgemeine Erklärung der Menschenrechte'**, stammten in erster Linie von **US-Freimaurern**.

Bei der UNO-Gründung am 26. Juni 1945 waren unter den US-Delegierten mindestens 47 CFR-Mitglieder (unter anderen David Rockefeller).

Das UNO-Emblem stellt eindeutig ein Freimaurersymbol dar. Die 33 Gradfelder des Globus der UNO und die 33 Steine der Pyramide verweisen z.B. auf die 33 Grade des "Schottischen Ritus" der Freimaurer. Die 13 Ähren links und rechts des Globus zeigen die jüdische Glückszahl, die 13. Die 13 ist die wichtigste Zahl der Freimaurer und hat verschiedene Bedeutungen.

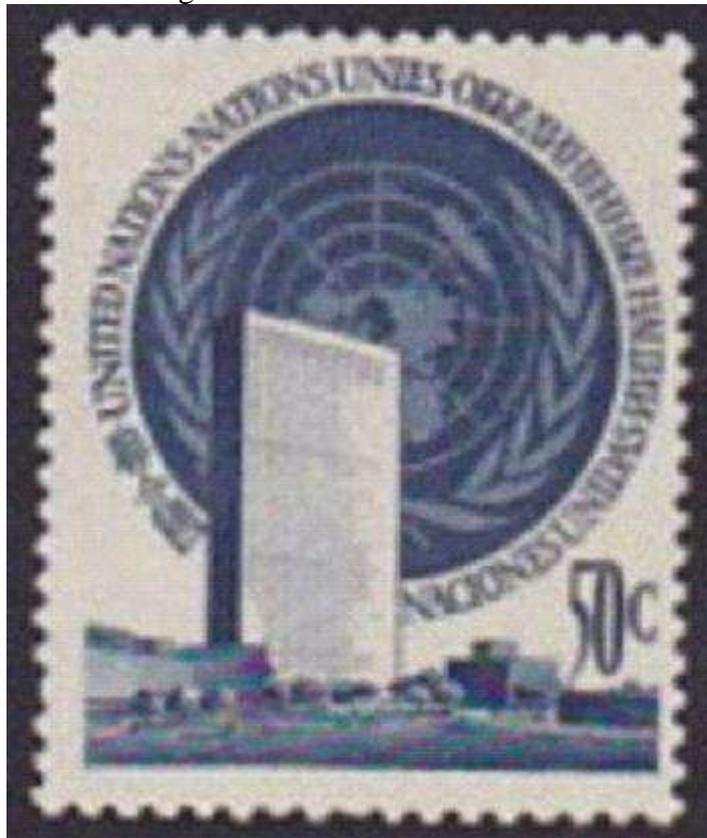


Abb. 70 (x297/203): Sonderbriefmarke mit dem Gebäude der UNO.

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über die Vereinten Nationen (x051/599-600): >>Vereinte Nationen, englisch United Nations (UN) oder United Nations Organization (UNO), Organisation fast aller Staaten der Erde mit Sitz in New York, gegründet am 26.6.45 durch die Unterzeichnung der - am 24.10.45 in Kraft getretenen - "Charta der Vereinten Nationen" durch 50 Staaten (alle Gegner des Deutschen Reiches im Zweiten Weltkrieg) zum Abschluß einer Konferenz in San Francisco (25.4.-26.6.).

Initiator der Gründung der Vereinten Nationen war US-Präsident Roosevelt; ihm wird auch die Prägung des Begriffs "Vereinte Nationen" zugeschrieben, der erstmals als Bezeichnung für die Gegner der Achsenmächte in der im Anschluß an die Atlantik-Charta abgegebenen "Erklärung der Vereinten Nationen" vom 1.1.42 auftauchte.

Die Charta nennt als Zweck der Vereinten Nationen die Sicherung des Friedens und der internationalen Sicherheit, die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Völkern,

ihre Zusammenarbeit bei der Lösung internationaler politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Probleme sowie die Förderung der Achtung der Menschenrechte. Grundsätze der Vereinten Nationen sind:

Gleichberechtigung aller Mitgliedsstaaten; ihre Verpflichtung, Streitigkeiten friedlich beizulegen, sich gegeneinander jeder Gewaltanwendung und -drohung zu enthalten und die Maßnahmen der Vereinten Nationen zu unterstützen; die Nichteinmischung der Vereinten Nationen in die inneren Angelegenheiten eines Staates; das Recht aller Staaten, die die Charta der Vereinten Nationen anerkennen, auf Aufnahme in die Organisation.

Die ursprünglich antideutsche Absicht der Vereinten Nationen, ausgedrückt in den sogenannten Feindstaatenklauseln, ist spätestens seit Aufnahme der Bundesrepublik und der DDR 1972 überwunden.<<

Bei der Gründungskonferenz der Vereinten Nationen wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, **daß die deutschen Vertriebenen und Flüchtlinge aufgrund der UN-Feindstaatenklauseln Artikel 53 und Artikel 107 der Charta der Vereinten Nationen von der internationalen Flüchtlingsfürsorge ausgeschlossen werden** (x024/344).

Der Uno-Gründung folgten später zahlreiche internationale NWO-Organisationen, wie z.B. NATO, EU, Internationaler Strafgerichtshof, IWF und Weltbank, Welthandelsorganisation, Atlantik-Brücke (förderte seit 1952 u.a. erfolversprechende Nachwuchspolitiker), Bilderberg-Konferenzen (seit 1954 fanden jährlich informelle Treffen von einflußreichen Personen aus Politik und Wirtschaft statt).

In Den Haag trat am 18. April 1946 erstmalig der neue Internationale Gerichtshof der Vereinten Nationen (UNO, später UN) zusammen. Die UNO-Mitglieder verpflichteten sich zum Verzicht auf Gewaltanwendung. Eingriffe in die jeweilige Landesgerichtsbarkeit sah der UNO-Gerichtshof nicht vor.

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen bestätigte am 11. Dezember 1946 in einer Resolution die "Nürnberger Prinzipien" und erteilte den Auftrag, einen Verbrechenkodex zu formulieren (x086/249) sowie die neuen Grenzen des Deutschen Reiches zu bestimmen.

Am 9. Dezember 1948 wurde die UN-Konvention "über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes" offiziell verabschiedet und verkündet (x075/52-53): >> Nach Erwägung der Erklärung, die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen in ihrer Resolution 96 (I) vom 11.12.1946 abgegeben wurde, daß Völkermord ein Verbrechen gemäß internationalem Recht ist, das dem Geist und den Zielen der Vereinten Nationen zuwiderläuft und von der zivilisierten Welt verurteilt wird,

In Anerkennung der Tatsache, daß der Völkermord der Menschheit in allen Zeiten der Geschichte große Verluste zugefügt hat, und

In der Überzeugung, daß zur Befreiung der Menschheit von einer solch verabscheuungswürdigen Geißel internationale Zusammenarbeit erforderlich ist,

sind die vertragsschließenden Parteien hiermit wie folgt übereingekommen:

Art. I. Die vertragsschließenden Parteien bestätigen, das Völkermord, ob im Frieden oder im Krieg begangen, ein Verbrechen gemäß dem internationalen Recht ist, zu dessen Verhütung und Bestrafung sie sich verpflichten.

Art. II. In dieser Konvention bedeutet Völkermord eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören:

a) Tötung von Mitgliedern einer Gruppe;

b) Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe;

c) vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen;

d) Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind;

e) gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe. ...<<

In dieser Erklärung der UNO-Generalversammlung hieß es ferner, daß niemand willkürlich festgenommen, in Haft gehalten oder des Landes verwiesen werden darf (Art. 9) und daß jeder Mensch das Recht hat, jedes Land, auch sein eigenes Land, zu verlassen sowie in sein Land zurückzukehren (Art. 13). Auch eine Verschwörung zur Begehung von Völkermord und bereits der Versuch, seien zu bestrafen.

Diese UNO-Konvention enthielt zwar keine eigene Strafnorm, aber sie verpflichtete die Signatarstaaten gemäß Art. VI, Handlungen, die als Völkermord definiert sind, unter Strafe zu stellen (x086/249).

Trotz Stimmenthaltung aller "Ostblockstaaten" wurde die UNO-Erklärung der Menschenrechte damals allgemein gültig.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den Tatbestand des Völkermordes (x051/608): >>Völkermord (Genozid), physische (auch kulturelle) Vernichtung nationaler, ethnischer, religiöser, sozialer oder rassischer Gruppen.

Der Tatbestand des Völkermordes ist so alt wie die Menschheitsgeschichte, der Begriff dafür wurde im 20. Jahrhundert entwickelt und völkerrechtlich gefaßt. In Ansätzen schon im Gefolge der Minoritätenverfolgungen in der Sowjetunion seit 1917 formuliert, wurde Völkermord kodifiziert nach den Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Ausrottungspolitik gegen Polen, Slawen und Juden (Endlösung): In Artikel 6c der IMT-Satzung vom 8.8.45 für die Nürnberger Prozesse wurde er unter die Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingereiht und am 9.12.48 Gegenstand des Abkommens zur Verhütung und Bestrafung des Völkermordes, das einstimmig von der UN-Vollversammlung angenommen wurde.

Zum Völkermord zählt danach bereits das körperliche und geistige Schädigen sowie das Töten von Mitgliedern einer Gruppe mit dem Ziel ihrer Zerstörung, was durch planmäßige Schaffung unerträglicher Lebensbedingungen, Vertreibung, Geburtenverhinderung u.a. geschehen kann.

1954 trat die Bundesrepublik dem Abkommen bei und schuf in § 220a StGB einen Straftatbestand des Völkermordes.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über den Tatbestand des Völkermordes (x026/35): >>... Als Völkermord betrachtet die UNO-Resolution über den Genozid vom 9. Dezember 1948 ebenso wie das deutsche Strafrecht (§ 220a des Strafgesetzbuches) nicht nur die physische Vernichtung bestimmter Gruppen, sondern auch andere Formen der Verfolgung, die zur Zerstörung der Identität dieser Gruppen führen.

Die Stämme der Schlesier, Ostpreußen, Wolgadeutschen usw. haben praktisch zu existieren aufgehört; das Geschehen in den Vertreibungsgebieten - die größte Vertreibung der Weltgeschichte - müßte als Genozid eingestuft werden, selbst wenn es nicht so viele Menschenleben gekostet hätte.<<

Am 10. Dezember 1948 beschloß die UN-Generalversammlung der Vereinten Nationen eine allgemeine Deklaration der Menschenrechte. Die UN-Konventionen zum Schutz der Menschenrechte wurden danach für alle UN-Mitgliedstaaten zum bindenden Recht. Alle Staaten, die der UN beitraten, waren demnach verpflichtet, die Menschenrechte in ihren nationalen Rechtssystemen umzusetzen.

Bei allen internationalen Vereinbarungen über die Menschenrechte handelte es sich um verbindliche Rechtsakte. Die Einhaltung der Menschenrechte wurde durch die zuständigen Gremien des UN-Menschenrechtshochkommissariats in Genf überwacht und konsequent durchgesetzt.

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Vereinten Nationen von 1968 bis 2018

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (39/1968) berichtete am 23. September 1968 über die "FEINDSTAATEN-KLAUSEL": >>>Form des Klassenkampfes

Bonn's zweiter Kanzler Ludwig Erhard hatte vor drei Jahren selbstsicher verkündet: "Die Nachkriegszeit ist zu Ende." Bonn's dritter Kanzler Kurt Georg Kiesinger mußte erkennen, daß sie noch gar nicht begonnen hat.

Denn 23 Jahre nach dem verlorenen Krieg haben die Deutschen den Frieden noch nicht gewonnen. Von neuem beansprucht die Sowjet-Union ein Recht, das ihr vor genau 24 Jahren im Kriege gegen Hitler zugestanden wurde: in Deutschland zu marschieren.

Damals, am 21. August 1944, drei Monate nach der alliierten Invasion in Nord-Frankreich, waren die Außenminister der USA, Großbritanniens, Chinas und der Sowjet-Union in Dumbarton Oaks, einem Landhaus der US-Regierung in der Nähe Washingtons, zusammengekommen, um den Entwurf einer "Charta der Vereinten Nationen" zu paraphrasieren.

Acht Monate später, am 25. April 1945, stimmten die kriegführenden Alliierten und ihre 42 Verbündeten dem Entwurf zu. Die neue Friedensordnung sollte alle Nationen für alle Zeit vor gewaltsamer Bedrohung schützen.

Ausgeschlossen von der Uno-Schutzgarantie blieben nur Hitlers Deutsches Reich und reine Verbündete: Die Artikel 53 und 107 der Uno-Charta entzogen diesen "Feindstaaten" auf unbeschränkte Zeit der Uno-Kompetenz ...

Nach der deutschen Kapitulation machte die Sowjet-Union bis 1952 siebenmal von den Feindstaatenklauseln Gebrauch; so, als sie

- 1948 bei der Blockade Berlins den Uno-Sicherheitsrat unter Berufung auf den Artikel 107 durch ihr Veto daran hinderte, den Fall vor die Vollversammlung zu bringen;
- 1950 bei der Uno-Debatte über die Lage der Kriegsgefangenen in Rußland die Vereinten Nationen unter Hinweis auf den Artikel 107 für unzuständig erklärte.

Doch dann verschwanden die Feindstaatenklauseln auch aus dem Arsenal der Sowjet-Diplomatie.

Die ehemaligen Hitler-Verbündeten Bulgarien, Ungarn, Rumänien, Italien, Finnland und Japan wurden selbst Mitglieder der Uno. Und die Westmächte versprachen der Bundesrepublik in ihrer Londoner Erklärung vom 3. Oktober 1954, sie entsprechend dem Artikel 2 der Uno-Charta (Achtung der souveränen Gleichheit, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten) als gleichberechtigten Staat zu betrachten. Ein Jahr danach versicherte auch die Sowjet-Union der DDR, daß die gegenseitigen Beziehungen "auf voller Gleichberechtigung, gegenseitiger Achtung der Souveränität ... beruhen".

Doch der Schein trug. Zwölf Jahre später, im November 1967, kramte Moskau die Uno-Klauseln wieder die feindlichen Staaten aus der Rumpelkammer des Völkerrechts. In einem Aide-mémoire an die Bonner Regierung wies die Sowjetregierung darauf hin, daß sie sich entsprechend der Uno-Charta weiterhin zu "Maßnahmen gegen irgendeinen Feindstaat" - und mithin auch gegen die Bundesrepublik - berechtigt fühle.

Die Bundesrepublik, so dozierte die Sowjetregierung, könne "keinen Anspruch auf die gleiche Stellung, wie sie die anderen europäischen Staaten haben ... erheben". Denn: "Im Unterschied zu diesen Staaten hat die BRD nicht nur keinen Friedensvertrag, sondern betreibt außerdem eine Politik, die den Frieden bedroht."

Schwaben-Kanzler Kiesinger forcht (fürchtete) sich: "Die Sowjet-Union könnte die Charta der UN zum Vorwand nehmen, um bei uns gewaltsam zu intervenieren." Offenbar wolle der Kreml "uns in die Knie zwingen".

Und des Kanzlers außenpolitischer Zuredner Eugen Gerstenmaler bekam Angst, "daß sich der Kreml das Recht vorbehalten will, wenn immer ihm das richtig erscheint ... gegen die Bundes-

republik ... vorzugehen, wie er es jetzt gegen die Tschechoslowakei tut".

Zwar versuchte Außenminister Willy Brandt mit der Versicherung zu beruhigen, die westlichen Alliierten hielten die Feindstaatenklauseln für "obsolet", für überholt. Doch schnell stellte sich heraus, daß die Bündnispartner von diesen Klauseln noch nie ausdrücklich abgerückt waren. Und auch Brandt mußte einräumen: "Selbst haben sie dies so deutlich noch nicht erklärt."

In der Tat: Von keiner der Siegermächte wurden die Verliererklauseln je außer Kraft gesetzt. Unter Völkerrechtlern aber ist obendrein noch strittig, ob sie je in Kraft treten könnten.

Geht man - wie die Juristen des Bonner Auswärtigen Amtes - davon aus, daß die Regeln des allgemeinen Völkerrechts, die jedes Staates Integrität garantieren, über der Uno-Charta stehen, so sind die Feindstaatenartikel nichts als reines Verfahrensrecht der Uno. Prägnant resümierte die "Frankfurter Allgemeine" die Bonner Sicht: "Die Feindstaaten sollten kein Recht haben, die Uno um Hilfe anzurufen. Das ist alles."

Geht man jedoch - wie sowjetische Völkerrechtler - davon aus, daß die Uno-Charta das Völkerrecht ist, so ermächtigen die Feindstaatenklauseln die Siegermächte zu den von Moskau angedrohten "Maßnahmen".

Stellt man - wie das Bonner Auswärtige Amt (AA) - den Nato-Vertrag "als Lex specialis über die Uno-Charta" (Willy Brandt), so sind die Feindstaatenklauseln für die Dauer des Bündnisses nicht anwendbar.

Stellt man aber - wie die Rechtslehrer des Ostens - die Uno-Charta über den Nato-Vertrag, so gehen die Feindstaatenklauseln im Falle einer "aggressiven Politik" der Bundesregierung den Bündnisverpflichtungen der westlichen Nato-Partner vor.

Uneins sind sich Moskau und der Westen überdies darüber, wer nach Artikel 107 der Uno-Charta - wenn überhaupt - wo intervenieren kann.

Nach Auffassung der Westmächte nämlich beschränkt das Potsdamer Abkommen die in Artikel 107 festgestellte "Verantwortung für solche Maßnahmen" auf das Besatzungsgebiet der jeweiligen Siegermacht. Verantwortung für "Deutschland als Ganzes" könnten die vier ehemaligen Besatzungsmächte nur gemeinsam wahrnehmen.

Die Sowjetregierung hingegen legt das Potsdamer Abkommen so aus, als räume es jedem Signatarstaat das Recht ein, seine Verantwortung für Deutschland als Ganzes im Alleingang wahrzunehmen und notfalls auch zu intervenieren - nach dem Grundsatz des Moskauer Völkerrechtlers D. B. Lewin. "Völkerrecht ist eine Form des Klassenkampfes."

In solchem Wirrwarr der Interpretationen wandte sich die Bundesregierung hilfesuchend an ihre drei großen westlichen Bündnispartner: Doch verbindliche Rechtsauskunft mochten auch sie nicht erteilen.

London erklärte, es betrachte "die sogenannten Feindstaatenklauseln als irrelevant in dieser Situation". In welcher Situation sie relevant sein könnten, ließ die britische Regierung offen.

Paris befand, die russische Interpretation sei "mißbräuchlich und ungenau". Wie genau sie ist, sagte die französische Regierung nicht.

Und Washington versicherte, daß die Artikel 53 und 107 der Sowjet-Union nicht das Recht einräumten, "einseitig mit Gewalt in der Bundesrepublik Deutschland zu intervenieren". Ob eine mehrseitige Intervention möglich wäre, verschwieg das Weiße Haus.

Bonn war so klug als wie zuvor. Kanzler Kiesinger mochte nun plötzlich das "dumme Gerede der Nichtjuristen" nicht mehr hören. Vor dem Fraktionsvorstand der CDU/CSU rüffelte er am letzten Mittwoch Parteifreunde, die sich - wie er - über die Feindstaatenklauseln allzusehr aufgeregt hatten. Denn wer das tue, so meinte der Regierungschef, erkenne damit indirekt den russischen Standpunkt an, daß sie anwendbar seien.

Die Polit-Planer des Auswärtigen Amtes haben mittlerweile in den so bedrohlich scheinenden Uno-Klauseln gar wohlthuende Wirkungen für die deutsche Wiedervereinigungspolitik ent-

deckt.

AA-Chef Brandt: "In den Artikeln steckt etwas, was wir nicht einfach beiseite schieben sollten, nämlich die Verantwortung der vier Mächte gegenüber Deutschland als Ganzem - bis zu einer friedensvertraglichen Regelung." <<

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik wurden am 18. September 1973 in die Vereinten Nationen aufgenommen, obwohl sie weiterhin zu den sog. "Feindstaaten" des Zweiten Weltkrieges gehörten.

Aufgrund der UN-Feindstaatenklauseln (Artikel 53 und 107) können gegen Feindstaaten des Zweiten Weltkrieges, ohne besondere Ermächtigung durch den UN-Sicherheitsrat, Zwangsmaßnahmen verhängt werden. Die Alliierten sind z.B. ermächtigt, bei aggressiven politischen Ausnahmeständen in Deutschland jederzeit ohne ein UN-Mandat militärisch einzugreifen.

Die UN-Feindstaatenklauseln (Artikel 53 und 107) gegen Deutschland wurden auch später nicht aufgehoben und existieren noch immer.

Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schrieb später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die UN-Feindstaatenklausel (x306/177-179): >>... Überall sind - jahrelang nicht beachtet - Relikte des Ausnahmerechtes gegen die Besiegten des Zweiten Weltkrieges (und dessen Ausdeutungen in Gesinnungen) vorhanden. Sie brauchen nur reaktiviert zu werden. Die Sowjetunion hat diese Relikte die ganze Nachkriegszeit hindurch weiterentwickelt und zur konsequenten Basis ihrer Deutschlandpolitik gemacht. Sie kann daher der westlichen, aus sich ständig wandelndem Stückwerk bestehenden Deutschlandpolitik eine östliche Deutschlandpolitik entgegenstellen, die durch die durchdachte Verknüpfung ihrer Teilstücke weit über die russischen Grenzen hinaus werbend wirkt.

Die Antikommunisten haben diese Deutschlandpolitik zurückgewiesen, weil sie den kommunistischen Stempel trug, die Liberalen haben sie verspottet, weil ihr Sprachgewand nicht den von ihnen gesetzten stilistischen Maßstäben genügte. Nach der Herkunft und dem Zusammenhang hat keiner von beiden gefragt.

Das heute noch gültige Ausnahmerecht gegen die Besiegten des Zweiten Weltkrieges beginnt mit der Charta der Vereinten Nationen. Nach Art. 53 und Art. 107 sollen die Bestimmungen der Charta nicht auf Maßnahmen anwendbar sein, die von den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges gegen die Besiegten getroffen werden. So konnte anlässlich der Berliner Blockade 1948 gegen einen Antrag der Vereinigten Staaten auf Aufnahme der Berlinfrage in die Tagesordnung der Vereinten Nationen von der Sowjetunion mit Berufung auf Art. 107 der UNO Satzung eingewandt werden, daß die Zuständigkeit der Vereinten Nationen dort zu Ende gehe, wo Maßnahmen gegen ehemalige Feindstaaten des Zweiten Weltkrieges getroffen würden.

Als ein CDU-Abgeordneter im Sommer 1964 davon erfuhr und im Bundestag anfragte, was es mit diesen Artikeln auf sich habe und was die Bundesregierung unternommen habe, um sie beseitigen zu lassen, antwortete Staatssekretär Prof. Dr. Carstens im Namen der Bundesregierung, daß die deutsche Diplomatie sich nicht gedrängt gefühlt habe, etwas zu unternehmen, da die Artikel durch die Umstände überholt seien und nicht mehr angewandt würden. Verwunderlich, warum sie dann nicht beseitigt werden können.

Worauf der Staatssekretär anspielte, ist, daß sich die westlichen Alliierten im Friedensvertrag mit Japan 1951 verpflichtet haben, sich auch Japan gegenüber von den Grundsätzen des Art. 2 der UNO-Satzung, der die Gleichberechtigung der Staaten festlegt, leiten zu lassen.

Die drei Westmächte gaben später bei der Londoner Konferenz am 3. Oktober 1954 eine ähnliche Versicherung gegenüber der Bundesrepublik zu Protokoll. Nur haben weder die Westmächte gegenüber den südosteuropäischen Verbündeten der Sowjetunion, noch Rußland und China gegenüber Deutschland und Japan eine solche Verzichtserklärung abgegeben. Die Bestimmungen, die ein dauerndes Ausnahmerecht gegenüber den Besiegten festlegen, sind nur

im Gedächtnis deutscher Diplomaten beseitigt. Die Sowjetunion hat die Ausnahmebestimmungen gegen die Besiegten des Zweiten Weltkriegs stets gepflegt und sorgsam aufrechterhalten.

Der Art. 53 der UNO-Satzung hat das Ziel, "die Wiederaufnahme der Angriffspolitik der Besiegten zu verhindern". Wenn die Sowjetunion durch Zitieren dieser Bestimmung den von ihr 1955 geschlossenen Warschauer Pakt, einen Militärpakt, der sie mit den Staaten ihres Einflußbereiches verbindet, mit der UNO-Satzung in Übereinstimmung brachte, so handelte es sich nicht, wie vielfach angenommen, um eine polemische Formel, die die aus der Bundesrepublik drohenden Gefahren an die Wand malen sollte, um so die Bündnispartner leichter vor den eigenen Wagen zu spannen, sondern um eine Berufung auf eine internationale Ordnung, der die Vereinigten Staaten einmal zugestimmt hatten und von der abzurücken der Sowjetunion nicht zum Vorteil gereicht.

"Wiederaufnahme der Angriffspolitik" ist ein Urteil, das über Maßnahmen einer Wiederbewaffnung, bestimmte Waffenausrüstungen deutscher Truppen, über Paktbeitritte und bloße Gesinnungsäußerungen gleichermaßen gefällt werden kann.

Es ist die Schwäche des Adenauerschen Weges der schrittweisen Wiedergewinnung der Souveränität, daß das politische System der Ausnahmebestimmungen gegen die Besiegten des Zweiten Weltkriegs dadurch "überholt" wurde, daß man es durch stillschweigendes Einverständnis mit den westlichen Bündnispartnern für überholt gelten ließ. Einverständnis setzt beiderseitiges Wohlwollen voraus. Lockert sich das Wohlwollen, muß es durch Geschenke wiedererworben werden. Adenauer unterscheidet sich vom Reiter über den Bodensee dadurch, daß er nicht ganz ans Ufer gelangt ist.

Auch in einer ganzen Reihe weiterer Verträge, die von kommunistischen Staaten geschlossen wurden, wird die Berufung auf die UNO-Satzung mit Bestimmungen gegen die Bundesrepublik logisch gekoppelt. Der polnisch-sowjetische Vertrag vom 8. April 1965, der den von 1945 nach 20jähriger Laufzeit ersetzte und Polen und die Sowjetunion zu einer gemeinsamen Deutschlandpolitik verpflichtet, bezieht sich in seiner Präambel auf die UNO-Satzung und darauf, "daß der westdeutsche Militarismus die Sicherheit in Europa bedroht".

In Art. 5 verpflichten sich die beiden vertragschließenden Parteien, "alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel anzuwenden, um die Gefahr einer Aggression von seiten der westdeutschen Kräfte des Militarismus und der Revanche oder von seiten irgendeines Staates, der mit diesen Kräften ein Bündnis abschließen würde, zu beseitigen". Die Sowjetunion und Polen berufen sich auf das politische System von 1945, das sie nie verlassen haben. Die Amerikaner beginnen zu entdecken, daß dieses System für sie auch erhebliche Vorteile brachte. De Gaulle ruft immer wieder zur Abkehr von Jalta und zur Errichtung eines neuen Gleichgewichtes auf.

Nur die deutsche Politik nimmt die großen Tendenzen der Zeit, auch dort wo sie der Hauptbetroffene ist, nicht zur Kenntnis. Es ist eine Berufskrankheit der Juristen, die Augenblickslage in allen ihren Details scharf zu erfassen, ohne dabei die großen Tendenzen zu sehen, die in sie hineingeführt haben und wieder aus ihr herausführen. Das für die Bundesverwaltung charakteristische "Juristenmonopol" läßt die Bundesrepublik im Abstieg immer weiter voranschreiten, ohne daß sie dessen gewahr wird.<<

Der israelische Politiker Abba Eban (1915-2002, von 1948-59 ständiger Vertreter Israels bei der UNO) erklärte am 11. November 1975 zur "Zionismus-Rassismus-Erklärung der UN" (x128/369-370): >>... Die Vereinten Nationen sind als Anti-Nazismus-Bündnis ins Leben getreten, 30 Jahre später sind sie im Begriff, das Weltzentrum des Antisemitismus zu werden. Es gibt kein anderes Tribunal, von dem sich solche Flut von Schmähreden Jahr für Jahr über die Werte, Ideale und Glaubenssätze ergießt, die das jüdische Volk seit Jahrhunderten verehrt.

Es ist eine erschreckende Wahrheit, daß sich Hitler selbst in einem Forum heimisch gefühlt hätte, daß einem waffentragenden Arafat Beifall spendet und dem mörderischen Idi Amin Ge-

horsam gehuldigt hat.

Es gibt natürlich keinerlei Unterschied zwischen dem Antisemitismus und der Verneinung des jüdischen Staates. Der klassische Antisemitismus leugnet die Gleichberechtigung von Juden als Bürger innerhalb der Gesellschaft.

Der Antizionismus leugnet die auf seine rechtmäßige Souveränität bezogene Gleichberechtigung des jüdischen Volkes innerhalb der Gemeinschaften der Nationen. Der gemeinsame Nenner für beide Fälle ist die Diskriminierung.

Man hat nichts anderes getan, als das Prinzip der Diskriminierung aus dem Bereich der individuellen Rechte auf den der kollektiven Identität zu übertragen.

Denn der Zionismus ist nicht mehr – auch nicht weniger – als das jüdische Bewußtsein von Ursprung und Bestimmung in dem Land, das mit seinem Namen auf ewig verbunden ist. Mit seiner Hilfe strebt die jüdische Nation nach einer authentischen Erfüllung ihrer selbst. ...

Der Zionismus kann auf mannigfache Weise definiert werden. Ich habe eine knappe Formulierung in Erinnerung, die vor 28 Jahren gemacht wurde, als die arabischen Armeen Israel am Tage seiner Gründung überfielen. Andrej Gromyko sagte im Sicherheitsrat am 21. Mai 1948, daß die militärischen Operationen der Araber "die Unterdrückung einer nationalen Befreiungsbewegung zum Ziele hätten".

Geradeso einfach ist es. Die Wahrheit ändert sich nicht, nur weil diejenigen, die sie proklamieren, ihrer eigenen Wahrheit müde werden. ...<<

Ein US-Politiker berichtete im Jahre 1985 über die Arbeit der Vereinten Nationen (x067/165):
>>... Teuer, nutzlos, schwatzhaft, antiwestlich, antisemitisch, unrealistisch, handlungsunfähig - jeder Vorwurf stimmt und wird mit jeder Vollversammlung berechtigter, die nach großen Reden ergebnislos auseinandergeht. ...<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (1/1989) berichtete am 2. Januar 1989: >>**Die Menschen- und Bürgerrechte**

Die französische Nationalversammlung deklarierte am 26. August 1789 die Menschen- und Bürgerrechte; sie umfassen insgesamt 17 Artikel:

Die als Nationalversammlung eingesetzten Vertreter des französischen Volkes haben in der Erwägung, daß eine Unkenntnis, ein Vergessen oder Verachten der Menschenrechte die alleinigen Ursachen des öffentlichen Unglücks und der Korruption der Regierungen sind, beschlossen, in einer feierlichen Erklärung die natürlichen, unveräußerlichen und heiligen Rechte des Menschen darzulegen, damit diese Erklärung allen Teilen der Gesellschaft immer vor Augen steht und sie unablässig an ihre Rechte und Pflichten erinnert; damit die Handlungen der legislativen und exekutiven Gewalt zu jeder Zeit mit dem Zweck jeder politischen Einrichtung verglichen können und dadurch entsprechend geachtet werden; damit die Ansprüche der Bürger von heute an auf einfachen unbestreitbaren Grundsätzen beruhen und immer auf die Erhaltung der Verfassung und das Glück aller hinzielen.

Demzufolge anerkennt und erklärt die Nationalversammlung in Gegenwart und unter dem Schutz des Höchsten Wesens nachstehende Menschen- und Bürgerrechte:

Artikel I: Die Menschen sind und bleiben von Geburt an frei und gleich an Rechten. Soziale Unterschiede dürfen nur im allgemeinen Nutzen begründet sein.

Artikel II: Das Ziel einer jeden politischen Vereinigung besteht in der Erhaltung der natürlichen und unveräußerlichen Menschenrechte. Diese Rechte sind Freiheit, Eigentum, Sicherheit und Widerstand gegen Unterdrückung.

Artikel III: Die Nation bildet den hauptsächlichen Ursprung jeder Souveränität. Keine Körperschaft und kein Individuum können eine Gewalt ausüben, die nicht ausdrücklich von der Nation ausgeht.

Artikel IV: Die Freiheit besteht darin, alles tun zu können, was dem anderen nicht schadet. Somit hat die Ausübung der natürlichen Rechte jedes Menschen nur die Grenzen, die anderen

Mitgliedern der Gesellschaft den Genuß derselben Rechte garantieren. Diese Grenzen können nur gesetzlich festgelegt werden.

Artikel V: Dem Gesetz allein obliegt es, die der Gesellschaft schädlichen Handlungen zu verbieten. Alles, was nicht gesetzlich verboten ist, kann nicht verhindert werden, und niemand kann gezwungen werden, etwas zu tun, was das Gesetz nicht befiehlt.

Artikel VI: Das Gesetz ist der Ausdruck des allgemeinen Willens. Alle Bürger haben das Recht, persönlich oder durch ihre Vertreter an seiner Gestaltung mitzuwirken; es soll für alle gleich sein, mag es beschützen, mag es bestrafen. Da alle Bürger vor dem Gesetz gleich sind, haben sie entsprechend ihren Fähigkeiten auch gleichermaßen Zugang zu allen Würden, Stellungen oder öffentlichen Ämtern, ohne einen anderen Unterschied als den ihrer Tugend oder ihrer Talente.

Artikel VII: Kein Mensch kann anders als in den gesetzlich verfügten Fällen und den vorgeschriebenen Formen angeklagt, verhaftet oder gefangengehalten werden. Wer willkürlich Befehle verlangt, ausfertigt, ausführt oder ausführen läßt, muß bestraft werden; wenn ein Bürger auf Grund des Gesetzes vorgeladen oder festgenommen wird, muß er sich sofort beugen, durch Widerstand macht er sich schuldig.

Artikel VIII: Das Gesetz soll nur unbedingte und offensichtlich notwendige Strafen festlegen. Niemand kann auf Grund eines Gesetzes bestraft werden, das nicht vor der Tat erlassen und verkündet wurde und zur Anwendung gekommen ist.

Artikel IX: Da jeder Mensch nur so lange für unschuldig gilt, wie er nicht für schuldig befunden ist, soll, wenn eine Verhaftung unumgänglich ist, jede unnötige Härte zur Versicherung seiner Person gesetzlich streng verboten sein.

Artikel X: Niemand darf wegen seiner Meinung, selbst religiöser Art, belangt werden, solange die Äußerungen nicht die gesetzlich festgelegte öffentliche Ordnung stören.

Artikel XI: Der freie Austausch von Gedanken und Meinungen ist eines der kostbarsten Menschenrechte; jeder Bürger kann im Rahmen der gesetzlichen Regelungen frei schreiben, reden und drucken.

Artikel XII: Die Sicherung der Menschen- und Bürgerrechte erfordert eine Streitmacht, die zum Vorteil aller eingesetzt wird und nicht zum besonderen Nutzen derer, denen sie anvertraut ist.

Artikel XIII: Für den Unterhalt der Streitmacht und für die Kosten der Verwaltung ist eine allgemeine Abgabe unumgänglich. Sie muß unter Berücksichtigung der Vermögensverhältnisse gleichmäßig auf alle Bürger verteilt werden.

Artikel XIV: Die Bürger haben das Recht, selbst oder durch ihre Vertreter die notwendigen öffentlichen Ausgaben zu überprüfen, sie in freier Entscheidung zu bewilligen, ihre Verwendung zu kontrollieren, die Veranlagung, Eintreibung und Dauer zu bestimmen.

Artikel XV: Die Gesellschaft hat das Recht, von jedem öffentlichen Beamten Rechenschaft über seine Verwaltung zu fordern.

Artikel XVI: Jede Gesellschaft, in der die Garantie dieser Rechte nicht erfolgt und die Gewaltenteilung nicht festgeschrieben ist, hat keine Verfassung.

Artikel XVII: Da das Eigentum ein unverletzliches und heiliges Recht ist, kann es niemandem genommen werden, es sei denn, ein gesetzlich fundierter öffentlicher Bedarf macht dies unumgänglich und eine gerechte Entschädigung wird vorher festgelegt.<<

David Rockefeller (1915-2017, gründete 1973 mit Zbigniew Brzezinski und anderen die Geheimorganisation "Trilaterale Kommission") erklärte im Jahre 1994 vor dem UN-Wirtschaftsausschuß (x335/9): >>Wir stehen vor einer globalen Transformation. Alles, was wir brauchen, ist eine große Krise, und die Nationen werden die Neue Weltordnung akzeptieren. ...<<

Im September 1995 wurde während der 4. Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen in Peking das sogenannte "Gender-Mainstreaming" eingeführt. Es ging damals zunächst ledig-

lich um die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Beseitigung patriarchaler Rückstände.

Jose Ayala Lasso (von 1994-1997 erster Hoher Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte) erinnerte im Jahre 1995 an den 50. Jahrestag der Vertreibung der Reichs- und Volksdeutschen (x268/98): >>Wenn die Staaten seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges mehr über die Vertreibung der Deutschen nachgedacht hätten, dann wären die heutigen Katastrophen und Vertreibungen, die vor allem als ethnische Säuberungen bezeichnet werden, vielleicht nicht in diesem Umfang vorgekommen. ...<<

Der österreichische Publizist Erik von Kuehnelt-Leddihn (1909-1999) berichtete im Februar 1998 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 2 – 1998 (x853/...): >>**Ehe und Familie, bedroht, bedrängt, belagert**

Wenn wir über die Krise von Ehe und Familie reden, müssen wir uns vor Augen halten, daß diese Tragödie im Rahmen einer spezifischen Kultur und Zivilisation stattfindet. Was aber charakterisiert diese in Euramerika?

Vor allem die Erste und dann die zweite Aufklärung unserer Tage, ferner auch die üble Erbschaft der Französischen Revolution mit ihren sadistischen Greuelthaten, die erst im Spanischen Bürgerkrieg und in der Chinesischen Kulturrevolution ihre Nachahmer fanden. Der Hauptideologe der Französischen Revolution, der Marquis de Sade, war in dieser Beziehung nicht nur "Philosoph", sondern auch "Praktikant". Dieser radikal linken Revolution entstammen unsere Demokratie, der Nationalismus, der Nationalsozialismus und der Internationalsozialismus mit allen deren Abarten. (Der Rassismus des 19. Jahrhunderts kam erst durch die Geburtshilfe des Darwinismus richtig auf die Welt)

Wir erwähnten den Begriff "links". Was ist nun aber wirklich "links"? Hier müssen wir daran denken, daß wir mit einem Sektor des Tierreichs einen "animalischen" Herdentrieb gemeinsam haben, dank dessen uns die Gesellschaft gleichrassiger, gleichnationaler, gleichaltriger, gleichgeschlechtlicher, gleichweltanschaulicher, gleichinteressierter und mit gleichem Geschmack begabter Menschen angenehm und kongenial ist. Man ist ganz "unter sich". So wie ein Schaf in seiner Herde oder eine Ameise in ihrem Bau.

Da wir aber Menschen ... sind, haben wir auch den Trieb zur Vielfalt, der dem Tierreich fehlt. Darum genießen wir die Gesellschaft des anderen Geschlechts, die Abwechslung in der Nahrung, die Debatte mit Andersdenkenden, und vor allem das Reisen in ferne Gegenden, die in jeder Hinsicht eine totale Abwechslung bieten und auch "abenteuerlich" sind. Der "diversitären" Sehnsucht nach Vielfalt stehen die "identitären" (und "egalitären") Triebe der Einfalt gegenüber. (Zehn Zehnpfennigstücke sind "gleich" einer Mark, aber sie sind mit ihr nicht identisch. Das Einmarkstück ist aber identisch und gleich jedem anderen Markstück desselben Prägungsjahres.)

Dieser Einfalt entstammen Wunschträume von Ländern mit nur einer Sprache, einer Rasse, einer Klasse, einer Partei, einer Ideologie, einem Schultyp, einer Kleidung, einem Bildungsgrad. (Robespierre hatte schon die Uniformierung aller Franzosen und die Zerstörung aller "undemokratisch" hohen Kirchtürme geplant, was da und dort auch durchgeführt wurde. Auch an die physische Vernichtung der Elsässer dachte man, da diese sich nicht der "republikanischen Sprache" bedienten.

In seinem Testament sagte der heilige Ungarnkönig Stefan dem heiligen Emmerich: "Mein Sohn, ein Reich von nur einer Sprache und einer Sitte ist zerbrechlich und dumm", wohl ein Ausspruch, den der moderne Mensch in seiner phantasielosen Einfalt kaum verstehen könnte. Alle "Unterschiede" erscheinen ihm politisch, administrativ, wirtschaftlich und moralisch belastend.

Nun muß man einmal die Problematik der Ehe und der Familie im Rahmen unseres zutiefst "linken" Zeitalters, das gottlos oder nur noch vom Geruch einer leeren Flasche lebt, und nicht

isoliert im luftleeren Raum betrachten. 1989 wurde die linke ökonomisch geschlagen. Nun aber rüstet sie sich zum biologischen Kampf.

Da ist nicht nur die Frage zu beantworten, was der Mensch ist, sondern auch was es bedeutet, ein Mann oder eine Frau zu sein. Der Mensch hat einen dreifachen Aspekt: Er ist einerseits als Ebenbild Gottes geschaffen (Genesis, 1, 27), andererseits aber ist sein Sinn von Kindheit an auf das Böse gerichtet (Genesis, 8, 21) und überdies ist er durch die Erbsünde in seiner Natur verwundet.

Männer und Frauen sind jedoch körperlich und seelisch völlig verschieden. Zwar sind ihre geistigen Eigenschaften nur "statistisch" anders gelagert; so könnte man zum Beispiel sagen, daß Männer eher brutal und Frauen eher grausam sind, doch kann man keine Regel daraus ableiten. Man nehme nur einmal 12 Farbtuben; mit diesen kann man völlig verschiedene Bilder malen, wobei auch die Farben quantitativ und nicht nur lokativ ganz anders verteilt sind. Die neuere Forschung, auch stark durch den Feminismus angeregt, hat in den letzten Jahren immer weitere, zusätzliche Geschlechtsunterschiede wissenschaftlich festgestellt, die aber schon immer geahnt wurden.

Von den hormonalen Unterschieden wissen wir längst, vom männlichen "Y" in jeder Zelle aber erst mit Sicherheit seit 1958. Nun wurde in den letzten 20 Jahren viel Hirnforschung betrieben und auch da wieder taten sich Abgründe auf. Daß Frauen gewisse Dinge wohl tun, andere aber kaum bewältigen können, wurde von naiven Gemütern oft mit der jahrtausendlangen Unterdrückung der Frau begründet, dabei aber vergessen, daß jede Frau einen "ungebundenen" Vater und jeder Mann auch eine "geknechtete" Mutter hatte, also das Generationsargument völlig haltlos ist.

Frauen komponieren nur in den seltensten Fällen (doch hätte auch in der Vergangenheit niemand einem jungen Mädchen ein Notenheft aus der Hand gerissen), Mathematikerinnen von Weltruf sind äußerst selten, ebenso Schachmeisterinnen und Philosophinnen.

Männer lieben das Abstrakte, Frauen das Detail und das Konkrete. Wer Säuglinge betreut, darf nicht in den Wolken schweben. In den bildenden Künsten sind Frauen nur in Ausnahmefällen extrem hoch produktiv, aber sprachlich sind sie äußerst begabt (nicht nur im gesprochenen, sondern auch im geschriebenen Wort) und was sie durch reine Intuition und Inspiration vermögen, ist anscheinend außerhalb jeder wissenschaftlichen Forschungsmöglichkeit.

Nur dumme Männer verachten das weibliche Geschlecht oder legen ihm (wie der arme Strindberg) ungerechterweise männliche Maßstäbe an.

Es geht hier also (wie bei den Rassen) nicht um Über- und Unterlegenheit, sondern um weitgehende Verschiedenheiten, die der Linken nicht behagen. Sie will diese ganz einfach nicht wahrhaben.

Besonders in den Vereinigten Staaten, ursprünglich einer sehr aristokratischen Republik, in der die Demokratie seit 1828 immer größere Siege errang, tobt die Debatte nicht nur um das sehr delikate Thema der Rasseigenschaften, sondern auch um die Unterschiede zwischen den Geschlechtern, wobei die Feministinnen in der Frage "Natur oder Aufziehung?" alle Geschlechtsunterschiede auf den jahrtausendealten "Patriarchalismus" zurückführen wollen.

Doch die egalitär-identitäre Ideologie unseres Zeitalters will von der Idoneität ("Eignung") der Menschen nichts wissen. Jedermann ist "mündig", jedermann kann über jegliches Ding reden und ein Urteil fällen, alle sind "gleich", alle können wählen, alle sind "auswechselbar". ... Unterschiede zu sehen, zu machen oder zu bewerten ist "undemokratisch". Ja, die (angenommene) Gleichheit ist doch eine Grundbedingung im politischen Prozeß. Wenn nicht alle Bürger "gleich" sind, wie kann man sie da nach dem Urnengang addieren?

Nun aber ist die Familie, vor allem die Großfamilie, eine "diversitäre", eine hierarchisch gegliederte Gruppe bestehend aus drei Generationen und zwei Geschlechtern mit einer ganzen Reihe von Beziehungsmöglichkeiten - Großeltern zu Eltern, Eltern zu Kindern, Kinder zu

Großeltern, Geschwister untereinander, Onkel-Tanten zu Neffen-Nichten, Vettern und Basen. Die Familie bedeutet Autorität, Liebe, Tradition, Gehorsam, Treue, Freundschaft, Bindung, Loyalität, Vorfahrenverehrung, Respekt, Aufopferung, Hilfsbereitschaft, aber weder Gleichheit, noch Nämlichkeit, und unterliegt auch nicht dem Zahlenzauber der stets auf Wechsel erpichten Demokratie.

Die alte Ordnung war vertikal, die jetzige, linke, aber ist horizontal. Heute schiebt man die Großeltern gerne ins Altersheim ab, die Kinder in die Ganztagschule.

So ist die Familie in unserer Zeit ein wahrer "Fremdkörper" geworden, der womöglich durch seinen Autoritätsanspruch für einige gute Leute fast "faschistoid" wirkt. (Der Antiautoritarismus geht ja manchmal so weit, daß ein Wiener "Theologe" von Christi Jüngern als von Seinen "Haberern" d.h. Freunden, Kumpeln, schreibt, doch war Er ... der HERR.)

Darum hat die Linke, die auch den stets totaler werdenden Staat beherrscht, mit ihren horizontalen Leidenschaften sich stets gegen die "Exklusivität" der Ehe und Familie gewandt. Und natürlich auch auf der politischen Ebene gegen die Monarchie, die ja auf Ehe und Familie basiert und in der Christenheit (so wie die katholische Kirche) eine übernationale Einrichtung war. Im Jahre 1910 hatten von den souveränen Staaten eigentlich nur Serbien und Montenegro einheimische Dynastien.

(Die Hohenzollern waren keine Preußen, die Romanows waren mit Peter II. ausgestorben und das Haus Savoyen war französisch.) Die "Nationalmonarchien" waren zu gutem Teil Produkte des linken Nationalismus im 19. Jahrhundert.

Freilich war das traditionelle Weltbild Europas patriarchal-elterlich: da war Gott-Vater im Himmel, der heilige Vater in Rom, der Monarch der Vater des Vaterlands und der Vater als König in der Familie. Doch da war auch Maria als Königin des Himmels, die regierende Königin oder Kaiserin gelegentlich das Haupt der Dynastie und die Frau und Mutter das Herz der Familie und oft als Witwe die Stelle ihres Mannes übernehmend. Die Kirche gestand ihr ebenso wie dem Mann immer das Wichtigste zu: die Möglichkeit der Heiligkeit.

Aber hier auf Erden (wo wir alle nur Pilger auf dem Weg in die Ewigkeit sind und keine Bleibe haben) ist die Idoneität, d.h. die "Eignung" im Rahmen der Gesellschaft ausschlaggebend. Das gilt für Männer genau so wie für Frauen. Maurer sollen keine Herztransplantationen ausführen, Chirurgen keine Brücken entwerfen, Schornsteinfeger keine Uhren reparieren und Frauen nicht Scharfrichter, Soldaten, Bergleute oder Kanalräumer werden.

Der Feminismus, den wir heute in Nordeuropa und Nordamerika haben, ist teils die Reaktion auf die Misogynie in diesen Ländern, zu gutem Teil ist er aber auch das Resultat einer abstrusen Verachtung aller positiven weiblichen Werte, also eines sterilen Selbsthasses. Von den Geschlechtern gilt auch weitgehend die ernüchternde Bemerkung Freuds: "Anatomie ist Schicksal".

Der heilige Johannes Chrysostomus meinte, daß der Mann für die Frau Sicherheit, die Frau aber für den Mann Trost bedeute. Aufgabe der Frau ist es nun einmal, Kinder zu gebären und sie aufzuziehen. Ihre Rolle als Mutter, als Gattin, als Hüterin des Heims, als Quelle der Eingebungen und Ermutigungen ist nicht nur innerhalb des Christentums immer geehrt und bewundert worden.

Die Frau ist für die Völker und daher auch für die Geschichte von größter Bedeutung. Wo man sie ins Abseits drängt, kommt es zum kulturellen Stillstand. Als Brotverdienerin ist sie in einer christlichen Gesellschaft nur in zweiter Linie berufen, und wenn ein Konflikt zwischen ihrer natürlichen Berufung, ihren Pflichten und dem Erwerb für den Götzen "Lebensstandard" entsteht, sollten ihr von Gott (Heiden würden sagen: "von der Natur") gegebenen Aufgaben deutlich den Vorrang haben. Lebensstandard und Lebensqualität sind nicht dasselbe. Niemand wird mir sagen, daß die Menschen in Stockholm glücklicher sind als in Sevilla.

IV.

Die Ehe selbst ist eine "Eidgenossenschaft", aber es ist gerade die feste Bindung, die dem "modernen Menschen" zuwider ist.

Er ist eine Mischung von Papagei und Chamäleon, also ein Papamäleon, oder auch ein Jerk. ein amerikanischer Ausdruck, der wörtlich übersetzt "Ruck" bedeutet, aber für einen jüngeren Mann verwendet wird, der "geschwind", oberflächlich, wurzellos, etwas zynisch, abgeschmackt, ungebildet, unzuverlässig, also keineswegs "ideal" für eine Ehe ist, denn eine Ehe, die auch Kinder in die Welt setzt, ist nun einmal ein äußerst ernsthafter Bund. Im feudalsten Zeitalter war die ganze Gesellschaft auf Treuebündnisse gegründet. Das galt beileibe nicht nur für den Adel, sondern auch für Klerus, Bürgertum und Bauernschaft.

Basis der Ehe ist weltweit (was wir oft vergessen) weder Eros, noch Sexus, sondern die elterliche Vorsorge. Jean Guilton schrieb, daß in den gehobeneren Schichten Frankreichs erst mit Anbruch dieses Jahrhunderts die Liebesehe in den Vordergrund trat. Hermann Keyserling trat für die "Standesehe" ein und betrachtete eine Ehe primär aufgrund einer sexuellen Anziehung als infame Verirrung. Doch auch auf den Eros ist bekanntlich kein Verlaß. Thomas von Aquin erwähnte die Freundschaft als sichere Grundlage und tatsächlich sollten sich Brautleute fragen, ob ihr Partner *ein Freund auf Lebenszeit* sein könnte, denn die Treue gehört wesenshaft zur Freundschaft und nicht zum Eros und schon gar nicht zum Sexus.

Doch die Ehe hatte schon seit jeher ihre Feinde. Da war zuerst einmal der Staat, der immer und überall eine gewisse annexionistische Tendenz hat, besonders in seiner "laizistischen" Form. Es war Frankreich, das durch die Revolution und dem Code Napoleon (1804) die Zwangszivilehe einführt, die dann im Kulturkampf durch Bismarck übernommen, im Dritten Reich weitergeführt und, wie so viele braune Gesetze, von der Zweiten österreichischen Republik wacker als nationalsozialistisches Erbstück beibehalten wurde.

Martin Luther betrachtete zwar die Ehe als "ein weltlich Dinge", aber er hielt dennoch an ihrer Unauflöslichkeit fest und verbot die Wiederverheiratung Geschiedener. (Einmal drückte er allerdings ein Auge zu). Hier muß man sich immer daran erinnern, daß Luther kein Lutheraner war und der heutige "Lutheranismus" durch die Erste Aufklärung in ihr wahres Gegenteil verkehrt worden ist. Auch die anglikanische Kirche hat bis in unsere Tage die Wiederverheiratung von Geschiedenen offiziell nie gestattet.

Der katholischen Lehre nach ist die Ehe ein Sakrament (das biblische Wort für Sakrament ist *my sterion*), das sich die Brautleute mit dem Segen der Kirche gegenseitig spenden. Kurioserweise verbieten viele "liberale" Demokratien diesen persönlichen wie auch kirchlichen Akt ohne vorhergehende staatliche Zeremonie.

Doch die Ehe ist eben nicht nur eine biologische, sondern auch eine existentielle und moralische Einrichtung. "Treue bis in den Tod" ist eines ihrer Leitmotive, aber für Treue und Glaube steht im Griechischen und Lateinischen dasselbe Wort (*pistis beziehungsweise fides*). Auch im Deutschen sind Treue und Trauen wie auch Vertrauen verwandt. ... Die Ehe ist sowohl "Hingabe" an einen anderen als auch die Möglichkeit der "Erschaffung" eines neuen Menschen.

V.

Dagegen kämpft die Linke von allen Seiten, sie schießt darauf aus allen Rohren. Sie tut dies durch Gesetze, sie "verstaatlicht" die Ehe, sie beraubt sie ihrer Absolutheit, sie versucht die Familie durch den Versorgungsstaat zu ersetzen, sie bestimmt den Erziehungscharakter der Kinder und nicht zuletzt greift sie ihre biologisch-moralische Grundlage an.

Mit dem Marxismus einst innig verbunden, versucht sie sich nun mit einem veränderten, obwohl nicht ganz neuem Profil. (Der Marxismus hatte einen enormen Anfangserfolg dank seiner wirtschaftlichen Ignoranz, die auf einer ganzen Kette "klarer, aber falscher Ideen" beruhte. Jedoch, je dümmer die Idee, desto größer und schneller der Erfolg bei den Massen. Das Chri-

stentum brauchte 300 Jahre bis zum äußeren Erfolg.)

So manchem Linken fällt der Abschied von der kollektiven Staatswirtschaft gar nicht so schwer. Das einst so sozialistische Schweden hat gezeigt, daß der Versorgungsstaat auch den bösen "Kapitalismus" beherbergen kann, und China gibt uns jetzt das schöne Beispiel einer "freien Marktwirtschaft im Sozialismus".

(Die "patriotischen Kapitalisten" hatte Mao nicht nur toleriert, sondern auch gepflegt - wenn sie auch später, während der "Kulturrevolution", mit Lehrern und Bonzen manchmal auf die viehischste Art umgebracht oder sogar, wie in den Provinzen Guangxi und Hunan abgeschlachtet und von terrorisierten Bürgern buchstäblich aufgefressen wurden.

Was die Linke heute anstrebt ist nach wie vor der totale Staat, der allein imstande ist, einen gleichmacherischen Horizontalismus zu fördern und die Freiheit als "liberale" Gegenleistung auf den Unterleib zu beschränken. Daß dies zu einem barbarischen Zustand führt, wußte auch Freud (ein rechtsdralliger Atheist), der dem Christentum dankte, am Ende der Antike den Eros vor dem Sexus gerettet zu haben. Er war ein Gegner der Promiskuität und wußte, daß eine Kultur ohne "Repression" undenkbar ist. Und dieser antiheliche und antifamiliäre Destruktivismus wird grundsätzlich und mit Fanatismus betrieben.

Die neue Regelung der Familiennamen ist nur dem Chaos förderlich, die Demoralisierungsbestrebungen jedoch bilden das weitaus größere Übel. Dank der Abschachtung der Ungeborenen geht sie bis zum Mord. Als Folge der Amoralpropaganda steigt nicht nur die Anzahl der vorgeburtlich Ermordeten, sondern auch der unehelich Geborenen und damit der existentiell vaterlosen Kinder.

Sie beträgt in den USA bei der weißen Bevölkerung über 30 Prozent, bei den Farbigen über 60, beides mit stark ansteigender Tendenz (wobei freilich die neue Rollenverteilung der Geschlechter ein wichtiger Faktor ist).

Die psychologischen Probleme dieser "vaterlosen" Einzelkinder, die dann später in ihrem Leben an den Folgen ihrer Erziehung schwer leiden werden, dürfen nicht vergessen werden. Über den Unfug, der mit dem "Sexualunterricht" getrieben wird, können Eltern und Seelsorger ein Lied singen.

Aber nicht genug damit: der gleichgeschlechtlichen "Liebe" wird zunehmend ein offizieller Status gegeben, und homosexuellen Pärchen, die gesetzliche Ansprüche auf steuerliche und andere Eheprivilegien machen, werden Adoptivkinder zugebilligt. (Der "New Yorker" veröffentlichte eine Scherzzeichnung, in dem eine lesbische Mutter einem ungezogenen Kind sagt: "Na, warte nur, du Schlingel, wenn die zweite Mama nach Hause kommt!") Auch die amerikanischen Homosexuellen stehen in der Regel links (wie auch anderswo), denn sie sind ja "identitär". Mit Geschlechtsunterschieden können sie nichts anfangen.

Die kommunistischen britischen Hochverräter, angefangen mit Philby, waren fast alle Homosexuelle und dies obwohl so geartete Unglückliche gerade in der UdSSR brutal verfolgt wurden. Kein Wunder auch, daß Walt Whitman, der große Barde der ursprünglich so unamerikanischen Demokratie, ein Schwuler war, den Thomas Mann mit dem Hinweis auf sein Gebrechen als echten Vertreter einer demokratischen Mentalität zitierte.

Doch bei uns stehen die Dinge auch nicht besser, wenn ein evangelisches Diakoniewerk ein sexuelles Gesellschaftsspiel mit anatomischen Details für Kinder herausgibt oder ein in der Schweiz aktiver holländischer Pastor ein Buch veröffentlicht, in dem die Pädophilie für ihre Praktizierer wie auch für ihre Opfer im Kindesalter als höchst "gesund" dargestellt, ja geradezu empfohlen wird.

Die liberale Demokratie hat ein Janusgesicht mit einem egalitär-identitären und einen freiheitlichen Aspekt. Die Demokratisten wollen alles "demokratisieren", aber in der echten Ehe ist das ebenso unmöglich wie in der katholischen Kirche, in Banken, Kasernen, Schulen, Fabriken, Bauernhöfen oder Atomkraftwerken.

Der liberalen Komponente sind ebenfalls Grenzen gesetzt. Zellen, die sich unbegrenzt vermehren, muß man auch Schranken setzen, sonst können sie tödlich werden. Völker, die keine Werte haben, sind wertlos und gehen in der Geschichte unter. Sie sterben nur zu oft ganz einfach aus, wenn sie nicht von anderen Völkern überrollt werden.

Die Krise der Ehe und der Familie würde da verhängnisvoll die Weichen stellen. Diese Krise (Krisis heißt ursprünglich "Urteil") kann nicht isoliert behandelt oder gar geheilt werden. Kulturen bilden, wie der menschliche Körper, stets ein Ganzes. Ebenso wenig könnte man die Syphilis heilen, indem man die einzelnen Geschwüre herauschnitt und die Wunden dann kosmetisch behandelte.

Diese Krise ist ein einzelner (wenn auch zentraler) Teil einer Un-Ordnung, die vor über 200 Jahren ihren Anfang nahm und immer "kritischer" wird. Im Kern ist sie natürlich ein theologisches Problem, denn nur eine theistische Religion kann dem Menschen eine Antwort auf die Frage des Woher, des Wohin, des Warum und des Wie geben. Auch ein "natürliches Sittengesetz" von Menschen erforscht kann das praktisch nicht, sondern nur Gottes geoffenbartes Wort. ...<<

Dr. Wolfgang Thüne, damals stellvertretender Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, schrieb anlässlich des Tages der Heimat 1999 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" am 4. September 1999 (x887/...): >>Menschenrechte sind unteilbar

... Seit 2.000 Jahren gilt sowohl für den Staat als auch den Privatmann der hehre Satz des römischen Rechts: Niemand kann mehr Rechte übertragen als ihm selbst gehören. Umgekehrt: Niemand kann auf etwas verzichten, das ihm gar nicht gehört. Die Grundrechte sind Individualrechte, über die der Staat nicht verfügen darf. Er hat sie zu achten und zu schützen, das ist der Auftrag des Bürgers an "seinen" Staat. Wenn der Staat aufgrund seiner Machthoheit absichtlich gegen die eine ihm obliegende Sorgfaltspflicht verstößt, dann macht er sich einer regulären Amtspflichtverletzung seinen Bürgern gegenüber schuldig und ist zum Ersatz des Schadens verpflichtet.

Bei allen "Ostverträgen" wurde Artikel 25 des Grundgesetzes ignoriert, der besagt, daß das Völkerrecht nicht nur Bestandteil des Bundesrechts ist, sondern ihm sogar im Range vorgeht. Das Recht auf die angestammte Heimat ist ebenso wie das daraus resultierende Recht auf Rückkehr oder das Recht auf Restitution anerkanntes Völkerrecht. Die Haager Landkriegsordnung aus dem Jahre 1907 verbietet es dem Besatzer, das Privateigentum einzuziehen und die Menschen kollektiv aus der Heimat zu vertreiben.

Das Nürnberger Militärtribunal kennzeichnete 1945 Deportationen und Vertreibungen nicht nur als Kriegsverbrechen, sondern als Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die Vollversammlung der Vereinten Nationen bezeichnete die "Prinzipien von Nürnberg" als allgemeingültig und erklärte Vertreibungen generell zu unverjähren Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Auch Zwangsumsiedlungen sind Vertreibungen, auch wenn, wie im Potsdamer Abkommen vom August 1945 gefordert wird, sie "human" erfolgen sollten. Es gibt keine "humane" Vertreibung, keinen "humanen" Völkermord!

Der bei den Vereinten Nationen in Genf tätige amerikanische Völkerrechtler Prof. Alfred de Zayas schrieb im Ostpreußenblatt vom 6. September 1991: "Völkerrechtlich gesehen verjähren weder Verbrechen gegen die Menschlichkeit noch Völkermord. Auch wenn die meisten Täter bereits verstorben sind: Ihre Verbrechen sind nicht verjährt. Was die staatliche Verantwortung bzw. Haftung betrifft, so ist sie keineswegs erloschen. Ferner sind die Menschenrechte der Opfer zu berücksichtigen. Wo Recht gilt, da ist auch Abhilfe zu schaffen ... Es muß eine Reparation für die Opfer geben." ...

Vertreibungen hören nämlich dann - und erst dann - auf, wenn sich die Vertreiber nicht länger an den Früchten fremder Arbeit bereichern können, wenn sich Vertreibung erstens nicht lohnt und zweitens vor Menschenrechtstribunalen geahndet und bestraft wird. ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt " berichtete am 8. Juli 2000 (x887/...): >>**Die Diskriminierung muß weg**

55 Jahre "Feindstaatenklausel" - wie lange noch?

Die Vereinten Nationen stehen für Recht und Gerechtigkeit zwischen den Völkern, sie stehen für Sicherheit und 55 Jahre nach Unterzeichnung der Charta der Vereinten Nationen vom 26. Juni 1945 auch für Kontinuität.

Kontinuität kann bisweilen auch die Ungerechtigkeit und das Unrecht haben. Die Charta beinhaltet für die heutige Zeit unhaltbare weil in hohem Maße ungerechte Regelungen. Artikel 53 Absatz 1 Satz 2,2 und 3. Halbsatz und Absatz 2 sowie Artikel 107 der Charta der Vereinten Nationen erklären beispielsweise Deutschland zum "Feindstaat" und damit für vogelfrei.

Die Bestimmungen der Artikel 53 und 107 der Charta diskriminieren Deutschland, Österreich und Japan, indem Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen ohne Zustimmung des Sicherheitsrates Zwangsmaßnahmen gegen diese Länder beschließen können, ohne daß hierdurch gegen die Charta verstoßen würde.

Gemäß VN-Charta gelten die damaligen Achsenmächte im Zweiten Weltkrieg Deutschland, Österreich, Italien, und das verbündete Japan als sogenannte Feindstaaten. ...

Bleibt die Feindstaatenklausel rechtlich gültig und mag ihre Anwendung auch noch so sehr theoretischer Natur sein, kann dies nur noch als beabsichtigte Diskriminierung verstanden werden.

Aus Sicht deutscher Heimatvertriebener ist die aus der Charta erwachsende Diskriminierung gleich doppelter Natur, da über die Diskriminierung der Artikel 53 und 107 der VN-Charta hinaus auch das Selbstbestimmungsrecht der Völker gemäß Artikel 1 Ziffer 2 der VN-Charta für die Bevölkerung der deutschen Ostprovinzen, die zu Millionen brutal vertrieben wurde, keine Verwirklichung erfährt. Dieser völkerrechts- und menschenrechtswidrige brutale Akt der Vertreibung wird seit den verschiedenen Vertreibungen in den letzten zehn Jahren auf dem Balkan vom Internationalen Strafgerichtshof gewissenhaft verfolgt.

Die Vertreibung der Deutschen bleibt trotz gegenteiliger Erklärungen der Vereinten Nationen ein Ausnahmefall, denn Jahrzehnte nach den Nürnberger Prozessen findet eine strafrechtliche Verfolgung der Verbrechen Angehöriger der Vertreiberstaaten, selbst wenn ihnen individuelles Unrecht im Sinne menschenrechtswidriger Verbrechen nachgewiesen werden kann, nicht statt. ...<<

Hermann Hitthaler berichtete auf seiner Webseite "www.gottliebtuns.com" über die "Neue Weltordnung" (x938/...): >>**Auf dem Weg zur Weltherrschaft**

Vereinte Nationen - UNO

Dunkle Mächte beherrschen die Welt.

Die neuen Organisationen, die die Round-Table-Groups weitgehend ersetzen, verfolgten einen doppelten Zweck. Sie dienten als Brains Trust oder Denk-Tanks, die dem Hauptzweck der Förderung des Eine-Welt-Ideals diene. Da sie direkte Verbindungen zu den obersten Befehlsebenen des Großgeschäfts, einschließlich Banken, mit Regierungen und politischen Parteien und Universitäten unterhielten, dienten diese Körperschaften auch als inoffizielle Arbeitsämter, deren Aufgabe darin bestand, angemessen indoktrinierte Rhodes-Schüler in Positionen zu schleusen, wo man von ihnen erwarten konnte, daß sie ihren ganzen Einfluß ausüben würden, um die gemeinsame Vision eines Eine-Welt-Himmels auf Erden verwirklichen zu helfen. ...

Wen dieser Bereich interessiert, kann hier viele Informationen finden und Hintergründe erfahren, ohne Gewähr: Round Table, CFR ...

Während des Zweiten Weltkrieges Planung der Aufrichtung der VEREINTEN NATIONEN - UNO

1. Das CFR, mit der Ausarbeitung für Nachkriegspläne beauftragt, entwirft die Statuten der VEREINTEN NATIONEN

Dies ist die Gruppe, die die Vereinten Nationen ersann - der erste große, erfolgreiche Schritt auf dem Weg zu einem Welt-Superstaat. Mindestens 47 CFR-Mitglieder waren unter den amerikanischen Delegierten bei der Gründung der Vereinten Nationen in San Franzisko im Jahre 1945. Es waren neben anderen:

Harold Stassen, John J. McCloy, Owen Lattimore (der vom senatsinternen Sicherheitsausschuß ein "bewußtes Bindeglied der sowjetischen Verschwörung" genannt wurde), Alger Hiss (kommunistischer Spion), Philipp Jessup, Harry Dexter White (kommunistischer Agent), Nelson Rockefeller, John Foster Dulles, John Carter Vincent und Dean Acheson.

Um sicher zu sein, daß die kommunistischen Parteimitglieder die Wichtigkeit der Etablierung der UN verstanden, gab das offizielle theoretische Parteijournal Political Affairs in seiner April-Ausgabe 1945 folgende Anordnung:



"Allgemeine Unterstützung und großer Enthusiasmus sollten hervorgerufen werden, gut organisiert und leidenschaftlich artikuliert. Doch dies genügt nicht. Die Opposition muß so hilflos gemacht werden, daß sie unfähig ist, irgendeine bedeutende Unterstützung im Senat gegen die Charta der Vereinten Nationen und die nachfolgenden Verträge zu finden."

Es ist erstaunlich, daß sich die Parteien noch niemals die Frage stellten, weshalb sie eine Organisation unterstützen müssen, die von den ihnen verhaßten Per-

sönlichkeiten der Wall Street beherrscht wird. Die meinungsbildenden Vertreter der Massenmedien haben sich geradezu selbst übertroffen, indem sie die UN als Friedensorganisation anstatt als Fassade der internationalen Bankiers darstellen.

Die Mitglieder des CFR beherrschten nicht nur die Einrichtung der UN, sie standen auch dem amerikanischen Präsidenten bei den Konferenzen in Teheran, Potsdam und Jalta zur Seite, wo Millionen von Menschen den Händen Joseph Stalins ausgeliefert wurden - eine gewaltige Ausdehnung der kommunistischen Verschwörung. Verwaltungsassistent von F. D. Roosevelt war zu dieser Zeit ein Schlüsselmitglied des CFR namens Lauchlin Currie, der später von J. Edgar Hoover als Sowjetagent identifiziert wurde.

So vollendet hat das CFR das Außenministerium in den vergangenen 38 Jahren beherrscht, daß außer Cordell Hull, James Byrnes und William Rogers alle Staatssekretäre CFR-Mitglieder waren. Rogers war kein Mitglied, doch Mr. Nixons Hauptberater in auswärtigen Angelegenheiten, Prof. Henry Kissinger, wechselte aus dem Stab des CFR zu diesem Posten über. Auch die Untersekretäre des Außenministeriums sind fast durchweg Mitglieder.

2. Eindeutiges Ziel des CFR ist und bleibt Errichtung einer Weltregierung, einer "internationalen Ordnung"

Auch heute arbeitet das CFR aktiv auf sein Hauptziel hin, die Regierung über die ganze Welt -

einer Regierung, die von den Insidern und deren Verbündeten kontrolliert werden soll. Das Ziel des CFR ist also schlichtweg die Abschaffung der Vereinigten Staaten mit ihrer konstitutionell garantierten Freiheit. Und es wird noch nicht einmal versucht, dies zu verbergen: Study Nr. 7, vom CFR am 25. November 1959 veröffentlicht, rät offen zur "Bildung einer neuen internationalen Ordnung, (welche) dem Verlangen der Welt nach Frieden (und) nach sozialer und wirtschaftlicher Veränderung entsprechen muß. ... eine internationale Ordnung (das Codewort für Weltregierung) ... inklusiv der Staaten, die sich selbst als Sozialisten (Kommunisten) bezeichnen."

Diese Motivation wird für die verständlich, die die Mitgliederliste des CFR studiert haben. Internationale Bankorganisationen, die gegenwärtig Mitglieder des CFR stellen, sind u.a.: Kuhn-Loeb & Co.; Lazard Freres (direkt verbunden mit Rothschild); Dillon Read; Lehman Bros.; Goldman, Sachs; Chase Manhattan Bank; Morgan Guaranty Bank; Brown Bros. Harriman First National City Bank; Chemical Bank and Trust und Manufacturers Hanover Trust Bank.

Führende Männer von folgenden großen Gesellschaften sind Mitglieder des CFR: Standard Oil, IBM, Xerox, Eastman Kodak, Pan American, Firestone, US Steel, General Electric und American Telephone and Telegraph Company.

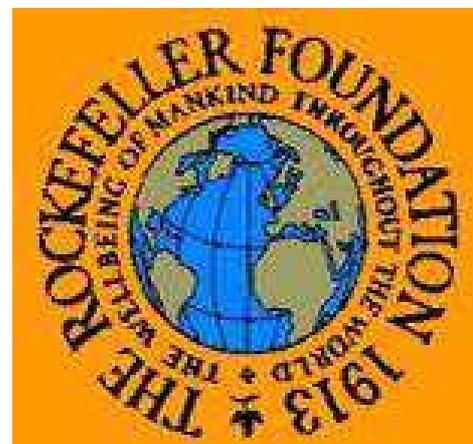
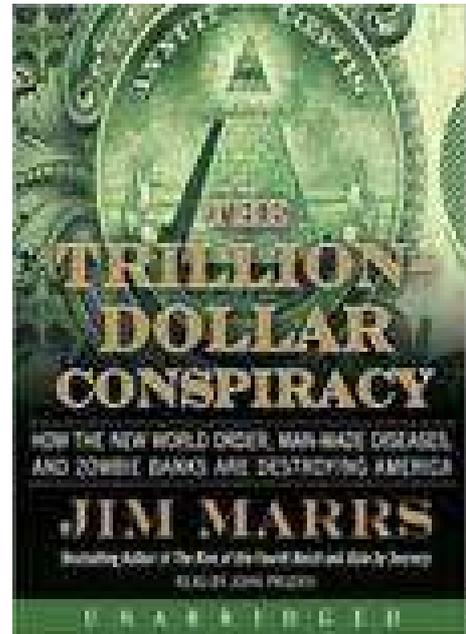
Ebenfalls Mitglieder der CFR sind Männer von so offensichtlich linksgerichteten Organisationen wie der Fabian Socialist Americans for Democratic Action (FS), die Socialist League for Industrial Democracy - früher Intercollegiate Socialist Society - und die United World Federalists, die offen zu einer Weltregierung mit den Kommunisten raten.

So ergebene sozialistische Arbeiterführer wie vormals Walter Reuther, David Dubinsky und Jay Lovestone waren ebenfalls Mitglieder des CFR. Man hält diese Männer und Organisationen doch für eingefleischte Gegner der oben aufgeführten Banken und Gesellschaften, dennoch gehören sie demselben Lager an. Es liegt auf der Hand, warum diese Tatsache nicht publik gemacht wird.

Das CFR ist völlig verknüpft mit den großen Stiftungen und den sogenannten "Denkfabriken". Mit eingeschlossen in diese Verknüpfung sind die Rockefeller-, Ford- und Carnegie-Stiftungen und die Rand-Corporation, Hudson Institut, Fund - for - the - Republic und Brookings Institute.

Unter den Kommunikationsgesellschaften, die im CFR vertreten sind, finden wir: National Broadcasting Corporation, Columbia Broadcasting Corporation, Time, Life, Fortune, Look, Newsweek, New York Times, Washington Post, Los Angeles Times, New York Post, Denver Post, Louisville Courier Journal, Minneapolis Tribune, die Knight-Zeitungen, McGraw-Hill, Simon & Schuster, Random House, Little Brown & Co., McMillan Co., Viking Press, Saturday Review, Business Week, Harper Bros, und den Club "Das Buch des Monats".

Wenn die Kontrolle einer Organisation über ein solches Aufgebot von Firmen unmöglich erscheint, so nur deshalb, weil die meisten Leute nicht wissen, daß die Gründer solcher Giganten wie der New



York Times und NBC (Nationale Rundfunkgesellschaft) von Morgan, Schiff und deren Verbündeten ausgewählt, finanziert und dirigiert wurden. David Ochs von der Times und David Sarnoff von der RCA (Radiogesellschaft von Amerika) sind Beispiele hierfür. Beide erhielten frühe finanzielle Hilfe durch Kuhn-Loeb & Co. und eine Morgan-Bürgschaft.

Alle diese Firmen und Gesellschaften haben die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Öffentlichkeit das CFR nicht entdeckt und seine Rolle bei der Erschaffung einer sozialistischen Welt-diktatur nicht ausfindig macht. ...

Stiglitz und der Herdentrieb

Der Nobelpreisträger und Informationsökonom Joseph E. Stiglitz läßt keinen Zweifel daran, daß eine kritische Presse dem Herdentrieb entgegenwirken könnte, der Spekulationsblasen entstehen läßt. Der Journalismus könnte für die nötigen "checks and balances" sorgen und "zur Gesundung von Märkten beitragen, die den Bezug zur Realität verloren" haben. Andererseits macht Stiglitz klar, weshalb solch ein Anspruch vielfach Wunschdenken bleibt: Journalisten "stehen nicht abseits vom Rest der Gesellschaft". Auch sie werden leicht von der Herdenmentalität erfaßt - es gebe starke Anreize, weshalb sie sich meist nicht "gegen den herrschenden Wind" stemmen könnten.

Auch Stiglitz sieht "in der symbiotischen Beziehung" zwischen Journalisten und ihren Quellen eine große Gefahr. Dieses enge Verhältnis füge der Gesellschaft oftmals Schaden zu. Zudem verleite "Hybris Journalisten zur Fehleinschätzung, sie könnten als Empfänger von Informationen verzerrte und fehlerhafte Darstellungen aussortieren, solange sie nur die Information selbst bekommen". Allzu oft flüchteten Redaktionen obendrein in "He said, she said-Berichterstattung", ein "einfaches, wenig ausgewogenes Reportieren der verschiedenen Positionen, ohne jedwede Analyse" - als würde "ein farbenblinder Reporter über den Himmel berichten und denen, die ihn für orangefarben erklären, gleiches Gewicht geben wie denen, die ihn für blau halten".

Offenbar ist diese Angst den Job zu verlieren, wenn etwas über die Bilderberger-Gruppe oder das CFR und dessen enge Verbindung zur Federal-Reserve und der US-Regierung, bis hin zur UNO offengelegt werden müßte sehr groß! Von Verschwörung überhaupt keine Rede aber von der Notwendigkeit einer "neuen Weltordnung" bestimmt, um die Massen auf das Kom-mende einzustimmen. Da jene Weltbürger vom Funktionieren der Demokratie überzeugt sind aber wenig bis nichts über biblische Vorhersagen wissen, unterstützen sie die Idee, die "Frieden und Sicherheit" verkünden wird!

(1. Thessalonicher 5,1-5) Was nun die Zeiten und die Zeitabschnitte betrifft, Brüder, braucht euch nichts geschrieben zu werden.

Denn ihr selbst wißt sehr wohl, daß Jehovas Tag genauso kommt wie ein Dieb in der Nacht. Wann immer sie sagen: "Frieden und Sicherheit!", dann wird plötzliche Vernichtung sie überfallen wie die Geburtswehe eine Schwangere; und sie werden keinesfalls entrinnen.

Ihr aber, Brüder, ihr seid nicht in Finsternis, so daß jener Tag euch so überfalle, wie er Diebe (überfallen) würde, denn ihr alle seid Söhne des Lichts und Söhne des Tages. Wir gehören weder zur Nacht noch zur Finsternis.

Es ist an jedem von uns, die Zeichen die Jesus für das herannahende Ende vorgab zu erkennen und selbst sich vor Gott rein zu erhalten! Mit dem Friedensjahr der UNO 1986 und den Friedensgebeten der Religionsführer in Assisi, dann Ende August 2001 mit dem Friedentreffen der religiösen Führer in New York vor der UNO im WORLD PEACE SUMMIT wurden erste Ankündigungen kommenden "Friedens und Sicherheit" ausgerufen!

(Daniel 2, 41-43) Und daß du die Füße und die Zehen teils aus geformtem Töpferton und teils aus Eisen bestehend sahst: Das Königreich selbst wird sich als geteilt erweisen, aber etwas von der Härte des Eisens wird offenbar in ihm sein, da du ja das Eisen mit feuchtem Ton vermischt erblickt hast.

Und was die Fußzehen betrifft, die teils aus Eisen und teils aus geformtem Ton waren: Das Königreich wird sich teils als stark erweisen und wird sich teils als zerbrechlich erweisen. Daß du Eisen mit feuchtem Ton vermischt erblickt hast: Sie werden schließlich mit der Nachkommenschaft der Menschen vermischt sein; aber sie werden sicherlich nicht aneinanderhaften, dieses an jenem, so wie sich Eisen nicht mit geformtem Ton vermischt.

Anglo-Amerika, als die "Füße aus Eisen mit feuchtem Ton vermischt", wird trotz seiner scheinbaren Härte nicht zu bestehen vermögen. Die Demokratie erweist sich als schwach und die eisenharte Regierung wird das Aufbegehren der Völker nicht zu kontrollieren vermögen! Was aber schlußendlich den Zusammenbruch dieser Weltregierung bewirken wird ist das Einschreiten von Gottes eigenem Engelheer in Harmagedon. Dort wird jede Autorität und jede Machtstruktur dieses Systems zum Ende kommen! Das "Königreich der Himmel", das danach über die Erde zu herrschen beginnt ist eine vollkommene Theokratie und wird wahren Frieden und wirkliche Sicherheit für das ganze Millennium sicherstellen!

4. Die Idee von Colonel House: Zwei politische Parteien aber nur eine Ideologie die auf oberster Ebene verschmelzen

Colonel House war - es wurde schon erwähnt - der Auffassung, daß es zwei politische Parteien, aber nur eine Ideologie geben sollte - den Weltsozialismus. Genauso verhält es sich heute in Amerika. Obwohl es philosophische Differenzen zwischen den bodenständigen Demokraten und Republikanern gibt, wird man bei Betrachtung der politischen Parteien feststellen, daß diese Differenzen sich nach oben hin immer mehr verlieren. Schließlich verschwinden die Unterschiede ganz hinter der vom Establishment gemanagten Pressezensur. An der Spitze steht die Kontrolle des CFR.

George Wallace hatte recht, als er im Jahre 1968 behauptete, es gäbe zwischen den beiden Parteien nicht den geringsten Unterschied.

Folgende Mitglieder der Demokratischen Partei waren oder sind CFR-Agenten: Dean Acheson, Alger Hiss, Adlai Stevenson, John Kennedy, Robert Kennedy, Edward Kennedy, Averell Harriman, George Ball, Henry Fowler, Dean Rusk, Adam Yarmolinsky, Hubert Humphrey und John Lindsa.

Von den internationalen Bankiers wurden viele, die in der L. B. Johnson-Verwaltung tätig waren, für ihre Dienstleistungen mit bequemen und lukrativen Posten belohnt. Unterstaatssekretär George Ball kam zu Lehmann Brothers; Finanzsekretär Henry Fowler zu Goldman, Sachs & Co.; der Budget-Direktor Peter Lewis, Finanzuntersekretär Frederick Deming und der ehemalige Handelssekretär C. R. Smith wurden von Lazard Freres (Rothschild) aufgenommen. Fowler und Deming waren in hohem Maße für die Politik verantwortlich, die dazu führte, daß die Nationen Europas die Hälfte unseres Goldes beanspruchten und die US-Staatskasse all ihrer Silber-Reserven beraubt wurde, die sie während eines Jahrhunderts angelegt hatte. Wurden diese Männer aus Mitleid wegen ihrer Unfähigkeit oder zum Dank für ihre Verdienste belohnt?

Die Republikanische Partei wurde von folgenden Männern für das CFR kontrolliert: Dwight D. Eisenhower, John Foster Dulles, Thomas E. Dewey, Jacob Javits, Robert McNamara, Henry Cabot Lodge, Paul Hoffman, John Gardner, dem Rockefeller-Clan, Elliott Richardson, Arthur Burns, Henry Kissinger und Richard Nixon.

Es wurde zwar jede Verwaltung seit F. D. Roosevelt vom CFR beherrscht, die Nixon-Regierung hält jedoch durch die Berufung von 110 CFR-Mitgliedern in Schlüsselpositionen der Regierung den Rekord. Henry Kissinger repräsentiert das vollkommene Gegenteil von dem, wofür Richard Nixon in seiner Wahlkampagne einzutreten versprach. Liberale und Konservative sind sich einig, daß Kissinger bei weitem der bedeutendste Mann in der Nixon-Regierung ist. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 12. Januar 2013 (x887/...): >>Ein Sozialexperiment

Kritik an "Gender-Mainstreaming" und den Zielen

Seit Mitte der 50er Jahre gibt es den Begriff des "Gender", mit dem das sogenannte soziale Geschlecht - im Gegensatz zum biologischen - dingfest gemacht werden soll. Mitte der 80er Jahre wurde "Gender-Mainstreaming" auf der Weltfrauenkonferenz in Peking eingeführt. Vordergründig geht es dabei um die Gleichberechtigung der Geschlechter und "die Beseitigung patriarchaler Rückstände", faktisch jedoch um eine Umerziehung zur Angleichung der Geschlechter - an der biologischen Disposition vorbei.

Wie in Deutschland erst kürzlich bekannt wurde, hat in Norwegen der Komiker und Soziologe Harald Eia bereits 2010 einen Film über die Gender-Lehren gedreht. Eia konfrontiert "Gender-Experten" mit psychiatrischen und biologischen Forschungsergebnissen. Auf die Frage, was denn an den Behauptungen dran sei, daß beispielsweise die Gehirne von Männern und Frauen unterschiedlich seien, antwortete eine "Expertin" etwas schlicht: "Ich weiß nicht, ob daran etwas stimmt!" Einer ihrer Kollegen: "Ich denke, das ist altmodische Forschung!"

So einfach wie es sich diese "Experten" gemacht haben, ist die Materie freilich nicht.

In dem Buch "Vergewaltigung der menschlichen Identität. Über die Irrtümer der Gender-Ideologie", das den Gegenstand dieser Besprechung bildet, stammt der Hauptbeitrag von dem renommierten Neurophysiologen Manfred Spreng, der detailliert Unterschiede zwischen männlichem und weiblichem Gehirn deutlich macht und auch deren jeweiligen besonderen Nutzen für Mann und Frau und vor allem in der Ergänzung zueinander veranschaulicht. Dabei geht Spreng auf humorvolle und auch für den Laien verständliche Weise vor.

Die Stärke des Beitrages liegt nicht nur im Beleg der geschlechtsspezifischen Verschiedenartigkeit des menschlichen Gehirns und der Entlarvung einer als Wissenschaft getarnten Ideologie, die den Menschen gegen den naturgegebenen Strich zu büsten versucht, sondern auch im Wecken eines vertieften Verständnisses der Geschlechter füreinander. Gleichheit, so Spreng, kann sich höchstens addieren, Verschiedenheit kann sich ergänzen und damit wesentlich mehr und Neues erreichen.

Daß es sich beim Gender-Mainstreaming keineswegs um eine harmlose Spielwiese einiger unterbeschäftigter Sozialpolitiker handelt, sondern um ein gefährliches Sozialexperiment, wird in der Einleitung des Herausgebers überdeutlich. Andreas Späth zeigt neben der geschichtlichen Entwicklung der Gender-Ideologie auch konkrete Beispiele und Anwendungen auf, anhand derer der ganze Unsinn dieser sogenannten "Genderung" der Gesellschaft schlagartig bewußt wird.

Abgeschlossen wird das Buch mit einem Aufsatz des Religionsphilosophen Harald Seubert, der verschiedene Ansätze der Gender-Vordenker analysiert und zutreffend moniert, daß diese Leute zwar selbst alles von ihrer Warte aus kritisieren, aber sich und ihre Disziplin und deren Ansätze quasi gegen den wissenschaftlichen Diskurs immunisieren.

Manfred Spreng, Harald Seubert, herausgegeben von Andreas Späth: "Vergewaltigung der menschlichen Identität. Über die Irrtümer der Gender-Ideologie", ... 2012 ...<<

Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 26 berichtete am 21. August 2013:

>>Souveränität, Recht und Demokratie versus Machtpolitik

von Prof. Dr. jur. und Dr. phil. Alfred de Zayas

Die Souveränität ist in der Charta der Vereinten Nationen verankert. Wir haben seit 1945 eine neue Weltordnung. Und die Uno-Charta ist die Weltverfassung - allerdings nicht die Verfassung einer Weltregierung. Das will keiner. Aber es ist eine Verfassung, die alle Staaten vertraglich akzeptiert haben. Eine Verfassung, die die Souveränität aller Staaten garantiert, nämlich in Artikel 1 und Artikel 2.

Artikel 2 ist besonders wichtig, nicht nur, weil hier die Gleichheit aller Staaten unterstrichen

wird, sondern auch, weil nicht nur die Gewaltanwendung, sondern auch die Androhung von Gewalt ganz deutlich verboten wird.

Das heißt nicht, daß die Staaten sich daran halten, aber juristisch gesehen, völkerrechtlich gesehen sind die Normen klar. Souveränität bedeutet auch Selbstbestimmung der Völker. Selbstbestimmung der Völker ist, was man in juristischer Sprache "ius cogens" nennt bzw. bindendes Völkerrecht. Die afrikanischen Staaten haben dank dieses Prinzips der Selbstbestimmung in den späten 50er und Anfang der 60er Jahre ihre Unabhängigkeit gewonnen. Indien hatte sich schon im Jahr 1947 von Großbritannien freigemacht.

Es gibt auch sehr viele Völker, die keine Selbstbestimmung haben. Eines der Themen, die ich in meinem neuen Bericht für die Vereinten Nationen behandle, sind die Autochthonen, das heißt Menschen, die seit Generationen und Generationen in einem Gebiet leben, z.B. die Ur-Amerikaner, fälschlicherweise "Indianer" genannt, die Aborigines aus Australien, die Tamilen in Sri Lanka, die Ibos in Biafra, die Kurden in der Türkei, Syrien, Irak und Iran, Kashmiri in Indien, die Molukken in Indonesien, die deutschen Südtiroler in Italien usw.

Ob wir über die Autochthonen in Alaska sprechen oder in Hawaii oder in West-Papua - sie alle haben ein Recht auf Selbstbestimmung. Das bedeutet nicht immer Unabhängigkeit. Selbstbestimmung kann auch im Rahmen einer Autonomie-Regelung erreicht werden, solange das der Wille des Volkes ist. Das muß natürlich festgestellt werden.

Völkerrechtlich gesehen sind die Normen klar. Artikel 1 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte sowie Artikel 1 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte garantieren dieses Recht.

Was verstehen wir unter Recht? Wenn wir Recht sagen, sprechen wir von Rechtsstaatlichkeit. Wir sprechen von Rechtssicherheit. Wir sprechen von checks and balances, wie wir in Amerika sagen. Das heißt, daß es eine exekutive, eine legislative und eine juristische Staatsgewalt gibt. Es sind getrennte Gewalten, die sich gegenseitig ausbalancieren.

Allerdings muß angemerkt werden, daß die höchste Gewalt in allen Rechtsstaaten die Richter sind. Also nicht die Exekutive, nicht die Legislative, sondern die Richter, die über das Handeln von Präsidenten und über das Handeln von Parlamenten bestimmen können. Das ist ein Merkmal eines Rechtsstaates (Im Fall der direkten Demokratie der Schweiz liegt die höchste Gewalt beim Volk - die Redaktion).

Allerdings ist die Rechtsstaatlichkeit in den meisten modernen Staaten sehr angeschlagen. Und aus meiner Erfahrung als Uno-Beamter und als Experte verschiedener Gremien kann ich Ihnen sagen, daß die sogenannten unabhängigen Richter häufig nicht unabhängig sind. Hieraus ergibt sich eine Unterminierung der Rechtsstaatlichkeit.

Allerdings ist es besser, wenn man etwas hat, was noch korrigierbar ist, als wenn man eine Situation ohne Normen hat, ohne Gesetze, ohne Richter. So haben wir eine Struktur, die korrigierbar ist, aber auch nur, wenn eine Bürgerschaft da ist, die das verlangt; wenn die Bürger wach sind und wenn sie nicht eingeschüchtert werden.

Die Einschüchterung durch die sogenannte politische Korrektheit ist eine der größten Gefahren für die Rechtsstaatlichkeit; sie ist eine der größten Gefahren für die Demokratie. Denn viele Menschen denken etwas Bestimmtes, sagen aber etwas anderes. Viele Menschen wagen es nicht, sich zu äußern. Sie schweigen lieber, als sich öffentlich zu äußern, weil sie vor den Konsequenzen Angst haben, wenn sie offen sprechen.

Ich zum Beispiel habe als Professor für Völkerrecht, als Uno-Beamter, gelitten wegen meiner Publikationen. Meine Publikationen haben mir in meiner Karriere nicht geholfen. Ganz im Gegenteil. Ich habe mindestens drei Beförderungen in den Vereinten Nationen verpaßt wegen meines Buches über die Vertreibung der Deutschen am Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg, "Die Nemesis von Potsdam" (Herbig, 14. Auflage 2005).

Ausdrücklich wegen dieses Buches, weil ich die Argumente kenne, die in den ausschlagge-

benden Gremien diskutiert wurden. Und dieses politisch unerwünschte Buch ist mir vorgeworfen worden. Natürlich will man niemanden haben, der heiße Eisen anpackt. Lieber jemand, der keine Wellen macht, als jemand, der offen spricht.

Rechtstaatlichkeit ist nicht nur Rechtspositivismus. Es geht nicht nur um das, was im Gesetz steht, sondern auch um das, was über dem Gesetz steht. Es gibt das berühmte Buch von Montesquieu, "De l'esprit des lois" (Über den Geist des Gesetzes). Der Geist des Gesetzes ist der Ursprung des Rechts. Und das ist wichtiger als das, was aufs Papier kommt. Denn auf dem Papier gibt es manchmal sehr ungerechte Gesetze.

Man muß immer bedenken, daß das Gesetz da ist, um Gerechtigkeit zu schaffen, und nicht, um Ungerechtigkeiten festzulegen und zu zementieren. Das ist eine Diskussion, die die Rechtsphilosophen führen, und es gibt im Grunde genommen keine Lösung, und es bleibt eine gewisse Spannung zwischen dem Begriff Recht und dem Begriff Gerechtigkeit. Ich selbst bin römisch-katholisch und ein Anhänger der Philosophie des Naturrechts und dafür, daß wir mehr Raum für das Naturrecht schaffen.

Mein Problem als Professor für Völkerrecht ist: Ich muß meinen Schülern bzw. meinen Studenten erklären, wie es dazu kommt, daß das Völkerrecht so oft nach Belieben eingesetzt wird. Hier wird es anerkannt, dort aber nicht. Gesetzt den Fall, daß das Volk vom Kosovo die Unabhängigkeit haben sollte: Wenn der Begriff Selbstbestimmung allgemeine Gültigkeit besitzt, warum nicht auch in Biafra?

Sie werden sich erinnern: 1967/70 der Völkermord in Biafra. Und Nigeria hat die sehr legitime Bestrebung des Volkes von Biafra, sich von Nigeria zu trennen, mit grausamer Gewalt unterdrückt. Dasselbe gilt für Sri Lanka, sie kennen alle die Problematik um die Tamilen. Sie haben keine Selbstbestimmung und keine Unabhängigkeit bekommen. Sie sind massakriert worden, und die Welt hat zugeschaut.

Ich bin Amerikaner, und ich würde gerne denken, wir sind "die Guten". Ich würde so gerne daran glauben. Als ich Schüler war in Chicago, mußte ich jeden Morgen sagen: "I pledge allegiance to the flag of the United States of America, and to the republic for which it stands, one nation under God, indivisible, with liberty and justice for all." (Ich schwöre Treue auf die Fahne der Vereinigten Staaten von Amerika und die Republik, für die sie steht, eine Nation unter Gott, unteilbar, mit Freiheit und Gerechtigkeit für jeden.)

Jeden Morgen, wenn die Flagge gehißt wurde, mußte ich das sagen, und natürlich haben gleichzeitig die Trompeten geblasen. Man will an etwas glauben, man hat es nötig, an sich selbst zu glauben.

Es ist gut und wichtig, Werte zu haben, aber es ist für mich eine große Enttäuschung zu merken, daß sich auch meine Regierung nicht an das Völkerrecht hält. Man braucht nur an Guantánamo, an Abu Graib, an die NSA-Enthüllungen zu denken. Dann fragt man sich: Wo stehen wir? Was bleibt überhaupt von der Ethik?

Und ehrlich gesagt, es bleibt nicht viel übrig. Nun, ich sagte Völkerrecht nach Belieben, ich nenne es auch "Völkerrecht à la carte". Das wird heute so angewandt und morgen ganz anders. Und was ist mit dem Ideal der Demokratie?

Die einzige Demokratie, die ich kenne, ist die schweizerische. Sie ist nicht perfekt. Aber sie ist die einzige, in der eine gewisse Korrelation zwischen dem Willen des Volkes und der eigentlichen Politik besteht. Bei uns in Amerika gibt es einen totalen "disconnect" zwischen Senatoren, Kongreßabgeordneten und dem Volk.

Eine Demokratie ist mehr als der Pro-Forma-Wahlgang, bei dem Sie für Kandidat A oder für Kandidat B stimmen. Ich muß auch eine Möglichkeit haben, die Entscheidungen dieses Kandidaten zu beeinflussen. Ich will nicht, daß es nur Kandidaten gibt, die dem militärisch-industriellen Komplex verpflichtet sind. Dann habe ich wirklich keine echte Wahl. Man wird vor ein Fait accompli gestellt. Wenn Sie "Through the Looking-Glass" von Lewis Carroll

kennen, werden Sie an die sehr ähnlichen Gestalten Tweedledee und Tweedledum denken, und das ist mehr oder weniger, was wir in vielen Demokratien haben, eine Wahl zwischen Tweedledee und Tweedledum. Ist das eine Demokratie?

Ich habe voriges Jahr im November nicht gewählt. Natürlich ist Obama immerhin besser als Romney, aber weil ich so enttäuscht bin von diesem Mann und weil ich meine, daß es gar keine echte Wahl war, habe ich gesagt: "Wozu abstimmen?" Denn so oder so regiert der militärisch-industrielle Komplex oder die Ölindustrie oder Exxon und so weiter. Aber das Volk hat absolut keinen Einfluß.

Ob ich einen republikanischen Kongreßmann oder Senator oder einen demokratischen Kongreßmann oder Kongreßfrau habe: Die sind alle für den militärisch-industriellen Komplex, für die Anwendung von Gewalt, für Big Brother. Eine echte Wahl besteht nicht. Es ist nur eine Scheinwahl, und alle Leute gehen und stimmen ab.

Aber ich finde, das ist eher eine Sportveranstaltung. Man geht zur Olympiade, und man sieht sich die beiden Mannschaften an, die sich gegenseitig bekämpfen, und man kann sich überlegen, ob ich für diese Mannschaft sein will oder für die andere. Aber beeinflussen kann ich nichts. Ich kann mich nur virtuell erfreuen, daß meine Partei gewonnen hat.

Aber ist es überhaupt meine Partei? Nein, es ist die Partei des militärisch-industriellen Komplexes. Und wie sieht es in Deutschland aus? Was für eine Wahl haben Sie zwischen Angela Merkel und Peer Steinbrück? Und in Frankreich zwischen Sarkozy und Hollande? Ich bitte Sie! Also, schon wieder Pest und Cholera.

Was wirklich wichtig ist, was entscheidend ist in der Demokratie, und das sage ich in allen meinen Berichten, sind die Instrumente der direkten Demokratie, nämlich die Initiative, das Referendum und die Möglichkeit der Amtsenthebung, in den USA sagen wir impeachment. Wenn ein Parlamentarier oder ein Präsident sich total gegen seine Versprechen verhält oder gegen ein bestimmtes Programm, für das er gewählt wurde, um es durchzuführen, und wenn er dieses Programm nicht durchführt, sondern eine ganz andere Agenda und ganz andere Interessen hat, dann sollte das Volk die Möglichkeit haben, diese Person des Amtes zu entheben. Das ist das Wesentliche einer echten Demokratie.

Ansonsten haben sie nur eine Scheindemokratie oder, wie ich es in meinem Bericht schreibe, eine Lobby-Demokratie. Lobby-Demokratie, das heißt, die Parlamentarier sind einer bestimmten Lobby gegenüber verpflichtet, und sie werden sagen und tun, was diese Lobby ihnen befiehlt, denn diese Lobby hat für die Kampagne bezahlt.

Wenn Sie bedenken, daß eine Präsidentschaftswahl Milliarden kostet. Ich überschätze es nicht: Milliarden! Das ist wirklich eine Sportveranstaltung, und wir sind die Zuschauer. Wir schauen uns das an, was da los ist, aber wir können es nicht beeinflussen. Und unser amerikanischer Wahlkampf 2012 kostete 3,5 Milliarden Dollar!

Ich verlange von einer parlamentarischen Demokratie, daß die Auswahl der Kandidaten vom Volke kommt und nicht von einer Parteimaschine, und daß jeder Kandidat, der tatsächlich gewählt wird, auch wirklich mein Repräsentant ist, daß er mich vertritt. Das ist die Idee der Demokratie, daß ich eine Vertretung habe. Aber heute wird jemand gewählt, und dann tut er, was er will. Und man sagt: "Oh ja, in vier Jahren können wir ihn in die Wüste schicken!" Aber dann kommen zwei genauso große Übel. Also, es gibt keine Lösung: Das System der sogenannten repräsentativen Demokratie funktioniert nicht.

Wir haben eine repräsentative Demokratie nur für Routine-Sachen. Aber wenn es darum geht, wichtige Entscheidungen zu treffen, zum Beispiel, wie das Geld für den Haushalt des Landes ausgegeben wird, dann haben wir keinen Einfluß. 50 %, 60 % des Haushalts werden ausgegeben für den Krieg, um mehr Drohnen zu bauen oder U-Boote oder Flugzeuge oder Cruise Missiles und Gott weiß was. Da geht das Geld hinein. Und hinzu kommt das Geld, das nicht direkt im Haushalt des Pentagon ist, es befindet sich im Haushalt des State Department zum

Beispiel.

Auch dieser ganze Überwachungsapparat, die Ausgaben für die National Security Agency, wo werden sie gebucht? Wenn Sie das ganze Geld zusammenzählen, das für die sogenannte nationale Sicherheit ausgegeben wird, dann ist es kein Wunder, daß nichts übrig bleibt für Gesundheit oder für Schule und Ausbildung. Dafür ist kein Geld mehr da. Allerdings gibt es Menschen, die Milliardäre geworden sind, weil es in der Waffenindustrie nach wie vor sehr viel Geld zu verdienen gibt.

Wenn wir die Souveränität, das Recht und die Demokratie der Macht gegenüberstellen, dann stellen wir zudem fest, daß die Macht im Grunde genommen nicht mehr beim Staat ist. Die Macht liegt bei der Ökonomie, sie hat die Macht. Die National Security Agency (NSA) hat die Macht, die Geheimdienste, die haben die Macht. Außerdem natürlich die Finanzinstitutionen. Manche behaupten, daß Goldman Sachs die Welt regiert.

Da ist niemand verantwortlich, sie können diese Leute nicht zur Rechenschaft ziehen. Sie sind auch nicht demokratisch gewählt worden. Sie üben eine enorme Macht über Sie und mich aus, und ich kann nichts tun. Das ist leider eine Situation, die nur durch eine sehr aufgeweckte bürgerliche Gesellschaft bekämpft werden kann.

Wir müssen diese Instanzen wie die großen Finanzgiganten an der Wall Street, wie die Weltbank und die Währungsfonds unter gewisse Kontrollen bringen, etwa unter der Generalversammlung der Vereinten Nationen, und sie sollten auch vor dem Menschenrechtsrat Bericht abgeben.

Es kann nicht sein, daß uns eine Gruppe von Finanzmagnaten regiert. Wir haben sie nicht gewählt. Sie üben eine Macht aus, die ihnen nicht zusteht. Die Märkte haben sie nicht entdeckt, die Märkte haben sie nicht erschaffen, die Märkte hat die Gesellschaft erschaffen. Sie sind ein Produkt von Hunderten von Jahren der bürgerlichen Gesellschaft, die das aufgebaut hat.

Diese Leute sind nur die Ausbeuter, die Parasiten, die sich gut organisiert haben und das an sich gerissen haben und das jetzt sozusagen nur für ihr eigenes Wohlergehen, aber nicht für das Wohlergehen der Bevölkerung tun.

Ein anderes Problem, das einhergeht mit dem Konzept der Macht, ist, wie diese Ikonen der Macht uns manipulieren. Wir werden manipuliert durch Angst. Das ist ein sagenhaftes Geschäft mit der Angst. Und Sie wissen, wie unfrei unsere Medien sind. Unsere Medien veröffentlichen, was sie wollen. Was ihnen nicht paßt, wird nicht veröffentlicht.

Ich weiß nicht, wie viele von Ihnen wissen, daß die Uno-Hochkommissarin für Menschenrechte am 12. Juli eine sehr deutliche Pressemitteilung herausgegeben hat, in der sie unter anderem gesagt hat, daß Edward Snowden das Recht auf Asyl hat, daß die Staaten aufgefordert sind, dieses Recht zu gewähren, dieses Recht zu respektieren, dieses Recht in die Tat umzusetzen, daß sie gesagt hat, daß er nicht verfolgt werden darf; denn ein Mensch, ein Whistleblower, der die Verletzungen von Menschenrechten aufdeckt, darf deshalb nicht bestraft werden - ganz im Gegenteil, dieser Mann ist kein Vaterlandsverräter, ganz im Gegenteil, er hat der Demokratie einen großen, großen Dienst erwiesen.

Das, was unsere Regierung gemacht hat und was die Arbeit der NSA bedeutet, ist eine klare Verletzung der amerikanischen Verfassung, es ist verfassungswidrig, was wir machen.

Was die bürgerliche Gesellschaft tun kann, ist demonstrieren, protestieren, verlangen, daß Elemente der direkten Demokratie bei uns eingeführt werden, daß in jenen Staaten, die die direkte Demokratie nicht kennen, die Parlamentarier die notwendigen Gesetze annehmen, so daß auch eine wichtige Gesetzgebung durch ein Referendum entschieden wird, und nicht, daß ein paar Parlamentarier das alleine tun. Glauben Sie, daß die französische Bevölkerung in einem Referendum die gleichgeschlechtliche Ehe akzeptiert hätte?

Ich glaube es nicht. Die Idee der Adoption durch gleichgeschlechtliche Eltern - das wäre mit Sicherheit sogar mit 80 % abgelehnt worden, wenn das vor das Volk gekommen wäre. Aber

weil die Befürworter wissen, daß es abgelehnt wird, wird es durch die Parlamentarier gegen den Willen des Volkes durchgesetzt - und das nennt man dann Demokratie. Das ist wirklich ein klassisches Beispiel einer Korruption von Demokratie. Natürlich kritisiert man das. Aber es passiert nichts.

Ich bin nicht der erste, der diese Problematik anpackt. Dies haben Noam Chomsky, John Pilger, Jeffrey Sachs, Arundhati Roy, David Cromwell, Marc Curtis und viele andere vor mir getan. Sie haben auch die korrekte Diagnose gegeben. Sie haben die korrekte Medizin verpreschrieben. Aber diejenigen, die die Macht haben, wollen keine Medizin und keine Änderung des Status quo, denn sie verdienen zu viel Geld.

Die Welt ist, wie sie ist, und es liegt an uns, die Welt zu verbessern. Stecken Sie also den Kopf nicht in den Sand. Bestehen Sie auf Ihrer Ethik, auf Ihren Werten. Ziehen Sie die Politiker und die Finanzleute - sei es in Deutschland, sei es in Frankreich, sei es in der Schweiz - zur Rechenschaft, wenn sie etwas Udemokratisches und wenn sie etwas Ungerechtes tun.

Was sind die größten Verbrechen? Sie können sich viele Verbrechen ausdenken. Aber ich möchte nur eines nennen: das Verbrechen des Schweigens. Warum sind wir in der Situation, in der wir sind? Weil die Menschen schweigen, weil die Menschen sich anpassen, weil die Menschen sich bücken, weil es einen Druck der politischen Korrektheit, einen Druck des Zeitgeistes gibt. Dann drücken sich die Menschen, sie wollen irgendwie nicht deutlich sprechen. Nun, ich kann Ihnen sagen, man kann es wagen, und man muß es wagen.

Ich schließe gerne mit einem Gedanken von Lucius Annaeus Seneca:

Nicht weil es schwer ist, wagen wir es nicht, sondern weil wir es nicht wagen, ist es schwer.

...

"Ich muß den Schweizer Bürgern sagen: Sie müssen für den Erhalt der Schweizer direkten Demokratie kämpfen. Das ist nicht nur für Sie, das ist auch ein Modell für die Welt."

Alfred de Zayas

Charta der Vereinten Nationen (Auszug)

Die Vereinten Nationen setzen sich folgende Ziele:

1. den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und zu diesem Zweck wirksame Kollektivmaßnahmen zu treffen, um Bedrohungen des Friedens zu verhüten und zu beseitigen, Angriffshandlungen und andere Friedensbrüche zu unterdrücken und internationale Streitigkeiten oder Situationen, die zu einem Friedensbruch führen könnten, durch friedliche Mittel nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts zu bereinigen oder beizulegen;
2. freundschaftliche, auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln und andere geeignete Maßnahmen zur Festigung des Weltfriedens zu treffen;
3. eine internationale Zusammenarbeit herbeizuführen, um internationale Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Art zu lösen und die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion zu fördern und zu festigen;
4. ein Mittelpunkt zu sein, in dem die Bemühungen der Nationen zur Verwirklichung dieser gemeinsamen Ziele aufeinander abgestimmt werden.

Die Organisation und ihre Mitglieder handeln im Verfolg der in Artikel 1 dargelegten Ziele nach folgenden Grundsätzen:

1. Die Organisation beruht auf dem Grundsatz der souveränen Gleichheit aller ihrer Mitglieder.
2. Alle Mitglieder erfüllen, um ihnen allen die aus der Mitgliedschaft erwachsenden Rechte und Vorteile zu sichern, nach Treu und Glauben die Verpflichtungen, die sie mit dieser Charta übernehmen.

3. Alle Mitglieder legen ihre internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel so bei, daß der Weltfriede, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden.
4. Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.
5. Alle Mitglieder leisten den Vereinten Nationen jeglichen Beistand bei jeder Maßnahme, welche die Organisation im Einklang mit dieser Charta ergreift; sie leisten einem Staat, gegen den die Organisation Vorbeugungs- oder Zwangsmaßnahmen ergreift, keinen Beistand.
6. Die Organisation trägt dafür Sorge, daß Staaten, die nicht Mitglieder der Vereinten Nationen sind, insoweit nach diesen Grundsätzen handeln, als dies zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlich ist.
7. Aus dieser Charta kann eine Befugnis der Vereinten Nationen zum Eingreifen in Angelegenheiten, die ihrem Wesen nach zur inneren Zuständigkeit eines Staates gehören, oder eine Verpflichtung der Mitglieder, solche Angelegenheiten einer Regelung auf Grund dieser Charta zu unterwerfen, nicht abgeleitet werden; die Anwendung von Zwangsmaßnahmen nach Kapitel VII wird durch diesen Grundsatz nicht berührt.

Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte:

Artikel 1

1. Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.
2. Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen, unbeschadet aller Verpflichtungen, die aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Wohles sowie aus dem Völkerrecht erwachsen. In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden.
3. Die Vertragsstaaten, einschließlich der Staaten, die für die Verwaltung von Gebieten ohne Selbstregierung und von Treuhandgebieten verantwortlich sind, haben entsprechend den Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung zu fördern und dieses Recht zu achten.

Wortgleich mit Artikel 1 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2013 im COMPACT-Spezial Nr. 3 (x349/27-29): >>>**Schöne neue Welt**

_ von Jürgen Elsässer

Die Achtundsechziger haben den übersteigerten Individualismus zum Leitbild der Gesellschaft gemacht. Die Familie, aber auch andere Formen des sozialen Miteinanders bleiben auf der Strecke. Der Mensch wurde dadurch nicht freier, sondern einsamer.

Im Fernsehen, im Kino, in den Zeitungen wird seit einigen Jahren im fröhlichen Gleichklang dieselbe Melodie intoniert: Individualismus ist die höchste Tugend, und jede Form von Kollektivität steht unter Faschismusverdacht.

Familie gilt als die Brutstätte von Neurosen, Psychosen und autoritären Charakteren; Religion und Kirche sind Synonyme für Mittelalter und Fundamentalismus; Vereine haben meist einen Stammtisch und sind auch sonst mega-out; Gewerkschaften wollen alle in Tarifverträge zwingen.

Der wirklich freie Mensch, so die Botschaft, ist hip, wechselt ständig sein Aktiendepot, seinen Lebensabschnittspartner und seine sexuelle Orientierung.

High sein, frei sein

Diese Einstellung entwickelte sich erst in der Folge von 1968, mit der Entstehung einer Neuen Linken. Von dem, was man vorher als links bezeichnet hatte, egal ob Sozialdemokraten oder

Kommunisten, grenzten sich die revoluzzenden Bürgersöhnchen ab, bei ihnen jagte eine ver-rückte Mode die nächste: In den siebziger Jahren wollten die Maoisten die Sowjetunion und die Feministinnen die Männer bekämpfen.

In den achtziger Jahren kamen die Grünen von der Öko-Diät auf die Öko-Diäten, und in be-setzten Häusern nisteten sich Frascati-Spießer ein, dagegen machten pädophile Indianerkom-munen sowie die Punks samt ihrer Straßenköter mobil. In den neunziger Jahren gab's statt der Invasion von der Vega die Invasion der Veganer, aus irgendeinem Paralleluniversum flogen die Transsexuellen ein, die Poplinken legten mit abgedrehten Disko-Diskursen los. Die einen fragten "Wie oft hast du Gender pro Woche?", die anderen hielten Heterosex ("Penetration ") per se für Vergewaltigung. Im neulinken Feuchtbiotop gediehen alle Perversionen.

Während die "alte" Linke das Los der "Arbeiterklasse " verbessern wollte (ein guter Vorsatz, dessen praktische Ergebnisse hier nicht weiter bewertet werden sollen), kaprizierten sich die Achtundsechziger auf alle möglichen Randgruppen. Sie propagierten nicht die ökonomische, sondern die kulturelle Revolution - zur Freude der Konsumindustrie, die sich neue Absatz-märkte erschloß.

"Hier eine Kurzübersicht von Dingen, die in den letzten fünfzig Jahren als subversiv galten: Rauchen, lange Haare bei Männern, kurze Haare bei Frauen, Bärte, Miniröcke, Bikinis, Hero-in, Jazz, Rock, Punk, Minderheiten-Kult.

Die Vordenker der Neuen Linken kommen mehrheitlich aus der Schule der neuen französi-schen Philosophen: Guy Debord, Felix Guattari, Jean-Francois, Gilles Deleuze, Jacques Der-rida und vor allem Michel Foucault.

Über die Prinzipien - besser: die Prinzipienlosigkeit - seines "vagabundierenden Denkens" schreibt Letzterer schwurbelig: "Gib dem Vorzug, was positiv ist und multipel, der Differenz vor der Uniformität, den Strömen vor den Einheiten, den mobilen Anordnungen vor den Sys-temen! Glaube daran, daß das Produktive nicht seßhaft ist, sondern nomadisch!"

Das Loblied auf die Differenz führte die Achtundsechziger konsequent zu einer Ablehnung der "uniformierten" Bevölkerungsmehrheit.

Statt dessen sollte die Gesellschaft mit einem Patchwork der Minderheiten - so ein früher Bestseller von Lyotard - umgestaltet werden. "Was sich abzeichnet ist eine (noch zu definie-rende) Gruppe von heterogenen Räumen, ein großes patchwork aus lauter minoritären Singu-laritäten ... Diese Bewegung der Zersplitterung betrifft nicht nur die Nationen, sondern auch die Gesellschaften; wichtige neue Gruppierungen treten auf, die in den offiziellen Registern bisher nicht geführt wurden: Frauen, Homosexuelle, Geschiedene, Prostituierte, Enteignete, Gastarbeiter. ...

"Lyotards Aufreihung zeigt, daß die Ablehnung der Mehrheitsgesellschaft ("Zentrum") und die Feindschaft gegenüber der Nation dieselbe Wurzel haben: die Orientierung auf Minderhei-ten sowie die positive Hervorhebung der Differenz und des "Nomadischen".

Die sexuelle Revolution war keine Befreiung, sie war die Hölle.

Reggae, Rap, Tätowierungen, Achselhaare, Graffiti, Surfen, Motorroller, Piercing, schmale Schlipse, keinen BH tragen, Homosexualität, Marihuana, zerrissene Klamotten, Haargel, Iro-kesenschnitt, Afrolook, Verhütungsmittel, Postmodernismus, karierte Hosen, Biogemüse, Schnürstiefel, gemischt-rassiger Sex.

Heute kann man das alles (vielleicht mit Ausnahme von Achselhaaren und Biogemüse) in ei-nem typischen Britney-Spears-Video finden," karikieren die kanadischen Soziologen Joseph Heath und Andrew Potter den Kostümwechsel der Radikalinskis in ihrem Buch Konsumrebel-len. Der Mythos der Gegenkultur (Berlin, 2005).

Nicht vergessen sollte man außerdem den Siegeszug von Marihuana und LSD als den psyche-delischen Katalysatoren der angeblichen Befreiung.

Süffisant kommentieren Heath und Potter: "Nur wer schon völlig zugedröhnt ist, kann ernst-

haft der Meinung sein, Marihuana befreie das Bewußtsein. Sonst müßte er wissen, daß Kiffer die größten Langweiler sind."

Die Libido-Hölle

Im Zentrum des Freiheitsbegriffs der Achtundsechziger steht die Befreiung der Libido. Der Lustgewinn war kurz, der Katzenjammer lang. "Die sexuelle Revolution hat ... letztlich alle traditionellen gesellschaftlichen Normen zerstört, von denen die Geschlechterverhältnisse beherrscht wurden; sie hat sie aber nicht durch neue ersetzt. Sie hinterließ ein Vakuum.

Unsere eigene Generation, die Ende der siebziger Jahre erwachsen wurde, war deshalb gezwungen, ihren eigenen Weg durch die vertrackten Probleme der Adoleszenz zu finden. Das war keine Befreiung, es war die Hölle," schreiben Heath und Potter. Wie entfesselter Individualismus jede Form von kollektiver Geborgenheit vernichtet und die Gesellschaft in Elementarteilchen auflöst, berichtet auch der französische Bestsellerautor Michel Houellebecq in seinem gleichnamigen Roman.

"Viele Jahre später sollte Bruno feststellen, daß die Welt der Kleinbürger, die Welt der Angestellten und mittleren Beamten toleranter, liebenswürdiger und aufgeschlossener ist als die Welt der Aussteiger, der am Rande der Gesellschaft lebenden jungen Leute, die damals durch die Hippies verkörpert wurden. "Ich kann mich als ehrbarer Angestellter verkleiden und von ihnen akzeptiert werden", sagte Bruno gern. "Dafür brauche ich nur einen Anzug, eine Krauwatte und ein Oberhemd zu kaufen - das ganze für 800 Francs im Schlußverkauf bei C&A. ... Dagegen würde es mir nichts nützen, mich als Aussteiger zu verkleiden: dafür bin ich weder jung, noch schön, noch cool genug"."

Parolen wie "Wir wollen alles, und zwar sofort" oder "Es ist verboten zu verbieten" klangen 1968 anarchistisch. Die Jugend wollte sich nicht mehr vorschreiben lassen, wie lang die Haare zu sein haben, wann der richtige Zeitpunkt für das Erste Mal gekommen ist und welche Schallplatten man hören darf. Der von Eltern und Großeltern gepredigte Verzicht war out - für Kirche, Kapital und Vaterland wollten die Teenager auf gar nichts mehr verzichten, und dafür hatten sie durchaus auch gute Argumente.

Doch wie immer machte auch in diesem Fall die Dosis den Unterschied zwischen Medizin und Gift. Die immer weitergehende Entfesselung der Triebe zerfraß auch jene Formen von Mitmenschlichkeit und Nächstenliebe, die die Grundlage jeder solidarischen Gesellschaft bilden.

Houellebecq fragt: "Warum hat sich das sozialdemokratische schwedische Modell nie gegenüber dem liberalen Modell durchsetzen können?" Seine Antwort: "Die Lösung der Utopisten - von Platon über Fourier bis hin zu Huxley - besteht darin, die sinnliche Begierde und das Leiden, das damit verbunden ist, zu stillen, indem sie deren unmittelbare Befriedigung organisieren.

Die eros- und werbungsorientierte Gesellschaft, in der wir leben, ist dagegen bestrebt, die sinnliche Begierde in unerhörtem Ausmaß zu fördern ... Für das reibungslose Funktionieren der Gesellschaft, für das Weiterbestehen des Wettbewerbs, ist es erforderlich, daß die sinnliche Begierde zunimmt, sich ausbreitet und das Leben der Menschen verzehrt."

Wer bin ich? Und wenn ja, wie viele?

Am Ende steht nicht nur die Atomisierung der Gesellschaft. Vielmehr streben die Postmodernen auch noch eine Zentrifugierung des Individuums selbst an. Michel Foucault, einer der Vordenker dieses Prozesses, schreibt: "Verlange von der Politik nicht die Wiederherstellung der "Rechte" des Individuums, so wie die Philosophie sie definiert hat! Das Individuum ist das Produkt der Macht. Viel nötiger ist es, zu "ent-individualisieren", und zwar mittels Multiplikation und Verschiebung, mittels diverser Kombinationen.

Die Gruppe darf kein organisches Band sein, das hierarchisierte Individuen vereinigt, sondern soll ein dauernder Generator der Ent-Individualisierung sein." Hier wird keineswegs die Ver-

einzelung der Menschen zu Konsummonaden ("Individualisierung") kritisiert und dagegen zu kollektiver Gegenwehr in Gruppen aufgerufen. Vielmehr soll die Gruppe als Generator Druck ausüben, damit auch noch das Individuum selbst zerspalten wird und sich - je nach Marktlage - beständig selbst "dekonstruiert", gestern als Familienvater, heute also Sado-Maso-Swinger, morgen als verheirateter Schwuler.

Mit der Vorherrschaft der Egomane und der Zerstörung aller Liebes- und Verwandtschaftsbeziehungen näherten sich, so Houellebecq, die westlichen Gesellschaften der Schönen neuen Welt, die Aldous Huxley in seinem gleichnamigen Roman beschreibt.

"Immer genauere Kontrolle des Zeugungsvorgangs, die eines Tages zur völligen Trennung von Zeugung und Sex und zur künstlichen Fortpflanzung der Menschheit im Labor ... führen wird. Es verschwinden die familiären Beziehungen, die Begriffe Vaterschaft und Abstammung. Und Dank der pharmazeutischen Fortschritte wird es keine Unterschiede zwischen den verschiedenen Lebensaltern mehr geben.

In der Welt, die Huxley beschreibt, übt ein sechzigjähriger Mann die gleichen Tätigkeiten aus wie ein Zwanzigjähriger, hat die gleiche äußere Erscheinung und die gleichen sinnlichen Begierden wie er. Und wenn es dann nicht mehr möglich ist, gegen den Alterungsprozeß zu kämpfen, stirbt man freiwillig durch selbstbestimmte Euthanasie; sehr diskret, sehr schnell, völlig undramatisch."

Houellebecq erinnert daran, daß zwei der Ikonen der späten Achtundsechziger, nämlich Gilles Deleuze und Guy Debord, "ohne triftigen Grund Selbstmord begangen haben, ganz einfach, weil sie die Aussicht ihres körperlichen Verfalls nicht ertragen haben".

Ist das die Welt, in der wir leben wollen?

_ Jürgen Elsässer, Chefredakteur von COMPACT-Magazin, hat über dieses Thema ausführlich in seinem Buch "Angriff der Heuschrecken. Zerstörung der Nationen und globaler Krieg" (Köln, 2008, vergriffen) geschrieben.<<

Das Magazin für Kirche und Kultur "KATHOLISCHES" berichtete am 13. Juni 2014 (x893/...): >>Freimaurerei treibende Kraft bei Neuer Weltordnung - Kirche unterwandern

Der Gründer von *Noticias Globales*, Monsignore Juan Claudio Sanahujo, enthüllte in einem Interview für *Infovaticana* den "Schlüssel zum Verständnis der neuen Weltordnung", so Sanahujo, die man gerade dabei ist zu errichten. Das Hauptinstrument dazu seien die Vereinten Nationen. Das eigentliche Ziel ist es jedoch, so Sanahujo, "die Macht in wenigen Händen zu konzentrieren". Dazu bediene man sich zahlreicher Instrumente und versuche andere zu instrumentalisieren, darunter auch die Religion.

Monsignore Sanahujo ist Argentinier und damit ein Landsmann von Papst Franziskus, er gehört der *Priestergemeinschaft vom Heiligen Kreuz der Personalprälatur des Opus Dei* an.

Noticias Globales ist ein wichtiger Bezugspunkt, um zu verstehen, was auf internationaler Ebene geschieht. Wie entstand diese Initiative?

Noticias Globales entstand 1998. Wir sahen die Notwendigkeit, zu informieren. Man kennt nicht die inneren Mechanismen der UNO und verwechselt zum Beispiel die Vollversammlung und die internationalen Konferenzen mit den Kommissionssitzungen. Wir verfügten über viele Informationen und begannen diese Informationen weiterzugeben.

Neben dem Nachrichtenbulletin haben wir eine Reihe von Büchern veröffentlicht. "*El Gran Desafío. La Cultura de la Vida contra la Cultura de la Muerte*" (*Die große Herausforderung. Die Kultur des Lebens gegen die Kultur des Todes*) erschien bereits vor dem Bulletin. "*El Desarrollo Sustentable. La Nueva Ética Internacional (Nachhaltige Entwicklung. Die neue internationale Ethik)*" und "*Poder Global y religión universal*" (*Globale Macht und Welteinheitsreligion*). Demnächst erscheint eine verbesserte und erweiterte Ausgabe von "*Die große Herausforderung*".

Ethik ohne Gott?

Einer der großen Schwerpunkte der modernen Welt ist eine große säkulare Ethik. Ist eine Ethik ohne Gott möglich?

Es ist unmöglich, ohne Gott eine starke und damit tragende Ethik aufzubauen. Ethik bezieht sich auf transzendente Grundsätze und diese Grundsätze können nur von Gott kommen. Es gibt Versuche, eine sogenannte säkulare Ethik aufzubauen, aber alle diese Versuche stehen ausnahmslos im Dienst neuheidnischer Ideologien und sind leicht widerlegbar. Mit der Unterstützung durch die Massenmedien scheinen sie jedoch vorherrschend zu sein, was dazu führt, daß viele hilflose Menschen, die auf der Suche nach etwas sind, an das sie glauben können, auf sie hineinfliegen.

Ist es vorstellbar, daß man die nicht verhandelbaren Werte achtet, ohne eine christliche Weltansicht zu haben?

Es ist nicht unmöglich, aber sehr schwierig. Letztlich muß dahinter immer eine transzendente Weltansicht stehen. Die nicht verhandelbaren Werte sind ja das Ergebnis einer jüdisch-christlichen Weltansicht.

Neo-Malthusianer und "Selektive Kinderlosigkeit"

Was wollen die Neo-Malthusianer wirklich? Könnte man sagen, daß die Zielsetzungen der UNO am besten im Wort "Kinderlosigkeit" zusammengefaßt sind?

Die Weltgesundheitsorganisation WHO präsentierte in den frühen 90er Jahren das neue Gesundheitsparadigma, das lautet: der Bürger der neuen Weltordnung ist der gesunde und produktive Erwachsene. Nur diejenigen, die gesund und produktiv sind, haben wirklichen Anspruch auf die Menschenrechte.

Alle anderen, die diesen Standards nicht entsprechen, müssen am Rande der Geschichte bleiben, sollen erst gar nicht geboren werden, und wenn sie doch geboren werden, soll für sie kein Cent investiert werden. So gesehen ist es zutreffender, die Zielsetzungen der UNO mit dem Wort "selektive Kinderlosigkeit" zusammenzufassen.

In wieweit ist die Einbindung der Frauen in die Berufswelt Teil dieser globalen Strategie der Unfruchtbarkeit?

Man wird mir heftig widersprechen, weil jede Kritik an diesem Punkt als Angriff auf die "Selbstbestimmung" der Frau ausgelegt wird, weil man es Frauen und Männern seit Jahrzehnten so einredet. Dennoch: Der Zusammenhang ist offensichtlich.

Die Forderung findet sich in den Dokumenten der *Konferenz von Dhaka* von 1969 der *International Planned Parenthood Federation* (IPPF) auf Vorschlag des Vorsitzenden des 1952 von John Rockefeller III. gegründeten *Population Council* Dr. Bernard Berelson, das seine Wurzeln in der rassistisch-eugenetischen Bewegung hat.

Konkret lauteten die Schlußforderungen dieser Konferenz: "das Bild der Familie verändern durch Umlenkung der Frauen auf den Arbeitsmarkt" und durch "Förderung der Homosexualität". An der Umsetzung dieser Ziele wird also seit fast 50 Jahren gearbeitet.

Umweltschutz als Religionsersatz instrumentalisiert

Es wird viel über Umweltschutz gesprochen. Welche Rolle spielt der Umweltschutz in der modernen Anthropologie?

Für die Vereinten Nationen und andere Organisationen ist der Umweltschutz ein praktischer Ersatz. Zum Beispiel kann man den Leuten nicht einfach sagen, daß es die Zehn Gebote nicht gibt, ohne einen Ersatz dafür zu bieten. Mit dem Druck der Medien können sie den Menschen einreden, daß jemand, der Müll trennt oder sich in einer bestimmten Weise ernährt, Solidarität mit der Welt und künftigen Generationen übt. Das ist gut und recht, aber bestenfalls eine Konsequenz aus einer Haltung.

Für die "neuen Ethiker" liegt darin jedoch ein entscheidendes Element, denn durch den Schutz der Erde sehen sie sich in ihrem Handeln gerechtfertigt: Die Erde nimmt den Platz Gottes ein.

Es geht dabei nicht um die Frage, daß es nicht wichtig wäre, die Erde auf der wir leben zu schützen. Das ist wichtig, da sie uns von Gott anvertraut wurde und Christen aus ihrer Glaubenshaltung heraus verantwortungsbewußt mit der Natur umgehen. Hier geht es jedoch um die richtigen Prioritäten. An erster Stelle kommt das Gesetz Gottes, kommen die Zehn Gebote.

Auf dem Weg zur Weltregierung

Gibt es einen Plan zur Errichtung einer Weltregierung? Ist die Freimaurerei in diesem Bereich aktiv?

Die Pläne für eine Weltregierung spielen in der Freimaurerei eine wichtige Rolle und gehen bereits auf den Ersten Weltkrieg zurück oder sogar schon etwas früher.

Welche Rolle hat der internationale Zionismus in diesem Plan?

In diesen Plänen sind durch sogenannte Konsenstische eine enorme Reihe von Einrichtungen, Organisationen und Gruppen eingebunden. Der Zionismus kann einige von ihnen beeinflussen. Um konkret zu werden und hinter die Kulissen zu blicken, gilt es die Aufmerksamkeit auf das dichte Netzwerk der Nichtregierungsorganisationen zu lenken, die die Agenda der UNO bilden.

Zum Beispiel den *Club of Madrid*, den *Club of Budapest*, den *Club of Rome*, die *The Elders*, die *Erd-Charta* und die darum kreisenden Organisationen, die *Bilderberger*, die multireligiöse Organisation *World Conference of Religions for Peace* und die darum kreisenden Organisationen, ebenso die *United Religions Initiative*, *State of the World Forum* und *Commission on Global Governance*, dann natürlich das *Council of Foreign Relations*, die *Interparlamentarische Union* und so könnte man die Liste lange fortsetzen.

In allen übt die Freimaurerei einen wichtigen Einfluß aus. Einige dieser Organisationen sind zwar mehr auf den Dialog ausgerichtet, aber alle haben dasselbe Ziel: Die Macht in wenigen Händen zu konzentrieren durch Abschaffung der nationalen Souveränität und die Instrumentalisierung der Religionen, das heißt, sie für die eigenen Zielsetzungen dienstbar zu machen.

Die Naivität der Katholiken

Denken Sie, daß unter den Katholiken Naivität vorherrscht, was die Zielsetzungen der UNO anbelangt?

Ich will damit antworten, was Erzbischof Luigi Negri von Ferrara dazu sagte: Weite Teile der katholischen Gemeinschaft sind von einem "übereifrigen Irenismus" untergraben, "der seit Jahrzehnten seine Wühlarbeit leistet und dessen Hauptsorge nicht die eigene Identität ist, sondern der Dialog um jeden Preis, mit dem Ziel auch die entfernteste Position irgendwie vereinbar erscheinen zu lassen. Die Verschiedenheit der kulturellen und religiösen Standpunkte zum höchsten Gut erhoben, die von der Überzeugung einer substantiellen Gleichwertigkeit der verschiedenen, auch religiösen Positionen ausgeht, läßt die Katholizität ihre absolute Sonderstellung verlieren.

Dieser Irenismus, Offenheitswahn, Wille zum Dialog um jeden Preis wird aber auf die einzige Weise belohnt, mit der die menschliche Macht seit jeher ein solch ungeordnetes Kompromißverhalten belohnt: mit Verachtung und Gewalt."

Die Gefahr für die Kirche besteht daher in erster Linie innerhalb und nicht außerhalb. Vor langer Zeit hörte ich den Heiligen Josemaria Escriva sagen: "Wenn die Welt im Dunkeln ist, dann weil die Kirche aufgehört hat, Licht zu sein".

Es geht um eine übertriebene Suche nach den "Zeichen der Zeit", die in der Regel im Widerspruch zur katholischen Lehre stehen. Statt immer neu zu versuchen, den Menschen umzuwandeln, einen nach dem anderen für Christus zu gewinnen, wollen sie einen schnellen, bequemen Weg gehen, indem sie die Lehre der Situation anpassen wollen, die oft bedauerlich ist, wie im Fall der wiederverheirateten Geschiedenen. Aus demselben Grund sagen sie auch nichts zu den Homosexuellen, denn die scheinen inzwischen unantastbar zu sein.

Auf unkritische Weise akzeptiert man jede Behauptung als wahr, Hauptsache sie kommt über bestimmte, vermeintlich "neutrale" Kanäle: das gilt ebenso für die Katastrophenmacherei der Grünen, die Unwahrheiten über die Anzahl der Todesfälle durch Abtreibung, die Ausbreitung von AIDS. Dazu gehört auch die unkritische Akzeptanz der angeblich harmlosen Millenniums-Entwicklungsziele und die künftige Agenda für nachhaltige Entwicklung.

Eingeschleuste und nützliche Idioten in der Kirche

Hat diese globale Strategie Verbündete innerhalb der katholischen Kirche?

Ja, auf die eine und auf die andere Weise: Es gibt in die Kirche Eingeschleuste und es gibt "nützliche Idioten".

Unter einigen Kardinälen herrscht eine gewisse Sorge wegen der Ausführungen von Walter Kasper beim Konsistorium im vergangenen Februar. Denken Sie, daß die Kirche am Ende die wiederverheirateten Geschiedenen zur Kommunion zulassen wird?

Ich denke nicht, daß es dazu kommt, daß die Kirche die wiederverheirateten Geschiedenen ermächtigt, die Kommunion zu empfangen. Würde sie es tun, würde sie aufhören, die Kirche Jesu Christi zu sein.

Der Katechismus der Katholischen Kirche ist eindeutig: "Darum dürfen sie, solange diese Situation andauert, nicht die Kommunion empfangen. Aus dem gleichen Grund können sie gewisse kirchliche Aufgaben nicht ausüben. Die Aussöhnung durch das Bußsakrament kann nur solchen gewährt werden, die es bereuen, das Zeichen des Bundes und der Treue zu Christus verletzt zu haben, und sich verpflichten, in vollständiger Enthaltensamkeit zu leben" (KKK, Nr. 1650).

Homo-Lobby

Sie haben gesagt, daß die Homo-Lobby in Spanien versucht, ihre Zielsetzungen in den Religionsunterricht einzuschleusen. Denken Sie, daß es eine bedeutende Präsenz der Homo-Lobby in der Kirche Spaniens gibt? Und im Vatikan?

Die Homo-Lobby haben wir zum großen Teil leider selbst erst groß werden lassen. Ich verweise auf das, was ich bereits zur Naivität der Katholiken gesagt habe.

Es ist unglaublich, aber in vielen Kreisen kann man heute nicht mehr sagen, daß Homosexualität eine "objektiv ungeordnete" Neigung ist (in der deutschen Übersetzung des Katechismus fehlt diese Wertung, weshalb sie stark defizitär ist, Anmerkung der Redaktion), wie der *Katechismus der Katholischen Kirche* in der Nr. 2.358 sagt. Praktisch alle lehramtlichen Erklärungen der Kirche ab einschließlich der Erklärung *Persona Humana* von 1975 von Papst Paul VI. werden versteckt.

Gleichzeitig wird die Kirchengzucht gelockert. Bestimmte Teile der kirchlichen Hierarchie lassen es zu, daß Männer mit solchen Neigungen zu Priestern geweiht werden oder Zugang zu verantwortungsvollen Ämtern in den kirchlichen Strukturen erhalten, zum Beispiel im Religionsunterricht oder an katholischen Schulen und Internaten usw. Auf diese Weise hat man die Ausbreitung einer Art von schlechter Toleranz und falscher Barmherzigkeit gefördert, die nicht wenig zur heutigen Situation beigetragen hat.

Dazu kommt der externe Druck auf die Kirche, diese Verhaltensweisen zu akzeptieren. Kardinal Ratzinger warnte 1995 davor, indem er sagte, daß es *Pressure Groups* gibt, die darauf hinarbeiten, die öffentliche Meinung zu ändern, damit Homosexualität als normale Form der Sexualität angesehen wird, und im nächsten Schritt fordern sie, daß die Kirche ihr Urteil über sie revidiert. Diese Gruppen, sagte der Kardinal, beschuldigen jeden der Diskriminierung, der nicht so denkt wie sie.

In Spanien fordern sie Gefängnis für Kardinal Sebastián, weil er daran erinnerte, daß Homosexualität eine Krankheit ist. Gibt es Hoffnung? Was bringt die Zukunft den Katholiken?

Persönlich empfehle ich, die Nummer 675 des *Katechismus der Katholischen Kirche* zu lesen, über die ich oft nachgedacht habe. Sie spricht vom zweiten Kommen Jesu Christi: "Vor dem

Kommen Christi muß die Kirche eine letzte Prüfung durchmachen, die den Glauben vieler erschüttern wird (vgl. Lukas 21,12; Johannes 15,19-20). Die Verfolgung, die ihre Pilgerschaft auf Erden begleitet, wird das ‚Mysterium der Bosheit‘ enthüllen: Ein religiöser Lügenwahn bringt den Menschen um den Preis ihres Abfalls von der Wahrheit eine Scheinlösung ihrer Probleme."

Ich sage nicht, daß wir am Vorabend der Wiederkunft des Herrn stehen, aber dieser Text hilft, sich zu orientieren. Er hilft, sich zu vergegenwärtigen, daß wir nicht dafür bestimmt sind, was die Menschen Erfolg nennen oder um von den Massen bejubelt zu werden.

Unser Triumph ist ein anderer. Unser Triumph ist es, uns mit dem Kreuz Christi zu vereinen, uns Ihm anzugleichen, um nach dem Tod in den Himmel zu kommen. Unsere Hoffnung ist im Kreuz und in der Auferstehung.

Juan Claudio Sanahuja wurde 1947 in Buenos Aires geboren. Nach dem Studium der Kommunikationswissenschaften an der Universität von Navarra, studierte er Theologie in Rom und erwarb 1973 das Doktorat in Theologie an der Universität von Navarra. 1972 wurde er zum Priester geweiht, seither gehört er dem Klerus der Personalprälatur des *Opus Dei* an. Er ist Professor des Studium Generale der Prälatur des *Opus Dei* in Argentinien.

Im Januar 2011 verlieh ihm Papst Benedikt XVI. für seinen Einsatz für das Lebensrecht und die Familie den Titel eines *Kaplans Seiner Heiligkeit*.

Er ist Autor mehrerer Bücher, von denen einige am Beginn des Interviews genannt werden. 1998 gründete er die Internet-Nachrichtenagentur *Noticias Globales*, die neben internationalen Entwicklungen seit 2001 gesondert auch über die Entwicklungen in Argentinien berichtet.

Er war korrespondierendes Mitglied der *Päpstlichen Akademie für das Leben* (1998-2011), arbeitete an verschiedenen Projekten des *Päpstlichen Rats für die Familie* mit und ist Vorstandsmitglied der *Stiftung Nueva Cristianidad*.<<

Der pensionierte evangelische Berufsschulpastor Eberhardt Kleina kritisierte am 20. Oktober 2015 in einem Offenen Brief die Flüchtlingspolitik der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel (x881/...): >>Flüchtlingsströme nach Europa: Eine getarnte Masseneinwanderung?

Gegenwärtige Lage, Ursachen und Hintergründe

Der Ansturm ist gewaltig. Woche für Woche kommen mehrere zehntausend Menschen in Deutschland an, vornehmlich im Münchener Hauptbahnhof. Abends sieht man in den Fernsehnachrichten Menschenmassen, die mit dem Zug aus Österreich kommen, jubelnd begrüßt von einigen hundert Einheimischen:

"Refugees welcome!" - Flüchtlinge willkommen, steht auf buntbemalten Schildern und Spruchbändern. Gespendete Lebensmittel, Kleidung, Spielsachen für Kinder und anderes stapeln sich für die, die aus ihren Heimatländern geflohen sind, wo Krieg, Zerstörung, Elend, Not und Verfolgung herrschen, wie immer wieder von Politik und Medien im Einklang betont wird, um im sicheren Europa Schutz und Asyl zu suchen. Sie kommen auf der sog. Balkan-Route aus dem Nahen Osten, aus Afghanistan, Irak, Syrien, Libanon und anderen Ländern. Die Balkan-Route beginnt in der Türkei, verläuft über Griechenland, Mazedonien, Serbien, Ungarn, Österreich bis hin nach Deutschland.

Ihnen schließen sich viele Menschen aus den West-Balkanstaaten Kosovo, Albanien, Serbien und Mazedonien an. Die andere Flüchtlingsroute verläuft über das Mittelmeer, ausgehend von Nord-Afrika, besonders Libyen. Die Menschen kommen auf halb abgewrackten, aber gestopft vollen Booten und betreten auf der italienischen Insel Lampedusa europäischen Boden, ziehen in aller Regel weiter nach Norden, ungehindert von den Staaten mit EU-Außengrenzen, etwa Griechenland und Italien. Man kommt auf zwei Routen, hat aber in der Regel ein und dasselbe Ziel: Einige wollen in westeuropäische Länder, beliebt ist auch Schweden, die meisten aber wollen nach Deutschland. "Germany! Germany!", ruft man begeistert in die Fernsehkameras

oder auf arabisch "Almaniya!" Mindestens zwei Drittel aller Ankommenden sind Muslime.

Die Menschen kommen aus Ländern, die seit Jahrzehnten eine Bevölkerungsexplosion erleben. Allein Afrika hat momentan 1,4 Milliarden Einwohner, 2030 rechnet man mit 2,4 und 2050 mit unvorstellbaren 4,4 Milliarden Menschen, so der Afrika-Experte Volker Seitz in der Wochenzeitung Junge Freiheit (11.9.2015). Die Massen strömen in das alternde Europa mit seinem Bevölkerungsrückgang.

In den letzten vierzig Jahren hat es keine deutsche Regierung geschafft, die Zahl der Geburten in Deutschland durch familien- und kinderfreundliche Maßnahmen nachhaltig zu erhöhen, man wollte es wohl auch nicht wirklich. Erschwerend kommt hinzu, daß Jahr um Jahr etwa einhunderttausend Kinder nach staatlichen Gesetzen legal schon vor ihrer Geburt getötet werden, die Dunkelziffer dürfte noch einmal so hoch sein. Sind es fünf, sechs oder gar sieben Millionen Kinder, deren Leben in den letzten vier Jahrzehnten vernichtet wurde?

Im Jahre 2012 kamen 77.000 Menschen aus den genannten Regionen nach Deutschland. Zwei Jahre später waren es schon 200.000, explosionsartig stieg ihre Zahl aber seit dem Frühjahr 2015 an und erreichte bis September immer neue Höhepunkte. Im Laufe dieses Jahres wurde die Zahl der prognostizierten Ankömmlinge mehrfach regierungsamtlich nach oben korrigiert. Im Augenblick erwartet man bis Ende des Jahres 800.000, es können aber auch 1.000.000 werden, im Jahre 2016 voraussichtlich noch mehr. Allein am ersten Septemberwochenende 2015 kamen rund 20.000 Menschen in Deutschland an, am darauffolgenden Montag weitere 10.000 plus x, wie der oberbayerische Regierungspräsident Christoph Hillenbrand sagte (Bild online, 7.9.2015).

In Ungarn hatte die Regierung sie vorübergehend an der Weiterreise gehindert, bis die deutsche Bundeskanzlerin am 5.9.2015 zugesagt hatte, alle einreisen zu lassen, aus humanitären Gründen, wie sie betonte. "Wir schaffen das", so Frau Merkel, eine Obergrenze für Flüchtlinge gebe es nicht. Ungarn ist derzeit das einzige Land, das die EU-Vorschriften bezüglich Einreise und Asyl ernst nimmt, wird dafür aber von anderen EU-Staaten und der Brüsseler EU-Zentrale kritisiert.

Die deutsche Einreisegenehmigung sprach sich in Windeseile herum. So berichtete am 11.9.2015 das ZDF aus dem Nordirak: "Seit die arabischen Nachrichtensender von deutscher Willkommenskultur berichten, werden die Erwartungen an Deutschland grenzenlos." Schilder tauchten auf: "Danke, Frau Merkel."

In arabischen Ländern genießt die deutsche Regierungschefin derzeit die größte Verehrung. Weitere Menschen werden hereinströmen. Der Vizekanzler Sigmar Gabriel sieht das nicht als ein Problem, hält 500.000 Einwanderer pro Jahr über einige Jahre hinweg für verkraftbar (Spiegel.de, 8.9.2015).

Man fragt sich, ob diese Entscheidungsträger eigentlich an ihren Amtseid gedacht haben, ihre Kraft dem Wohl des deutschen Volkes zu widmen, seinen Nutzen zu mehren und Schaden von ihm zu wenden.

Die Situation ist momentan außer Kontrolle, die Behörden wissen oftmals nicht, wer da einreist. Schwierig ist es für die normalen Bürger, einen Durchblick zu bekommen, ein Gefühl der Angst, Ohnmacht und auch Wut macht sich breit angesichts der hereindrängenden Menschenmassen.

Ist es nun eine zwangsläufige Entwicklung, daß in das kinderarme und alternde Europa die Menschen aus den Ländern mit einem hohen Geburtenüberschuß einwandern, sozusagen ein Bevölkerungsausgleich stattfindet, wobei der europäische Wohlstand noch einen zusätzlichen Anreiz bietet?

Immer öfter wird dagegen die Vermutung angestellt, es könnte eine gewollte Maßnahme sein, daß so viele Menschen einreisen. Beweise gibt es natürlich keine, höchstens Indizien, aber auch da muß man schon genau hinschauen. Gehen wir der Reihe nach vor.

Die Menschen aus dem Nahen Osten und Afrika kommen sehr oft aus Ländern, wo in der Vergangenheit die USA und mit ihnen eine Koalition der Willigen kriegerisch eingegriffen, Regime gestürzt und große Zerstörungen angerichtet haben.

Die Initialzündung war der Terrorangriff tiefgläubiger Muslime auf die Türme des World Trade Centers in New York am 11. September 2001. Die USA intervenierten daraufhin militärisch in Afghanistan, 2003 im Irak und 2011 in Libyen. Oder sie agierten mehr im Hintergrund wie im sog. Arabischen Frühling oder in Syrien, wo man regimefeindliche Gruppen mit Waffen versorgte, um das von Amerika abgelehnte Assad-Regime zu stürzen. Die Folge war und ist ein grausamer syrischer Bürgerkrieg.

Nach Meinung vieler Beobachter sind die USA damit der Auslöser der gegenwärtigen Wanderungswelle. Man wollte Demokratie und Freiheit bringen und beseitigte deswegen die arabischen Diktaturen. Aber erst dadurch brach das Chaos aus. Der libysche Diktator Gaddafi hatte gewarnt, daß sich nach seinem Sturz Millionen Menschen aus Afrika nach Europa aufmachen würden, die bis dahin mit Zwangsmaßnahmen zurückgehalten worden waren. Nun ist es geschehen, die Wanderung ist in Gang gekommen und übt eine Sogwirkung aus auch auf Länder, wo die USA nicht direkt eingegriffen haben.

Es ist eine Völkerwanderung, die die Völkerwanderung der Antike schon jetzt übertrifft, welche die damalige Welt umgepflügt und das Weströmische Reich zum Einsturz gebracht hat. Sie ist vergleichbar mit der Völkerwanderung weißer Europäer nach Amerika im 18./19. Jahrhundert, wo als Ergebnis die Ureinwohner heute nur noch in Reservaten leben. Die gegenwärtigen Wandermassen werden das Gesicht Europas und insbesondere Deutschlands auf das nachhaltigste verändern. In wenigen Jahren werden wir unser vertrautes Land kaum mehr wiedererkennen.

War die gegenwärtige Völkerwanderung beabsichtigt oder nicht? Für Normalbürger schwer zu durchschauen. Wenn nicht, dann war es eine beispiellose Leichtfertigkeit und Verantwortungslosigkeit, in den genannten Ländern militärisch einzugreifen. Wenn ja, aber mit welchem Ziel? Will man Europa, insbesondere Deutschland, destabilisieren, das trotz der desaströsen Euro-Rettungsmaßnahmen immer noch wirtschaftlich zu stark ist?

Tatsache ist: Die Wanderströme gehen nicht nach Amerika, nicht nach Asien, nicht nach Australien, sie gehen allein nach Europa, West- und Mitteleuropa, vornehmlich nach Deutschland. Welche politischen Kräfte spielen hier eine verdeckte Rolle? Historiker werden später eine Antwort finden.

Mit offenen Karten spielt hingegen der sog. "Islamische Staat". Diese brutale Terror-Organisation, die am 29.6.2014 ein Kalifat unter dem selbsternannten Kalif Al-Bagdadi ausrief, hat gedroht, 500.000 Menschen nach Europa zu schicken, um Chaos zu stiften (Daily Mail online, 6.9.2015). Die Zeitung Sunday Express berichtete am 7.9.2015, daß bereits etwa 4.000 IS-Kämpfer als Flüchtlinge getarnt in Europa angekommen seien. Die ersten IS-Terroristen wurden schon in Bulgarien verhaftet.

Nicht nur Chaos in Europa ist das Ziel des IS, man will auch den Nahen Osten und Nordafrika von Ungläubigen säubern, worunter man vornehmlich Christen und Juden versteht, aber auch Moslems, die nicht gläubig genug sind. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang an einen Geheimbeschluß der "Panislamischen Konferenz" aus dem Jahre 1980 im pakistanischen Lahore: "Das ganze Gebiet (Naher Osten) ist bis zum Jahre 2000 völlig zu islamisieren, und zwar im Mittleren Osten dergestalt, daß alle Lebenden, die nicht Muslime sind, die koptischen Christen in Ägypten, die Christen im Irak, Iran, in der Türkei, im Libanon, Syrien ... und insbesondere die Israelis völlig ausgelöscht werden müssen." (Europe News, 13.10.2009)

Genau das versucht man heute, nur um 15 Jahre verspätet. Die "Panislamische Konferenz" umfaßte damals 42 Länder, der Beschluß wurde unter dem Vorsitz der Türkei gefaßt. Was damals noch geheim geschah, propagiert der IS heute öffentlich, ganz auf der Linie des Koran,

um den Islam "über jede andere Religion siegreich zu machen." (Sure 61,9)

Auf das Bestreben, insbesondere Europa dem Islam zu unterwerfen, wies auch der Islamwissenschaftler Bassam Tibi bereits im Jahre 1996 hin in seinem Buch "Der wahre Imam", demzufolge die islamische Welt-Liga sowie der Welt-Moschee-Rat im Juli 1993 in Kairo ein Arbeitspapier verabschiedet haben, wonach die Einwanderung nach Europa und der Aufbau islamischer Zentren als Mittel der Islamisierung Europas gesehen werden (S. 64). Ernst genommen haben das nur wenige, leider.

Seit seiner Entstehung ist der Islam eine Eroberungs- und Unterwerfungsideologie, getarnt als Religion, er will die Weltherrschaft (siehe neben Sure 61,9 auch Sure 2,193; 8,39). Nach einem Buhari-Hadith lautet ein Ausspruch Mohammeds: "Der Islam herrscht, er wird nicht beherrscht." Die Gelegenheit jetzt scheint günstig, den Nahen Osten jüden- und christenfrei zu machen und Europa zu erobern. Danach sieht man weiter.

Auch der türkische Staatspräsident Erdogan verbirgt seine Meinung nicht. Für ihn sind die Menschenmassen eine Art politisch-religiöse Waffe. In Reden stellt er sich als Beschützer der muslimischen Flüchtlinge dar, die Türkei sei Schutzraum für alle Rechtgläubigen, das gebiete der Koran. Ein hochrangiger Nato-Vertreter aus Brüssel kommentiert, Erdogan spiele mit der Migrationswaffe und befördere die gezielte Massenflucht von Muslimen nach Europa, das passe in sein missionarisches Weltbild, wonach jeder Muslim in Europa die islamische Sache stärke (N-TV, 25.8.2015).

Dem tiefgläubigen Moslem Erdogan dürfte sehr wohl bekannt sein, daß schon am Anfang des Islam die Masseneinwanderung ein probates Eroberungsmittel war (Einwanderungs-Dschihad), das als erster Mohammed erfolgreich im Jahre 622 n. Chr. anwendete. Nach seiner Flucht aus Mekka fiel die Stadt Medina durch die Einwanderung seiner Anhänger kampflos in seine Hand. Daß die Massenimmigration von Muslimen in der Tat eine Islamisierung bewirkt, bestätigt indirekt der Vorsitzende des Zentralrates der Muslime in Deutschland, Aiman Mazyek: "Die Zahl der Muslime in Deutschland wird signifikant wachsen. Schon jetzt haben wir Moscheegemeinden, die sich wegen der Flüchtlinge innerhalb eines Monats verdoppelt haben." (Tagesspiegel, 27.8.2015)

Herr Mazyek freut sich über bis jetzt schon 600.000 weitere Muslime. Wenn der Zustrom weiter anhält werden in absehbarer Zukunft nicht nur die bisherigen vier Millionen Muslime hier wohnen, sondern sechs, sieben oder noch mehr, bedingt auch durch ihre hohe Geburtenzahl. Langsam, aber sicher wird dann eine kritische Grenze überschritten, die das soziale Gefüge hier völlig umkrepelt. Man wird mehr Mitsprache, Macht und Einfluß einfordern.

Schon im Jahre 1996 schrieb El-Zayat, Generalsekretär des Dachverbandes "Islamisches Konzil": "Ich glaube nicht, daß es unmöglich ist, daß der Bundeskanzler im Jahre 2020 ein in Deutschland geborener und aufgewachsener Muslim ist, daß wir im Bundesverfassungsgericht einen muslimischen Richter oder eine muslimische Richterin haben. ... Dieses Land ist unser Land und es ist unsere Pflicht, es positiv zu verändern. Mit der Hilfe Allahs werden wir es zu unserem Paradies auf der Erde machen und der islamischen Ummah (Weltgemeinschaft) und der Menschheit insgesamt zur Verfügung stellen." (Jugendmagazin der Muslimischen Jugend TNT, Nr. 1/9, 1996). Die Islamisierung Deutschlands ist in vollem Gange.

Jeder Moslem ist aufgefordert, die Herrschaft Allahs auszudehnen. Diese Anstrengung für die Sache Allahs, Dschihad genannt, kann mit kriegerischen Mitteln durchgeführt werden, wie es Mohammed in rund 60 Kriegen machte und der IS heute durch beispiellos grausamen Terror, oder mit unkriegerischen Mitteln, eben durch Einwanderung. Die klassischen Einwanderungsländer USA, Kanada und Australien gehen mit Einwanderern, Flüchtlingen und Asylsuchenden ganz anders um. Niemand, der bestimmten Kriterien nicht genügt, kommt ins Land. Auch Polen, Ungarn, Tschechen und andere weigern sich, die jetzt Ankommenden aufzunehmen, wenn überhaupt, dann nur christliche Flüchtlinge.

Wer könnte sonst noch ein Interesse haben, möglichst viele Fremde, besonders Muslime, hier aufzunehmen? Bei einem Blick ins linke politische Spektrum wird man schnell fündig. Hier träumt man seit langem von einem bunten, multikulturellen und multireligiösen Deutschland. Deutschland soll entnationalisiert und internationalisiert werden.

Vorreiter sind Grüne und Linke, aber auch die SPD und selbst CDU und FDP als (einstmals) bürgerliche Parteien scheinen irgendwie offen für diesen Trend zu sein. Schnell erklären sich so die euphorischen Willkommensgrüße, wenn Züge aus Österreich eintreffen, so erklärt sich auch die Meinung eines Herrn Gabriel bezüglich der Zuwanderung, so erklärt sich, wenn der frühere Bundespräsident Wulff und Frau Merkel betonen, der Islam gehöre zu Deutschland. So erklären sich auch die folgenden Stellungnahmen grüner Politiker:

"Deutschland muß von außen eingehegt und von innen durch Zustrom heterogenisiert, quasi verdünnt werden." (Joschka Fischer, Bündnis 90/Die Grünen, ehemaliger Außenminister).

"Deutschland verschwindet jeden Tag immer mehr, und das finde ich einfach großartig." (Jürgen Trittin, Bündnis 90/Die Grünen, ehemaliger niedersächsischer Landesminister, danach Bundesminister).

"Deutsche sind Nicht-Migranten, mehr nicht." (Claudia Roth, Bündnis 90/Die Grünen, amtierende Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages).

"Der deutsche Nachwuchs heißt jetzt Mustafa, Giovanni und Ali." (Cem Özdemir, Parteichef Bündnis 90/Die Grünen).

"Ich wollte, daß Frankreich bis zur Elbe reicht und Polen direkt an Frankreich grenzt." (Sieglinde Frieß, Grüne und Verdi-Funktionärin).

"Wir, die Grünen, müssen dafür sorgen, so viele Ausländer wie möglich nach Deutschland zu holen. Wenn sie in Deutschland sind, müssen wir für ihr Wahlrecht kämpfen. Wenn wir das erreicht haben, werden wir den Stimmenanteil haben, den wir brauchen, um diese Republik zu verändern." (Daniel Cohn-Bendit, Bündnis 90/Die Grünen, Abgeordneter des Europa-Parlaments).

So ist es nicht verwunderlich, daß man von linken Demonstranten auf der Straße Sprechchöre hört wie: "Deutschland verrecke!"

Es soll an dieser Stelle nicht behauptet werden, daß alle Grünen solche extremen Meinungen vertreten, aber es ist bezeichnend, daß man diese Stellungnahmen einfach stehen läßt und nicht vehement kritisiert.

Den Grund für diese Ablehnung, ja manchmal schon Deutschenhaß, muß man wohl in der Hitlerzeit suchen. In linken Kreisen wird Deutschland als Aggressor und als böse schlechthin angesehen, der immenses Unheil über die Welt gebracht hat. Deutschland in seiner bisherigen Form muß völlig umgebaut, soll bunt werden, damit es nie wieder Unheil anrichten kann. Welch eine verquere Weltsicht.

Das Unheil in bezug auf den 2. Weltkrieg soll nicht in Frage gestellt werden - die Verbrechen anderer Staaten seien hier nicht thematisiert - aber die linken Meinungsführer begreifen offensichtlich nicht, daß Jesus am Kreuz von Golgatha alle Schuld der Welt auf sich genommen hat und nach Buße und Umkehr Vergebung gewährt.

Auch ein Volk kann sich ändern (Jona, Kap. 3), und Deutschland hat sich geändert, wie die Neuansiedlung vieler Juden aus Osteuropa zeigt. Auch für Deutschland und seine Menschen gibt es Vergebung. Warum blendet man das aus? Zudem sind längst Nachkriegsgenerationen herangewachsen, und Schuld ist individuell und kann nicht vererbt werden, darauf weist Gott ausdrücklich hin. (Hes. 18, 1-24). Das immer erneute Hinweisen dagegen auf deutsche Greuel im 3. Reich ist zu einem probaten Mittel geworden, das deutsche Volk in einem Schuldkomplex gefangen und das schlechte Gewissen wach zu halten, wodurch es leichter politisch zu lenken ist.

Durch das neue bunte Deutschland hofft man zugleich einen neuen Menschen zu erziehen,

wenn Deutschland ethnisch und religiös durchmischt wird. In diese Richtung weist auch die staatlich verordnete Gender-Erziehung in der Schule, eine gottfeindliche Ideologie, die die normale Familie zerstören soll. Mit der eigenen christlich geprägten Kultur steht man auf Kriegsfuß, sie ist zugunsten des Islam zurückzudrängen. ...

Starke politische Kräfte streben die Utopie einer neuen Gesellschaft an. Es soll ein multiethnisches, multikulturelles, multireligiöses Paradies sein, wo alle Gegensätze und Konflikte aufgehoben sind und immerwährender Friede einkehrt, auf der Basis von Gleichheit, Toleranz und gegenseitiger Achtung. Konservative und bibeltreue Meinungen stören hingegen, weil sie die Utopie in Frage stellen. Vor unseren Augen läuft ein gesellschaftspolitisches Großexperiment ab. Aber es wird scheitern an der Herrschaftsideologie Islam.

Von solchen Bestrebungen geht indes eine enorme Gefahr aus. Aus dem kommunistischen Großexperiment des 20. Jahrhunderts hat man anscheinend nichts gelernt, wo in der früheren Sowjetunion und im China Mao Tse-tungs die verschiedensten Völker und Kulturen vermischt und auch ein neuer Mensch geschaffen werden sollte. Das Ergebnis waren gigantische Ströme von Blut. Auch die Verhältnisse im früheren Jugoslawien und im Libanon blendet man beharrlich aus, die Christenverfolgungen in der islamischen Welt behandelt man eher am Rande. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban aber warnt:

"Die europäischen Spitzenpolitiker ... haben keine Ahnung von der tatsächlichen Gefahr, die die Einwanderer für uns bedeuten, auch nicht von der Größenordnung des Problems. Wir reden hier über zig Millionen Menschen. Der Nachschub ist endlos, aus Pakistan, Bangladesch, Mali, Äthiopien, Nigeria. Wenn wir die alle reinlassen, geht Europa zugrunde." (Bild online, 12.9.2015)

Da solche Stimmen die Utopie stören, überhört man sie, schließlich hält man Orban eh für einen Nationalisten, irgendwie braun angehaucht. Aber er hat recht. Tatsächlich sitzen Millionen Menschen auf gepackten Koffern. Allein 38 % der Afrikaner wollen laut Umfragen nach Europa (FAZ, 13.9.2015). Wenn die alle kommen, geht Europa zugrunde. Am 13.9.2015 zog die deutsche Regierung die Notbremse und führte wieder Grenzkontrollen ein. Es bleibt abzuwarten, wie effektiv sie sind.

Schon jetzt haben Städte und Gemeinden die größten Probleme, die lawinenartig hereinströmenden Menschenmassen unterzubringen. Turnhallen werden beschlagnahmt und als Unterkünfte hergerichtet, leerstehende Gebäude mit beträchtlichem Kostenaufwand renoviert. Private Hauseigentümer fordert man bereits auf, nichtgenutzten Wohnraum zur Verfügung zu stellen, das sei "Gold wert für die Integration", so Katrin Göring-Eckhardt von den Grünen (Junge Freiheit, 6.9.2015).

Da voraussichtlich zu wenig privater Wohnraum zur Verfügung gestellt wird, sind schon Zwangseinquartierungen angedacht. Hamburg will noch im Oktober ein Gesetz verabschieden, wonach leerstehende Gewerbeimmobilien im Privatbesitz beschlagnahmt werden können (N-TV, 23.9.2015). Die ersten Städte werfen Mieter aus stadteigenen Wohnungen, melden Eigenbedarf für die Neuankömmlinge an, wie in Paderborn (Neue Westfälische, 28.7.2015), oder quartieren eine ganze Schule aus, wie in Lübbecke, wo Hals über Kopf innerhalb einer Stunde die Realschüler ihr Schulgebäude verlassen mußten, also vertrieben wurden, um Platz zu schaffen (Westfalenblatt, 18.9.2015), bundesweit bisher einmalig.

So geht man nicht mit Menschen um, die Eltern dieser Schüler sind Steuerzahler, der Staat hat eine Fürsorgepflicht für seine Bürger. Die ursächliche Schuld liegt natürlich bei der Regierung, die die Fremden massenweise ins Land läßt, ausbaden muß es das Volk. Man hat den Eindruck, daß die Behörden völlig überfordert sind. Mit derartigen Zuständen hatte niemand gerechnet. Der Winter steht vor der Tür, viele Menschen in Zeltstädten müssen in feste Quartiere, aber wohin? Schon jetzt brodeln es im Volk, wie man in Gesprächen leicht herausfinden kann.

Haben die Zuwanderer ein Recht, hier zu sein?

Ganz deutlich muß man sagen: Nein! Juristisch gesehen sind es Illegale, die jetzt ins Land strömen. Sie hätten laut EU-Gesetzgebung (Dublin-Abkommen) in dem Land Asyl beantragen müssen, wo sie zuerst den Boden eines EU-Mitgliedslandes betreten haben. Sie sind Rechtsbrecher. Als Illegale haben sie mehrere sichere EU-Staaten durchquert, wenn sie in Deutschland ankommen. Auch das deutsche Grundgesetz legt in Artikel 16a, Absatz 2 fest: "Ausländer, welche über einen Staat der EU oder einen sonstigen sicheren Drittstaat einreisen, können sich nicht auf das Asylrecht berufen."

In gigantischem Maß wird demnach Rechtsbruch begangen und zugelassen. Interessant ist, daß die Einreisenden in allen Medien und politischen Verlautbarungen als Flüchtlinge bezeichnet werden. Diese Bezeichnung ist mit Absicht gewählt, eine Manipulation durch Sprache, um die Aufnahmebereitschaft der Einheimischen zu erhöhen. Denn ein Flüchtling ist nach allgemeiner Auffassung und Sprachgebrauch ein Mensch, der ein schweres Schicksal hinter sich hat, dem man helfen muß, alles andere wäre unmenschlich, so bestimmt es unsere christlich geprägte Kultur, Nächstenliebe und Humanität. Das Handeln des barmherzigen Samariters (Lukas 10, 30 ff.) ist Grundbestandteil unserer Ethik.

Die Frage aber, ob diese Menschen wirklich Flüchtlinge sind, wird gar nicht erst gestellt. Sie sind es zu einem großen Teil nicht, und ein Anrecht auf Asyl hat keiner, da sie bereits aus einem Lager in einem sicheren Land kommen. Nur wenige dürften direkt aus dem Kriegsgebiet kommen, aber auch sie hätten im ersten EU-Land Asyl beantragen müssen. Nach internationalem Recht ist für Kriegsflüchtlinge der UNHCR, das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, zuständig. Er wird von den Mitgliedern der Vereinten Nationen mit einem Milliardenbudget ausgestattet, damit er hilft, wo Hilfe geboten ist.

Und wo Hilfe geboten ist, ist im internationalen Recht ebenfalls genau festgelegt: Flüchtlingen wird im Nachbarland des Krieges geholfen bzw. im ersten Land, in dem Sicherheit und körperliche Unversehrtheit der Menschen gewährleistet sind. Und das ist im Falle Syriens zum Beispiel die Türkei und Jordanien. Deutschland ist es nicht.

Nun kann sich Deutschland ganz abgesehen vom internationalen Recht natürlich freiwillig bereit erklären, die Türkei oder Jordanien zu unterstützen und Flüchtlinge aufnehmen. Das ginge ohne weiteres, der UNHCR würde es organisieren. Die Menschen würden dann ganz regulär etwa mit Flugzeugen nach Deutschland gebracht. Erhöht es aber die Aufnahmebereitschaft der Einheimischen und ist es medienwirksamer zu berichten, sie seien Tausende Kilometer unter großen Strapazen zu Fuß hierher gekommen?

In dem besagten Interview antwortet der ungarische Ministerpräsident Orbán auf die Frage, wohin denn die Menschen gehen sollen, wenn ab dem 15.9.2015 Ungarn, wie angekündigt, seine Grenzen dicht macht.

Orbán: "Dorthin, wo sie herkommen. Diese Migranten kommen ja nicht aus dem Kriegsgebiet zu uns, sondern aus Lagern in den Nachbarstaaten Syriens. ... Dort waren sie in Sicherheit. Diese Menschen fliehen also nicht vor der Gefahr, sie sind bereits geflohen und mußten nicht mehr um ihr Leben fürchten. Diese Menschen kommen nicht nach Europa, weil sie Sicherheit suchen, sondern sie wollen ein besseres Leben als in den Lagern. Sie wollen ein deutsches Leben, vielleicht ein schwedisches. Die Lebensumstände in Griechenland, Mazedonien, Serbien, Ungarn und Österreich genügen ihnen nicht. Persönlich kann ich das verstehen. Aber es gibt kein Grundrecht auf ein besseres Leben, nur ein Recht auf Sicherheit und Menschenwürde." (Bild online, 12.9.2015)

Mit anderen Worten: Es sind Wirtschaftsflüchtlinge, etwa 80 % der Ankommenden sind aus diesem Grund hier. Das aber verschweigt man oder sagt es nur ganz kleinlaut.

Alle, die hierher kommen, müssen einen Asylantrag stellen. Viele haben unterwegs allerdings ihre Papiere "verloren". Wer angibt, er komme aus dem Bürgerkriegsland Syrien, hat gute

Aufnahmechancen. Oder er legt sogar gefälschte Papiere vor, für 750 Euro erhältlich in zwei Tagen, hergestellt wahrscheinlich in der Türkei, wie der niederländische Journalist Harald Doornbos recherchierte (N24.de, 17.9.2015).

Spiegel online meldete am 11.9.2015, die deutsche Botschaft in Kabul/Afghanistan habe mitgeteilt, es gebe Anzeichen, daß die afghanische Regierung eine Million Pässe ausgestellt habe, die die Ausreise nach Europa ermöglichen. Die Personen aus den Westbalkanstaaten fliehen definitiv nicht vor Krieg und Terror, ihre Anträge dürften abgelehnt werden. Aber die Aussicht, selbst bei Ablehnung wieder abgeschoben zu werden, ist gering. Die 145.000 abgelehnten Asylbewerber der Vorjahre sind immer noch hier (Bild.de, 5.10.2014). Abschiebungen werden nur in etwa 10 % der Fälle durchgeführt, zudem oft verhindert von Einheimischen aus dem linken politischen Lager.

Die besondere Attraktivität Deutschlands erklärt sich aus den hohen Leistungen, die die Einwanderer hier erhalten, nur wenig unter Hartz-IV-Niveau, was man zu Hause durch reguläre Erwerbsarbeit meist nicht erreicht. Von Anfang an werden sie in die Sozialsysteme aufgenommen, faktisch gleichgestellt den Mitgliedern der Solidargemeinschaft, die jahre- und jahrzehntelang in die Sozialkassen eingezahlt haben. Auch die medizinische Versorgung, die Unterbringung in hier üblichen Wohnungen, die Bildungseinrichtungen und anderes sind für die Menschen sehr attraktiv.

Deutschland aber wird angesichts der zu erwartenden Menschenmassen schnell überfordert sein, es kann nicht die Rolle des Welt-Sozialamtes spielen. Dies und die beinahe bedingungslose Aufnahmebereitschaft für alle, die kommen, üben eine starke Sogwirkung aus. Almaniya scheint das "gelobte Land" zu sein. Klar ist, die Menschen sind gekommen, um zu bleiben. Und die gegenwärtige Politik läßt das zu.

Es sei ausdrücklich vermerkt, daß unter den Hunderttausenden mit Sicherheit viele Menschen sind, die in ihrem Heimatland verfolgt werden und um Gesundheit und Leben fürchten müssen, etwa Jesiden und andere Minderheiten, insbesondere aber Christen. Wir erleben seit vielen Jahren eine in der Geschichte noch nie dagewesene, brutale Christenverfolgung weltweit, ein Christen-Schlachten, nicht nur, aber insbesondere in islamischen Ländern.

Pro Jahr werden etwa 100.000 nur ihres christlichen Glaubens wegen umgebracht, ein Ende ist nicht absehbar. Aber auch politisch Verfolgte sind unter ihnen. Für alle diese Menschen gilt ohne wenn und aber, daß man ihnen hier Schutz gewähren muß. Man kann ihnen ohne weiteres freiwillig ein Bleiberecht einräumen, selbst wenn sie als Illegale ins Land gekommen sind. Denn ein Zurückschicken würde ihren fast sicheren Tod zu Hause bedeuten. Das geht selbstverständlich nicht. ...

Sickern mit den faktisch unkontrollierten Massen auch IS-Terroristen ins Land?

Fragen über Fragen. Auch die Frage nach den Kosten des Einwanderungsstromes wird nicht öffentlich in den Medien thematisiert. Man erfährt nichts Genaues. Mancherorts zerfällt die Infrastruktur, Brücken und Straßen müssen saniert werden, manche Schulen sind dringend renovierungsbedürftig. Geld ist keines da. Aber für die Flüchtlinge jetzt plötzlich doch. Wie kann das sein?

Weiter hört man im Umkreis von Aufnahmeeinrichtungen immer wieder von Problemen mit den neuen Mitbürgern:

Nachbarn beschwerten sich über laute nächtliche Musik und über Vermüllung der Umgebung. Man hört von Streitereien, die untereinander mit Brachialgewalt ausgetragen werden, hört von Drogenkriminalität, sexuellen Belästigungen und sogar von Vergewaltigungen einheimischer Frauen. Christliche Flüchtlinge werden von muslimischen in den Unterkünften belästigt oder gar angegriffen. Warum wird darüber nicht offen gesprochen?

Wer kritische Fragen stellt, gerät indes leicht in den unangenehmen Ruf, ein Ausländerfeind zu sein bzw. ein Rassist oder ein Rechtspopulist. Mit der Nazi-Keule wird jede noch so sach-

liche Kritik an der Flüchtlings- und Ausländerproblematik vom Tisch gefegt. Alles wird niedergebügelt, was nach Kritik und Widerstand aussieht, bis hin zu üblen Beschimpfungen durch die Politik ("Pack", "Mischpoke", "Dunkeldeutsche"), was die Medien ausführlich darstellen. Eine kontroverse, mit sachlichen Argumenten geführte Auseinandersetzung ist kaum mehr möglich. Ein schwerer Fehler.

Natürlich sind Brandstiftungen in Unterkünften ein schlimmer Rechtsbruch, man hat aber den Eindruck, daß die Medien so berichten, daß Rechte die Täter gewesen sein könnten, indes die Aufklärungsquote ganz minimal ist. Nicht selten sollen Flüchtlinge selbst schon Feuer gelegt haben. Und was ist mit linker Gewalt? Die redet man eher klein.

Es ist besorgniserregend, wie groß die Kluft zwischen "denen da oben" und "dem Volk da unten" inzwischen geworden ist. Die Sorgen und Ängste der Einheimischen dürfen offensichtlich keine Rolle spielen, Ängste der Eltern um ihre Kinder, Ängste der Großeltern um Kinder und Enkelkinder. Auch seit Jahren oder gar Jahrzehnten gut integrierte Ausländer sind entsetzt über die gegenwärtigen Ereignisse in Deutschland und besorgt, was die Zukunft bringt. Da die Medien ganz offensichtlich einseitig berichten, weichen immer mehr Leute auf das Internet als Informationsquelle aus.

Sind die Ankommenden integrationsfähig?

Alle treten für eine rasche Integration der Neuankömmlinge ein. Aber wie realistisch ist das? Wer soll die Hunderttausende Schüler unterrichten, die kein Deutsch sprechen? Die Wirtschaft hofft auf billige Arbeitskräfte, was selbst die Arbeitsministerin Nahles kritisch sieht (Junge Freiheit, 11.9.2015). Diejenigen, die einen christlichen Hintergrund haben, sind in der Regel sicherlich integrationsbereit und - fähig, werden es aber nicht leicht haben.

Anders sieht es bei den Muslimen aus, und die stellen die Masse der Neuankömmlinge. Schon im Jahre 2005 sagte Bassam Tibi: "Man muß offen sagen, die Religion des Islam erlaubt die Integration nicht. Ein Muslim darf sich einem Nicht-Muslim nicht fügen. Wenn er in der Diaspora lebt, dann ist das eine Notsituation, und er kann sich absondern. Das sagt die normale Religion und nicht eine fundamentalistische Variante." (Focus 29/2005)

Sogar bei den bereits seit vielen Jahren hier lebenden Muslimen sieht es mit der Integration nicht besonders gut aus. Waren die Einwanderer der 70er und 80er Jahre durchaus noch offen für die Integration, so sind es die jungen der dritten oder vierten Generation immer weniger, Parallelgesellschaften sind entstanden. Diese verfestigen sich natürlich durch die Massen der neu hinzukommenden Muslime. In vielen Städten ist die Integration schon heute gescheitert.

Im Jahre 2008 wurde in Duisburg-Marxloh die bis dahin größte Moschee in Deutschland eröffnet, die Merkez-Moschee, hohe Repräsentanten aus Politik und Kirche waren anwesend. Der Bau war von der EU und dem Land NRW mit 3,2 Millionen Euro gefördert worden (Idea, 29.10.2008). Man sprach vom "Wunder von Marxloh", es sollte eine Begegnungsstätte und Vorzeigeprojekt für das reibungslose Zusammenleben verschiedener Kulturen sein, wie auch der Stadtteil Marxloh überhaupt ein Vorzeigevierviertel der Einwanderung werden sollte. Die Moschee wurde gelobt für ihre gute Integrationsarbeit (Armin Laschet, CDU). Aber schon zwei Jahre später kamen erste Zweifel auf.

Heute, nur sieben Jahre später, ist die ursprünglich ansässige deutsche Bevölkerung zum großen Teil weggezogen und eine Art muslimisches Ghetto entstanden, in dem andere Werte und Verhaltensmaßstäbe gelten, in das sich selbst Polizisten nur mit Vorsichtsmaßnahmen hineintrauen. Die Gewerkschaft der Polizei fordert ein Gegensteuern, spricht von rechtsfreien Räumen, Polizeibeamte werden "ohne jeden erkennbaren Grund von einer größeren Menschenmenge bedroht und angegriffen." (Blu-News, 30.6.2015; siehe auch Focus vom 30.6.2015 und news.de vom 20.8.2015). Duisburg-Marxloh, nur ein verunglückter Einzelfall? Keineswegs.

Auch in Dortmund, Essen, Berlin-Neukölln und anderswo klagt die Polizeigewerkschaft über ähnliche Zustände. Niemand hat damals auf warnende Stimmen gehört. Natürlich gibt es sä-

kularisierte Muslime, die nur noch Namens-Muslime sind, aber wie werden diese sich verhalten, wenn die Islamisierung zügig voranschreitet, wenn Salafisten und ähnliche Gruppen immer mehr Einfluß bei uns gewinnen? Der Islam, ein Integrationshindernis?

Man muß die Frage leider bejahen. Es hat keinen Zweck mehr, darum herumzureden. Der Glaube ist für die allermeisten Muslime eminent wichtig, was nur die wenigsten im Westen verstehen. Muslime, die in westliche Länder kommen, erleben einen Kulturschock, sind empört über westliche Lebensweise, Werte und Moralvorstellungen, die man für dekadent hält. Homo-Ehen verachtet man, auch sexuelle Freizügigkeiten der Geschlechter und manches andere. Als Reaktion besinnt man sich verstärkt auf die eigenen islamischen Werte, fühlt sich erhaben über diese verwahrloste Kultur, die man als identisch mit dem Christentum ansieht.

Normalerweise liest ein Moslem seinen Koran nicht. Aber koranische Grundsätze und Werte prägen durch die Tradition und Erziehung in der Familie, durch Koranschule, Moscheebesuche usw. fest das Leben dieser Menschen. Allahs Wille ist ewig gültig, und zwar für alle Menschen, er bestimmt das Leben bis in Einzelheiten hinein.

Allah hat festgelegt, daß Juden und Christen Ungläubige und Verfluchte sind (Sure 9,30), die schlechtesten Geschöpfe, die garantiert in die Hölle kommen (Sure 98,6), sie stehen noch unter dem Vieh (Sure 8,55; 7,179; 47,12), einige von ihnen hat Allah gar in Affen und Schweine verwandelt (2,65; 5,60; 7,166). Sie sind Muslimen zu Tribut verpflichtet (Sure 9,29).

Von sich selbst nimmt man dagegen an, daß man als Moslem zur besten Gesellschaft gehört, die es überhaupt gibt (Sure 3,110). Gewarnt werden Muslime vor einer Freundschaft mit Ungläubigen: "O ihr, die ihr glaubt, nehmt euch nicht die Juden und Christen zu Freunden, sie sind untereinander Freunde, und wer von euch sie zu Freunden nimmt, siehe, der ist von ihnen. Siehe, Allah leitet nicht ungerechte Leute." (Sure 5,51; siehe auch 3,118; 60,13) Menschen, die diese Grundsätze verinnerlicht haben, können eben nicht integrationsfähig sein. Die Angst vor Allahs Zorn ist zu groß.

Die Flüchtlinge von heute, unsere Herren von morgen? Durch eine Willkommenskultur begeistert aufgenommen? Leider spricht vieles dafür. Während viele noch ihren gesellschaftspolitischen, multikulturellen, multireligiösen und mehr oder weniger antichristlichen und antideutschen Träumen nachhängen, hat die Gegenseite längst die völlige Islamisierung Europas im Auge.

Schon 1980 erklärte der "Europäische Islamrat" in London: "Islam ist ein Glaube, eine Bewegung zur Aufrichtung der islamischen Ordnung in der Welt." (Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen Nr. 7, 1.7.1980).

Aktuell hat der Scheich Mohammed Ayad, einer der führenden Imame in Jerusalem, die muslimischen Flüchtlinge öffentlich aufgerufen, Europa zu erobern, indem sie sich mit den Europäern verschmelzen: "Wir werden sie fruchtbar machen. Wir werden Kinder mit ihnen zur Welt bringen, weil wir ihre Länder erobern werden", (Sputniknews.com, 22.9.2015). Das kann man nur als Bedrohung empfinden, zumal die Bürger hier merken, daß der eigene Staat die Islamisierung stillschweigend zuläßt oder gar fördert, worauf oben hingewiesen wurde.

Das Beispiel des Libanon, der bis in die 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts noch ein überwiegend christlicher Staat war, ist ein Menetekel, durch islamische Einwanderungswellen und einen daraus resultierenden Bürgerkrieg führen die dort zurückgebliebenen Christen heute ein unterdrücktes Schattendasein.

Bürgerkriegsähnliche Unruhen drohen auch unserem Land, von der Regierung schon seit 2009 erwartet (Udo Ulfkotte, Vorsicht Bürgerkrieg, S. 47 ff.). Der Erzbischof der Stadt Mosul/Irak, Amel Shimon Nona, wendet sich mit eindringlichen Worten an die Europäer und Christen des Westens:

"Unser heutiges Leiden (Anm.: das der Christen im Irak) ist ein Vorgeschmack darauf, was ihr Europäer und Christen in naher Zukunft erleiden werdet. Ich habe mein Bistum verloren ...

doch meine Gemeinde ist noch am Leben. Der Islam sagt nicht, daß alle Menschen gleich sind. Eure Werte sind nicht die seinigen. Wenn ihr das nicht schnell genug versteht, werdet ihr zum Opfer des Feindes, den ihr bei euch zu Hause willkommen geheißen habt." (Unser-tirol24.com, 18.9.2015)

Die Masseneinwanderung als Gottesgericht

Durch den gegenwärtigen Massenansturm bahnt sich ein Gericht Gottes über das einstmals christliche Europa und das einstmals christliche Deutschland an. Der Glaubensabfall ist immens in unserem Volk, Kirchen werden geschlossen und abgerissen. In dem Maße, wie sich der Glaube an den drei-einigen Gott der Bibel verflüchtigt, macht er einem Zeitgeist Platz, nach dem der autonome Mensch glaubt, selbst bestimmen zu können, was gut und böse, richtig und falsch ist.

Die Gebote Gottes spielen eine immer geringere Rolle im Leben der meisten Menschen. In den Kirchen hat eine linksliberale Theologie das Sagen. Durch die historisch-kritische Theologie hat man einen Selbst-Säkularisierungsprozeß ausgelöst, der vom christlichen Glauben nicht viel mehr übrig läßt als die Aufforderung, ein guter Mensch zu sein und gut zu handeln. Der Sühnetod Jesu Christi am Kreuz von Golgatha und seine Auferstehung, Kernpunkte christlichen Glaubens, sind längst nicht mehr selbstverständlich für viele Pfarrer.

Wenn die frühere Bischöfin und jetzige "Reformationsbotschafterin", Frau Käßmann, öffentlich ausspricht, ihrer Meinung nach sei Maria, die Mutter Jesu, keine Jungfrau und Joseph sei der leibliche Vater von Jesus gewesen (Spiegel-Interview 30/2013), dann muß man schon die Frage stellen, ob sie überhaupt noch auf dem Boden der Bibel und des Apostolischen Glaubensbekenntnisses steht. Von Kirchenleitungsseite hat man noch keine Kritik an Frau Käßmann gehört. Wie viele Theologen mögen denken wie sie? Gott allein weiß es.

Dem Gericht Gottes geht immer ein Glaubensabfall voraus. Dem Volk Israel hatte Gott Segen und Fluch vorgelegt: "Siehe, ich lege euch heute vor den Segen und den Fluch: Den Segen, wenn ihr gehorcht den Geboten des Herrn, eures Gottes, die ich euch heute gebiete, den Fluch aber, wenn ihr nicht gehorchen werdet den Geboten des Herrn, eures Gottes, und abweicht von dem Wege, den ich euch heute gebiete, daß ihr anderen Göttern nachwandelt, die ihr nicht kennt." (5. Mose, 11,26-28)

Dazu zwei Beispiele: Immer wieder hat Gott sein Volk Israel in Zeiten des Glaubensabfalls durch Propheten zur Umkehr gerufen. "O Land, Land, Land, höre des Herrn Wort", rief der Bußprediger Jeremia dem Volk seiner Zeit zu (Jeremia 22,29). Vergeblich. Das Volk war verblendet und wandelte neben dem lebendigen Gott auch weiterhin anderen Göttern nach, die Konsequenz war das Gericht, die Babylonische Gefangenschaft.

"Jerusalem, Jerusalem, die du tötest die Propheten und steinigst, die zu dir gesandt sind! Wie oft habe ich deine Kinder versammeln wollen, wie eine Henne ihre Küken versammelt unter ihre Flügel, und ihr habt nicht gewollt", ermahnte Jesus zu seiner Zeit das Volk (Matthäus 23,37). Vergeblich. Das Volk Israel war verblendet und wandelte seinen eigenen Vorstellungen vom Messias nach. Die hochgerüstete römische Kriegsmaschinerie vollzog das Gottesgericht im Jahre 70 n. Chr., eine fast 2.000jährige Diaspora folgte.

Was für das Volk des Alten Bundes galt, gilt auch für das Volk des Neuen Bundes. Gott läßt nicht zu, daß wir außer IHM noch Allah nachfolgen, gar erklären, ER und Allah seien identisch, wie dies viele Kirchenleitungen tun. Das Erste Gebot steht dem entgegen. Daran gibt es keinen Zweifel. "Was der Mensch sät, das wird er ernten", sagt die Bibel (Galater 6,7). Gott ist ein Gott nicht außerhalb unseres Lebens, er ist ein lebendiger Gott und greift in das Leben ganzer Völker ein.

Aus dem Glaubensabfall folgt die Verblendung, danach das Gericht. Ausgerechnet den zutiefst jüden- und christenfeindlichen Islam läßt er durch die Masseneinwanderung über unser Volk kommen. Es wird verheerend sein, wenn wir nicht umkehren. Gibt es die Chance der

Umkehr noch?

Im Prinzip ja, aber danach sieht es überhaupt nicht aus. Man huldigt nach wie vor seinen multikulturellen und multireligiösen Ideen, will die dunklen Seiten des Islam nicht sehen. Man hat den Eindruck, daß Politik, Medien und überhaupt die Öffentlichkeit gar nicht so genau wissen wollen, was im Islam steckt, wer Allah ist, man ist regelrecht informationsresistent. Hat Gott uns schon dahingegeben? (Römer 1,24-28)

Die euphorische Willkommensbegrüßung für die Einwanderer und die Aufrufe zur Willkommenskultur sollte man als Verblendung sehen. Gott gebraucht andere Völker, um sein Gericht zu vollstrecken, seien es in der Antike die Babylonier, die Römer oder eben heute ganze Völkerscharen aus islamischen Ländern. ER ist souverän und allmächtig, auch wenn das vielen lächerlich sein mag.

Wie gehen Christen mit der gegenwärtigen und zukünftigen Situation um? Die Gemeinde Jesu Christi hat keine Machtmittel. Sie lebt das Wort Gottes im Alltag, schließt sich unbiblischen Strömungen nicht an, ruft auf zur Umkehr und betet zum drei-einigen Gott für die verantwortlichen Entscheidungsträger in Staat, Kirchen und Gesellschaft, sind so Salz der Erde, das eine bewahrende, konservierende Funktion hat, und Licht der Welt, weisen auf das wahre Licht, Jesus Christus, hin. Sie versuchen, die hereinströmenden Moslems mit dem Wort Gottes zu erreichen, gemäß dem Missionsauftrag Jesu (Matthäus 28,19 f.), da nur Jesus der alleinige Heiland für alle Menschen ist, auch für Moslems, die laut Koran alle in die Hölle kommen (Sure 19,71).

Es ist zu unterscheiden zwischen dem antichristlichen Islam und dem Moslem als Mensch, der nicht selten besser als seine Religion ist. Es gilt das Interesse vieler Moslems am christlichen Glauben aufzugreifen. Denn ernüchtert durch die entsetzlichen Greuelthaten von Allahs Kriegeren besonders im Nahen Osten und in Afrika (IS, Boko Haram usw.) haben noch nie in der Geschichte des Islam so viele Allah-Anhänger ihrer Religion den Rücken gekehrt und sind zum christlichen Glauben konvertiert wie heute, unter Gefahr für Leib und Leben.

Für Christen ist die bestehende Staatsgewalt eine von Gott gegebene Ordnungsmacht zum Schutz vor Anarchie und Chaos (Römer. 13,1 ff.). Daß diese Staatsgewalt selbst dem christen- und juden Hassenden Islam Tür und Tor öffnet, ist bereits Zeichen des göttlichen Gerichtes und ein deutlicher Hinweis Gottes auf gebotene Umkehr. Das muß in öffentlichen Verlautbarungen und in Gottesdiensten deutlich gesagt werden.

Christen haben aber noch eine weitere Möglichkeit. Grundlegend für unsere staatlich-demokratische Ordnung ist das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Und das bestimmt in Artikel 20: "Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist." (GG, Art. 20,4)

Leider ist mit Gewaltausbrüchen zu rechnen. Das kommt für Christen jedoch nicht in Frage, auch nicht die Teilnahme an Putsch- und Umsturzversuchen. Als stärkste Waffe des Widerstandes haben Christen das Gebet.

Sie können sich aber auch als Bürger des Staates in Briefen, Telefonanrufen usw. an die Politiker und ihre Abgeordneten wenden, können ihr Grundrecht auf Meinungsfreiheit in Gesprächen, Leserbriefen und öffentlichen Vorträgen wahrnehmen, Petitionen unterschreiben, an friedlichen Demonstrationen, Mahnwachen und Info-Ständen in Fußgängerzonen teilnehmen. Sie können Mitglied in islamkritischen, nicht fremden Hassenden Bewegungen sein. Sie haben das Wahlrecht und überlegen bei der nächsten Wahl genau, welche Partei sie auf dem Wahlzettel ankreuzen. Nicht zur Wahl zu gehen, bringt nichts, es stärkt nur die Parteien, die uns in diese heutige Lage gebracht haben.

Wird ein Umdenken und eine Umkehr erfolgen zu dem lebendigen Gott, um Gottes Gericht noch abzuwenden?

"Herr, unser Gott, wir wissen nicht, was jetzt auf uns zukommt, du aber weißt es. Wenn es sein kann, schenke unserem Volk Buße und Umkehr zu dir, dem einzigen und ewigen Gott. Wenn dies nicht mehr dein Wille ist, sei uns gnädig im Gericht. Amen."<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 5. August 2016 (x892/...): >>**Zerstörung der Identitäten**

Es ist das ausdrückliche Ziel der politischen Kaste in Deutschland in der Europäischen Union und den Vereinten Nationen die persönliche und soziale Identität der Menschen zu zerstören. Der Angriff auf die persönliche Identität wird weltweit mit Hilfe der radikalen und undemokratischen Durchsetzung der Gender Mainstreaming Ideologie verfolgt. Die Zerstörung der sozialen Identität geschieht durch die "Ausradierung monokultureller Staaten", wie dies wörtlich der Vizepräsident der Europäischen Kommission Frans Timmermans gesagt hat. Hier einige weitere Zitate, die alle das gleiche Ziel zum Ausdruck bringen:

Nicolas Sarkozy:

"Was also ist das Ziel? Das Ziel ist die Rassenvermischung! Die Herausforderung der Vermischung der verschiedenen Nationen ist die Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Es ist keine Wahl, es ist eine Verpflichtung. Es ist zwingend. Wir können nicht anders, wir riskieren sonst Konfrontationen mit sehr großen Problemen. Deshalb müssen wir uns wandeln, und werden uns wandeln. Wir werden uns alle zur selben Zeit verändern. Unternehmen, Regierung, Bildung, politische Parteien und wir werden uns diesem Ziel verpflichten. Wenn das nicht vom Volk freiwillig getan wird, dann werden wir staatliche zwingende Maßnahmen anwenden!" - Sarkozy am 17. Dezember 2008 ... zu führenden EU-Politikern als Vorsitzender des Europäischen Rates.

Sergio de Mello:

Am 4. August 1999 gestand Sergio Vieira de Mello, Ex-UN-Administrator für den Kosovo, in einer Sendung des US-Radiosenders PBS folgende UN-Zerstörungspolitik ein, die nie von der Bevölkerung auch nur eines Mitgliedslandes per demokratischem Votum abgesegnet worden ist. Vieira de Mello wörtlich:

"Ich wiederhole: Unvermischte Völker sind eigentlich ein Nazi-Konzept. Genau das haben die alliierten Mächte im 2. Weltkrieg bekämpft. Die Vereinten Nationen wurden gegründet, um diese Konzeption zu bekämpfen, was seit Dekaden auch geschieht. Genau das war der Grund, warum die NATO im Kosovo kämpfte. Und das war der Grund, warum der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine solch starke Militärpräsenz im Kosovo verlangte - nämlich um ein System ethnischer Reinheit zu verhindern." ...<<

Die Internet- & Blogzeitung für die Zivilgesellschaft "DIE FREIE WELT" berichtete am 28. November 2016 (x902/...): >>**Der große Austausch: Massenmigration gegen schrumpfende Bevölkerung**

"Replacement Migration" - Wie UNO und "Think Tanks" Europas Bevölkerung austauschen wollen

Sie glauben, Völker nach Planspielen verschieben zu können, indem sie Massenmigration steuern: UNO und verschiedene Stiftungen wollen Europa verändern, um ein demographisches Utopia zu erschaffen.

"Replacement Migration" ist ein englischer Begriff, der genauso nach Allmachtsphantasien und "Demographic Engeneering" klingt wie das schreckliche alte Naziwort "Umvolkung". Dahinter verbirgt sich eine seltsame Geisteshaltung. Einige Strategen glauben immer noch, sie könnten am Reißbrett und auf der Landkarte Planspiele für die Verschiebung ganzer Bevölkerungen ausarbeiten. Noch schlimmer: Sie glauben, ihre Ideen in die Tat umsetzen zu können. Solche Demographie-Planspieler gibt es in allen möglichen "Think Tanks", insbesondere bei der UNO, wo sie mit ihren Ideen besonders viel Reichweite, Gehör und Wirkungsentfaltung erzielen können. Kleine Gruppen von Experten arbeiten dort aus, wie die demographische

Entwicklung der Welt gesteuert werden soll.

Der große Bevölkerungsaustausch in der westlichen Welt

Die Kernidee der "Replacement Migration" basiert auf zwei Beobachtungen.

Erstens: Europas Bevölkerung ist zu alt, rückläufig und homogen.

Zweitens: In der dritten Welt gibt es ein großes Bevölkerungswachstum und einen hohen Anteil junger Menschen.

Die Lösung: Teile der Dritten Welt wandern nach Europa aus. Ideal und Vorbild: Schweden. Experten sprechen vom "schwedischen Modell", denn dort wird der Bevölkerungsrückgang durch massive Zuwanderung zu verhindern versucht. Das schwedische Modell unterscheidet sich vom US-amerikanischen, australischen und kanadischen Modell, welche die Immigration restriktiv handhaben.

Das große Problem: Die sogenannten Experten mißachten die Lehren der Geschichte. Alle großen Migrationsbewegungen in der Geschichte hatten Konsequenzen. Das gilt ebenso für alle gewaltsamen Bemühungen, gewachsene Bevölkerungsstrukturen zu verändern, um ein widernatürliches Utopia zu schaffen.

Im imperialistischen Kolonialismus wurden Bevölkerungen hierarchisiert und durch künstliche Grenzen getrennt. Im Stalinismus und Maoismus wurden Bevölkerungsstrukturen gewaltsam verändert, um eine ideale kommunistische Gesellschaft aufzubauen. Durch Deportationen und Kulturrevolutionen wurden kulturelle und ethnische Identitätsgemeinschaften zerstört. Im Faschismus und Nationalsozialismus wurde mit Gewalt versucht, unrealistische ethnische Idealbilder in die Realität umzusetzen.

Das heutige Globalisten-Establishment wünscht dagegen sich die ideale marktkonforme Demographie, die durch gesteuerte Migration erreicht werden soll. Vermutlich wird diese Denkweise dereinst genauso im Mülleimer der perversen Ideologien enden wie die drei erstgenannten. Denn bei großen Migrationen treffen unterschiedliche Kulturen aufeinander. Das führt immer wieder zu Konflikten mit ungeahnten Konsequenzen.

Doch dem "Clash of Civilizations" (Samuel P. Huntington) begegnet man mit linksliberalem Kulturrelativismus: Alles, was kollektive Identität schafft, wird dämonisiert. Es ist wie damals im Stalinismus, als aus Menschen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen systemkonforme Sowjetbürger gemacht werden sollten.

Wie das Globalisten-Establishment die Demographie Europas als Problem auffaßt

Für viele internationale Organisationen, multinationale Konzerne, Finanzinstitute und global tätige Investoren unterschiedlichster Herkunft stellt Europas Demographie ein Problem dar. Dieses Problem läßt sich in drei Hauptpunkten zusammenfassen:

Erstens: Die Bevölkerung Europas ist rückläufig und im Durchschnitt zu alt. Die Geburtenrate ist zu niedrig. Die Experten sprechen von "Sub-Replacement Fertility", wenn weniger als 2,1 Kinder pro Frau geboren werden. Man befürchtet große finanzielle Belastungen für die Wirtschaft, weil die Zahl der Erwerbspersonen sinkt, jene der Pensionäre und Rentner jedoch steigt.

Die UNO hat verschiedene Szenarien bezüglich der demographischen Entwicklungsmöglichkeiten durchgerechnet. Je nach Variante und Szenario wird bestimmt, wie viel Migration nötig sein wird, um die Demographie Deutschlands auf einem gewünschten Level zu halten. Einem Szenario der UNO-Revision von 1998 zufolge sind für die Jahre 1995 bis 2050 rund 11 Millionen Migranten notwendig. Andere Szenarien gehen noch von einem sehr viel höheren Migrationsbedarf aus.

Zweitens: Die Bevölkerung Europas ist anspruchsvoll. Durch die Industrialisierung, dem Wirtschaftswunder und Gewerkschaften haben sich die Menschen einen Lebensstandard erarbeitet, den sie nicht verlieren wollen. Auf Dauer wird es schwer sein, den Ansprüchen an hohe Löhne und Wohlstand gerecht zu werden, da ein Großteil der Produktion und Wertschöpfung

nach Asien abgewandert ist. Dies zeigt sich in der wachsenden Spaltung der Einkommensgesellschaft. Wir erleben eine Globalisierung der Arm-Reich-Trennung.

Das wird deutlich am Beispiel der USA und China: Während in den USA ein Teil der Bevölkerung auf Dritte-Welt-Niveau abgerutscht ist, wächst in China eine Mittelschicht heran, deren Lebensstandard Erste-Welt-Niveau erreicht. So entsteht eine Dritte Welt in der Ersten Welt und eine Erste Welt in der Dritten Welt. Auch in Deutschland öffnet sich die Einkommens- und Vermögensschere rasant. Es ist ein globales Phänomen.

Drittens: Die Bevölkerungen in den einzelnen Staaten Europas sind ethnisch und kulturell relativ homogen. Die Wurzeln und Identitäten schaffen starke Gemeinschaften. Die Bevölkerungen zeigen durch ihr Wahlverhalten, daß sie immer noch in der Lage sind, internationale Pläne zu durchkreuzen, wie beispielsweise der Brexit oder der Widerstand gegen TTIP gezeigt haben.

Dieses Phänomen wird auf beiden Seiten des Atlantiks als Populismus etikettiert. Man versucht, den Populismus durch gezielte politische "Public Relations-Maßnahmen" einzudämmen. Denn erst die Atomisierung der europäischen Gesellschaft in isolierte Individuen ("atomization of society") ohne gemeinschaftliche Verankerungen schafft die Möglichkeit, unpopuläre Gesetze und Maßnahmen durchzusetzen, ohne den Aufstand eines Kollektivs befürchten zu müssen.

Wie die Demographie Afrikas und Südasiens als Problem aufgefaßt wird

Die Überbevölkerung in der Dritten Welt wurde bereits seit den 1950er Jahren als Problem erkannt. In Ost-Asien konnte das Bevölkerungswachstum abgeschwächt werden. Doch in Afrika und im Nahen und Mittleren Osten, aber auch in Teilen des indischen Subkontinents gibt es noch hohe Geburtenraten. Besonders Afrika südlich der Sahara wächst die afrikanische Bevölkerung rasant. Die Ressourcen reichen nicht aus, um all diesen Menschen gute Zukunftsaussichten zu bieten.

Ein weiteres Problem ist rasante Verjüngung der Bevölkerung. Der sogenannte "Youth Bulge", der demographische Jugendüberschuß, führt zu enormen Druck in den jeweiligen Ländern. In den meisten Ländern Afrikas sind mehr als 65 Prozent der Menschen unter 30 Jahre alt. Dadurch entsteht Druck auf die Wirtschaft und Politik, Chancen zu schaffen. Oft führen solche demographischen Verhältnisse zu Umstürzen oder zu massiven Auswanderungen. Das beliebteste Auswanderungsziel vieler Afrikaner ist Europa. Dort sehen sie ihre Zukunft.

Von der UNO bis zur Bertelsmannstiftung planen "Think Tanks" die große Migration

Die Idee von der "Replacement Migration" wird nicht nur von der UNO an Staaten wie Deutschland herangetragen. In eine ähnliche Richtung weist eine bemerkenswerte Studie der Bertelsmann-Stiftung, auf die 2015 auch die Forschungseinrichtung der Bundesagentur für Arbeit IAB (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) hingewiesen hat. Sowohl das IAB als auch die Bertelsmann-Stiftung werben in diesem Zusammenhang für massive Zuwanderung.

Die Bertelsmann-Studie trägt den Titel "Zuwanderungsbedarf aus Drittstaaten in Deutschland bis 2050". Es geht um "Szenarien für ein konstantes Erwerbspotential".

Die Grundannahme der Studie lautet folgendermaßen: "Das Arbeitskräfteangebot gehört zu den Determinanten des Wachstumspotentials. Ein rückläufiges Erwerbspotential könnte zu einer wirtschaftlichen Stagnation führen. So weisen beispielsweise der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, die Deutsche Bundesbank und andere Institutionen auf die Gefahren für Wachstum und die Sozialversicherungssysteme hin, wenn das Erwerbspotential schrumpft." ...

Weiterhin heißt es: "Das Erwerbspotential ist umfassendes Maß für den volkswirtschaftlichen Einsatzfaktor Arbeit, gemessen an Köpfen." ... "Auch extreme Annahmen hinsichtlich der Erwerbsbeteiligung von Frauen (insbesondere der Angleichung der Erwerbsquo-

te, von Frauen und Männern) und Älteren ("Rente mit 70") können nur zeitweise und nicht in vollem Umfang den demographischen Einfluß auf das Erwerbspersonenpotential kompensieren."

Die Studie der Bertelsmann-Stiftung schließt mit der Voraussage und Befürchtung ab, daß die Zahl potentieller Erwerbspersonen von derzeit rund 45 Millionen bis zum Jahr 2050 um etwa 16 Millionen auf 29 Millionen sinken könnte.

Logische Schlußfolgerung der Studie: Es helfe nur die massive Zuwanderung, um den demographischen Wandel und damit verbundenen Rückgang des Arbeitskräftepotentials auszugleichen.

Nach der Bertelsmann-Studie würde in den Jahren von 2015 bis 2025 ein jährlicher Nettozu-
strom von rund 450.000 Zuwanderern nötig sein. Von 20126 bis 2035 wären dann 600.000
pro Jahr an Zuwanderern nötig sein und im anschließenden Zeitraum 2036 bis 2050 rund
550.000 pro Jahr.

Fazit: Hinter der seit Jahren andauernden Massenmigration nach Europa stehen große Organi-
sationen, Stiftungen, Banken, Versicherungsgesellschaften und Konzerne mit ihren Think
Tanks, die massiven Lobbyismus für Einwanderung betreiben. Sie versorgen Regierungen mit
Studien, die die Massenmigration begründen sollen.<<

Die Internet- & Blogzeitung für die Zivilgesellschaft "DIE FREIE WELT" berichtete am 24.
Februar 2017 (x902/...): >>**Zuerst die Bevölkerungsreduktion, dann die Massenmigration
Das größte demographische Experiment aller Zeiten**

Hinter der weltweiten Bewegung, Familien aufzulösen und Frauen ins Berufsleben zu bringen,
sowie hinter den großen Migrationsbewegungen steht ein größeres Netzwerk als man glauben
mag. Schlüssel hierzu ist die UNO mit ihren Unterorganisationen sowie deren massive
Beeinflussung durch NGO's.

Das 20. Jahrhundert war das Jahrhundert des "Demographic Engineering". Nationalsozia-
listen, Faschisten, Stalinisten und Maoisten haben durch Massenmord und Massendeportati-
onen die demographische und ethnographische Landkarte verändern wollen.

Auch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts war man mit "Demographic Engineering"
beschäftigt. Zwar hatte man die grausamen Ideologien größtenteils überwunden. Doch glaubt
man immer noch, die Entwicklungen der Bevölkerung durch großangelegte Pläne gestalten zu
können.

Der erste Schlag: Bevölkerungsreduktion

In den 1950er bis 1970er Jahren war der elitär-akademische Zeitgeist von der Furcht vor der
Überbevölkerung geprägt. In der UNO wurden die ersten Hochrechnungen diskutiert. Die
Zahlen und Schätzungen fand man besorgniserregend.

Was dann folgte, war der größte geplante demographische Eingriff aller Zeiten. Das erste Mal
in der Geschichte der Menschheit wurden Pläne entworfen, weltweit die Bevölkerungs-
entwicklungen zu steuern. Ziel war es, die globale Bevölkerungsexplosion einzudämmen.
Schlagwort: Bevölkerungsreduktion.

Schnell hatte sich ein breites Bündnis aus internationalen Organisationen (z.B. UNO, WHO,
UNICEF, UNFPA), Wirtschaftslobby-Organisationen (z.B. Weltbank), Regierungsorgani-
sationen (z.B. USAID), Stiftungen, Großkonzernen, Nichtregierungsorganisationen und ein-
zelnen superreichen "Philantropen" des Establishments zusammengefunden, um die Pläne
international "top-down" durchzusetzen.

So hatten beispielsweise die Rockefeller Foundation, Standard Oil, Shell und DuPont massiv
in die "International Planned Parenthood Federation (IPPF)" investiert. Parallel wurde der
internationale "Population Council" ins Leben gerufen.

Die neuen Pläne und Ideen wurden wie eine Ideologie von oben nach unten weitergereicht.
Sie wurden an den Universitäten, Hochschulen und Colleges zu wichtigen Themen erklärt.

Wissenschaftler und Lehrer aller Fachrichtungen wurden mit den neuen Ideen indoktriniert. Massive Datensammlungen wurden zu ihrer Legitimation zusammengestellt.

Die große Erkenntnis: Emanzipation der Frau führt zur Bevölkerungsreduktion

In der dritten Welt, insbesondere in Afrika und Indien, versuchten viele Organisationen, mit teils rabiatischen Methoden, den Kinderreichtum einzudämmen. Man schreckte selbst vor heimlichen Sterilisierungen nicht zurück - etwa wenn Menschen zum Impfen aufgerufen wurden und während ihrer Impfung ohne ihr Wissen sterilisiert wurden.

Doch die große Erkenntnis war: Wenn man weltweit die Bildung und Rechte der Frauen stärkt, führt dies zu mehr beruflicher Teilnahme der Frauen am Wirtschaftsleben und somit zu einer geringeren Geburtenrate.

Deshalb wurden von der UNO und ihren zahlreichen Unterorganisationen alle möglichen Programme ins Leben gerufen, um den Status der Frau aus den Ketten der Tradition zu befreien.

Das Problem: In Nordamerika und Europa funktionierte dieses Vorhaben prächtig, in der sogenannten Dritten Welt dagegen waren die Erfolge mäßig. Lediglich China war mit der Ein-Kind-Politik einen eigenen erfolgreichen Weg gegangen.

Warum hatten die internationalen Programme zur Frauenemanzipation und Geburtenreduktion in der westlichen Welt einen solchen Erfolg?

Drei Ursachen stechen hervor: Erstens, weil seit den 1960er Jahren die Pille populär wurde. Zweitens, weil innerhalb der Bürgerrechtsbewegungen die Frauenemanzipation und die feministischen Bewegungen Wasser auf die Mühlen der UNO waren. Und drittens, weil die Verstädterung (Stichworte: Mega-Cities, Vorstädte, Landflucht) sowie der Anstieg der Lebensqualität durch die zweite industrielle Revolution (Öl als Rohstoff für Chemie- und Kunststoffprodukte) die Lebensweise veränderten.

Verstärkt wurde diese Entwicklung durch die bewußt vorangetriebene sexuelle Revolution, die bis heute ihre Ideologie pädagogisch und didaktisch bis in die Schulen und Kindergärten durchgereicht hat.

Die Wucht dieser Kombination unterschiedlicher Faktoren hat dazu geführt, daß in den Industrieländern ein demographischer Winter eingetreten ist und die Überalterung der Bevölkerung droht.

Der zweite Schlag: Massenmigration und die "offene Gesellschaft"

Das massive Ungleichgewicht aus Bevölkerungsstagnation und Geburtenrückgang in der Ersten Welt und weiterhin massiver Bevölkerungszunahme in der Dritten Welt, hat in den letzten zwanzig bis dreißig Jahren einen neuen Ideen-Pool heranreifen lassen, der von zahlreiche UN-Studien unterstützt wird:

Um die Differenz zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern auszugleichen, müssen Teile der Bevölkerung aus der Dritten Welt in die Erste Welt abwandern. So könne die Dritte Welt vor dem Überbevölkerungs-Kollaps bewahrt und der Ersten Welt ausreichendes Arbeitskräftepotential zugeführt werden.

Seitdem lautet das Schlagwort: Diversity (Diversität, Vielfalt). Überall in Europa und Nordamerika wird das multikulturelle Weltbild propagiert. Es geht durch fast alle Regierungen, internationale Organisationen, Nichtregierungsorganisationen, Stiftungen usw., bis es sich als Zeitgeist etabliert hat. In diesem Zusammenhang stehen die massiven Bemühungen der "Open Society Foundations" von George Soros, die in Kooperation mit dem UNHCR massiven Einfluß auf Regierungen und Institutionen der EU ausüben.

Vor diesem Hintergrund ist es kein Wunder, daß sich Angela Merkel von der Multikulti-Gegnerin zur Einwanderungs-Kanzlerin gewandelt hat, daß Barack Obama und Hillary Clinton ein buntes Amerika propagierten und der ehemalige französische Präsident Nicholas Sarkozy mit Nachdruck dafür warb, daß Mischehen ein dringendes Desiderat der franzö-

sischen Gesellschaft seien.

Von Schweden bis Kanada, von Großbritannien bis in die USA ist es der universelle Nenner, der die westlichen Staaten unter einem Zeitgeist eint - "Diversity" um jeden Preis. Das ist der Imperativ des 21. Jahrhunderts, dem wir uns beugen sollen.

In vielen westlichen Gesellschaften haben sich Gegenbewegungen gebildet. Doch diese haben es bislang schwer, einen breiten Konsens zu finden. Denn Vorwürfe wie "Rassismus", "Nationalismus" und "Populismus" können schnell jede Diskussion vorzeitig beenden.

Wichtig ist die Erkenntnis, daß die sexuelle Revolution, der Feminismus, die Ideologie der multikulturellen Gesellschaft und die Unterstützung der globalen Migration weniger die Verschwörung einer kleiner Clique sind, sondern daß dahinter ein gigantischer Apparat steht, der global die gesamte Wirtschaft und Politik durchzieht - von der UNO bis hin zur Weltbank. Diese Gedankenwelt ist Konsens, wenn sich die Eliten in Davos oder auf der Bilderberg-Konferenz treffen. Sie glauben alle, die Bevölkerungen der Welt wie Figuren auf einem Schachbrett hin und her bewegen zu können.

Damit kommen wir zum Kern des Problems: die globalistisch-demographische Planwirtschaft. Die Vorstellung, daß internationale Organisationen globale Lösungsentwürfe vorbereiten und durchsetzen können, anstatt die einzelnen Staaten ihre eigenen Wege gehen zu lassen, ist der Hauptgrund für die vielen Fehlentwicklungen. Wann immer jemand zum großen Entwurf ansetzt, wird es unberechenbare Nebeneffekte mit sich bringen.

Einzig im Wege steht der Widerstand zahlreicher europäischer und amerikanischer Bürger, die diese Entwicklung durchschauen. Allein ihre Zahl ist noch zu gering.<<

Die deutsche Publizistin Inge M. Thürk auf berichtete über die UNO und die Neue Weltordnung (x939/...): >>**Die christliche Botschaft in den Fängen der Neuen Weltordnung**

Die **Neue Weltordnung** ist ein Begriff, der mit Beharrlichkeit als "Verschwörungstheorie" zur Seite geschoben wird, obwohl führende Politiker immer öfter in ihren Reden Formulierungen wie "die eine Weltregierung", "Globalisierung" oder "global governance" einflechten lassen - nicht selten in Zusammenhang mit der Agenda zur Dezimierung der Macht souveräner Staaten und der **Einen-Welt-Religion**. Die Neue Weltordnung ist mit Sicherheit keine Verschwörungstheorie, sondern das politisch korrekte Zukunftsprogramm der zurzeit mächtigsten Organisation der Welt: der **UNO** mit ihren übergeordneten Ratgebern.

Der britische Historiker Anthony Sutton wird deutlich, wenn er schreibt: "Die Gesellschaft soll verändert werden, die Welt soll verändert werden, um eine Neue Weltordnung hervorzu- bringen. Dies wird eine geplante Ordnung sein, mit einer strikten Einschränkung der individuellen Freiheit, ohne verfassungsmäßigen Schutz (constitutional protection), ohne nationale Grenzen oder kulturelle Unterschiede." Er spricht hier also in aller Offenheit vom Anachronismus nationaler Grenzen und kultureller Mannigfaltigkeit, und zwar global.

Erste Anzeichen einer fortschreitenden Veränderung der Gesellschaft **war das Programm der New Age Bewegung**, die Menschen und Völker zu einer universalen kommenden Weltgemeinschaft aus allen Rassen, Kulturen, Religionen und Ideologien zusammenführen sollte. Zur Entkernung christlich-abendländischer Werte gab es Angebote, Praktiken und Methoden, die darauf abzielten, die herkömmlichen Denkweisen der Menschen umzuformen. Es waren nicht nur die verschiedenen Bausteine im Zeichen des Wassermanns, wie Esoterik, Magie, Okkultismus, Selbsterlösung, östliche Philosophie, Geistheilung, etc., die die Grundrezepte lieferten, sich vom abendländischen Denken loszusagen.

Das neue Zeitgeistgefühl brach sich auch Bahn mit neuen durch Werbung und Medien indoktrinierte Gebräuche und Handlungen, denen die Gesellschaft Jahrzehnte hindurch freiwillig und mit Eifer gefolgt ist. Weltweit werden Jeans getragen, von Männern wie von Frauen. Kaugummi, Coca Cola, McDonalds sind kaum mehr wegzudenken, wir grüßen von Hammerfest bis Sizilien im gleichen Sing-Sang-Ton mit Tschüüü, machen Lärm à la Hard Rock oder

Heavy Metal und nennen es Musik.

Die Anglizismen in unserer Sprache werden zu Zeichen unseres post-modernen Fortschritts, wir mailen die news, wir suchen einen Job etc. Die Faszination der Filme à la Hollywood sowie das Fernsehen mit seinen ungezählten Kanälen haben das Denken und Fühlen einiger Generationen von Kindesbeinen an besetzt. Dies alles waren Vorboten der Neuen Weltordnung, die wir ohne große Überlegungen übernommen und zum Teil verzückt verteidigt haben: es ist doch "in", und "man" denkt eben heute so, denn die Zeiten haben sich geändert.

Können wir uns der Sogwirkung dieser alles gleichschaltenden, kulturauflösenden und sich am Banalen ergötzenschen Scheinwelt überhaupt noch entziehen? Für eine Welt ohne Grenzen sind diese neuen Wertvorstellungen notwendige Gradmesser und vor allem im Interesse der Globalisierer, die sich mit ihren Plänen kaum mehr zurückhalten. Sie enttarnen sich selbst.

Am 14.5.1947 verriet Winston Churchill in einer Rede in London einige angloamerikanische Ziele in Bezug auf die Zukunft Europas: "Wir geben uns natürlich nicht der Täuschung hin, daß die Vereinigten Staaten von Europa die letzte und vollständige Lösung aller Probleme der internationalen Beziehungen darstelle. **Die Schaffung einer autoritativen, allmächtigen Weltordnung ist das Endziel, das wir anzustreben haben.**

Wenn nicht eine wirksame Welt-Superregierung errichtet und rasch handlungsfähig werden kann, bleiben die Aussichten auf Frieden und menschlichen Fortschritt düster und zweifelhaft. Doch wollen wir uns in Bezug auf das Hauptziel keiner Illusion hingeben: Ohne ein Vereinigtes Europa keine sichere Aussicht auf eine Weltregierung. **Die Vereinigung Europas ist der unverzichtbare erste Schritt zur Verwirklichung dieses Zieles."**

"Frieden" auf Erden Dank der Neuen Weltordnung

Der Gedanke einer neuen Weltordnung ist für amerikanische Präsidenten ein alter Traum. **George H. W. Bush erklärte am 11. September 1990** (auf den Tag genau elf Jahre vor dem magischen Datum 9/11) vor dem amerikanischen Kongreß: **"Wir haben vor uns die Möglichkeit, für uns selbst und für die zukünftige Generation eine Neue Weltordnung zu schaffen.** ... Eine Ordnung, in der eine glaubwürdige UNO ihre friedenserhaltende Rolle anwenden kann, **um das Versprechen und die Vision der UN-Gründer zu erfüllen."**

Dabei wird der Schwerpunkt bei der Etablierung der Neuen Weltordnung auf die Sicherung des Weltfriedens gelegt. Bei seiner jährlichen "State of the Union-Ansprache" im Februar 1991 entfaltete Vater Bush seine Vision: "Es ist eine großartige Idee: eine neue Weltordnung, in der verschiedene Nationen in gemeinsamer Sache zueinander gezogen werden, um die universellen Bestrebungen der Menschheit, Frieden und Sicherheit, Freiheit und Gesetzesordnung zu verwirklichen. ...Nur die Vereinigten Staaten haben beides: das moralische Stehvermögen und die Mittel, sie zu unterstützen."

Während er dies verkündete, war der zweite Golfkrieg in vollem Gange.

Auch Woodrow Wilson, Präsident von 1913-1921, strebte eine globale Ordnung unter der Führung Amerikas an, um den Frieden in der Welt zu sichern. Der Erste Weltkrieg hat diesen Friedensplan verhindert. Ebenso brachten die Bemühungen Franklin D. Roosevelts (1882-1945), den globalen Frieden mit Hilfe Amerikas zu errichten, durch den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, in den Amerika eingetreten ist, offensichtlich nicht das gewünschte Resultat.

Atome für den Frieden

Ein Ereignis aus der Biographie meines Mannes beschreibt anschaulich und aufschlußreich die globalen Friedensziele Amerikas. In den 1950er Jahren propagierte der damalige Präsident General Eisenhower ein weltweites Projekt mit dem Schlagwort: "Atome für den Frieden". Alle Länder der Erde sollen in den Genuß von Atomenergie gelangen. Verfügtten erst sämtliche Regierungen über genügend Energie, würden Kriege damit ausgeschaltet werden. Was für den Bau der Atomkraftwerke noch fehlte, war das schwere Wasser.

Unter der Leitung meines Mannes wurde am physikalisch-chemischen Institut der Universität

Basel eine Anlage gebaut und betrieben, mit der es gelang, das schwere Sauerstoffisotop 18 auf eine Konzentration anzureichern, die damals in der ganzen Welt nirgends zur Verfügung stand. 1959 beauftragte ihn eine Schweizer Firma, in Frankreich im Atomreaktorzentrum Saclay bei Paris den Bau einer Anlage zur Herstellung von schwerem Wasser zu leiten. Die Franzosen waren bereit, eine solche Anlage in großem Stil zu bauen.

Ende 1959 wurde sie fertiggestellt, und einige Monate später, im Februar 1960, zündeten die Franzosen in der damals noch französischen Sahara eine Plutoniumbombe, denn das schwere Wasser benötigt man nicht nur für Atomkraftwerke, sondern auch für Plutoniumbomben. Es ist unwahrscheinlich, daß Amerikas Regierung nichts von dieser weit sichtbaren Explosion wußte.

Soviel zu "Atome für den Frieden". Bei den amerikanischen Friedensbemühungen scheint immer wieder etwas vehement schiefzulaufen.

Die Wurzeln der Neuen Weltordnung

Die Wurzeln der NWO sind beim Aufkommen des neuen Finanzsystems und der Industrialisierung zu suchen. **Abraham Lincoln hat vor einer despotischen Machtergreifung aufgrund der Usurpation des Geldsystems gewarnt:** "Ich sehe in naher Zukunft eine Krise heraufziehen. ... In Friedenszeiten schlägt die Geldmacht Beute aus der Nation und in Zeiten der Feindseligkeiten konspiriert sie gegen sie. Sie ist despotischer als eine Monarchie, unverschämter als eine Autokratie, selbstsüchtiger als eine Bürokratie. Sie verleumdet all jene als Volksfeinde, die ihre Methoden in Frage stellen und Licht auf ihre Verbrechen werfen. ...

Die Geldmacht des Landes wird danach streben ihre Herrschaft zu verlängern, indem sie die Vorurteile des Volkes ausspielt, bis der Reichtum in den Händen von wenigen angehäuft und die Republik vernichtet ist."

Es gibt zwei amerikanische Präsidenten, die es wagten, sich gegen das Geldsystem aufzulehnen: Abraham Lincoln und John F. Kennedy, beide wurden ermordet.

An der Wiege der NWO steht folglich das moderne Geldsystem, die Banken und die Kontrolle über die Zentralbanken, sowie die ganze Zinsproblematik. Der Tenor der neuen Führer lautet: Wir brauchen weder Nationen, noch Regierungen, noch Grenzen, weder nationale noch territoriale Sonderinteressen, keine natürlich gewachsenen kulturellen, religiösen und sittlichen Wertvorstellungen. **Auch ist es gleichgültig, welche Marionette amerikanischer Präsident oder deutscher Bundeskanzler(in) spielt.** Was wir benötigen, ist ein weltweites Geldeinheitssystem, das automatisch Macht über die Völker und Nationen übernimmt, die letztendlich auch keine Rolle mehr spielen werden.

Nathan Mayer Rothschild, Sohn des Gründers der Rothschild-Dynastie, Mayer Amschel Rothschild, fand zu diesem Thema drastisch deutliche Worte: **"Ich kümmere mich nicht darum, welche Puppe auf den Thron von England gesetzt wird, um dieses Empire zu regieren, auf dem die Sonne niemals untergeht. Der Mann, der die britische Geldversorgung kontrolliert, kontrolliert das British Empire, und die britische Geldversorgung kontrolliere ich!"**

Außer des Geldsystems der Rothschilds und Rockefellers steht am Beginn der Globalisierung die Industrialisierung. Eine Beschreibung der modernen Industriegesellschaft, die deutlich macht, daß Globalisierung, Industrialisierung und das moderne Geldsystem ein natürlicher Feind von Religion, Nation und Kultur ist, finden wir im Kommunistischen Manifest. Dort wird gefordert, daß die Welt nicht von den Proletariern aller Länder, sondern von der Geld- und Industriemacht beherrscht werden soll. Auch hier wird die Behauptung aufgestellt, daß allein diese Konstellation der Garant wäre für den Frieden in der Welt.

Das Imperium der US-amerikanischen Macht sieht eine globale Strategie vor: die Welt muß zu einem einzigen grenzenlosen Markt umgewandelt werden, in dem alle Kulturen, Religionen, Sprachen, Sitten und Gebräuche gleichgeschaltet werden sollen.

Das 20. Jahrhundert ist voll von Ideen von einem Welteinheitsstaat. Graf **Coudenhove-Kalergi**, der große Vorantreiber eines europäischen Superstaates, nannte in seinem Buch "Praktischer Idealismus" als Kenner der Szene hinter den Kulissen die **Demokratie "eine Fassade der Plutokratie" (Herrschaft des Geldes)**. Staatsmänner in republikanischen wie in monarchischen Demokratien seien Marionetten, während die Kapitalisten die Drahtzieher sind, die die Richtlinien der Politik diktieren und durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, in geschäftlichen und gesellschaftlichen Beziehungen die Minister beherrschen. Dem Großkapital sei es gelungen, aus der Demokratie das wunderbarste und wirksamste Werkzeug zur Ausbeutung der Gesamtheit zu machen. Dazu ein Wort eines unbekanntenen Propheten, das die heutige Situation treffend beschreibt: "Wer in der Demokratie schläft, erwacht in einer Diktatur."

Versetzen wir uns nun in die Zeit der 1940er Jahre.

The City of Man

Gegen Ende des Jahres **1940** erschien in den USA und in Kanada ein schmales Bändchen von 113 Seiten mit dem Titel: "**The City of Man. A Declaration on World Democracy - Die Stadt des Menschen. Eine Erklärung zur Weltdemokratie**". Es handelte sich dabei um ein Grundsatzprogramm für den **Welteinheitsstaat** oder die **Weltdemokratie** mit der dazugehörenden **Weltreligion**, auch hier ging es um nichts Geringeres als um die Etablierung des Friedens. Das Bändchen fand rasche Verbreitung und wurde an alle größeren Bibliotheken in den USA, Kanada, aber auch in Europa verteilt.

Offensichtlich war man daran interessiert, die "Stadt des Menschen" in großem Stil bekannt zu machen. Doch plötzlich war die Schrift nirgend mehr erhältlich, offiziell bis heute nicht und in den Bibliotheken hieß es: der Titel sei unauffindbar. Was war der Anlaß für dieses eigenartige Vorgehen? Es ist zu vermuten, daß die Globalisierer beim Ausbruch des II. Weltkriegs den lange erhofften Zeitpunkt zur Gründung des geplanten Weltstaates sahen.

Vielleicht waren es die militärischen Anfangserfolge der Nazi, die zum Rückzug der Propaganda für den einen Weltstaat bliesen. Die Tatsache aber, daß von dieser Schrift nach kurzer Zeit nirgends ein einziges Exemplar mehr aufzutreiben war, weist darauf hin, daß hinter dieser Publikation eine mächtige Organisation gestanden haben muß, um ein fast weltweit wirksames Ausleihe- und Verkaufsverbot bis heute zu befehlen.

Worum handelt sich nun bei diesem Werk **The City of Man**? Es ist mehr oder weniger das vollständige Programm zur Verwirklichung einer endgültigen **Vernichtung aller Nationalstaaten**, in erster Linie aber der **Vernichtung der Religion**, unter dem hehren Vorwand ewigen "Frieden auf Erden" schaffen zu wollen.

Der Plan enthält fünf Punkte:

1. Es soll ein erdumspannender einziger Staat entstehen.
2. Dadurch werden künftige Kriege ausgeschaltet. Einzige Herrschaftsform ist die Demokratie.
3. Die Demokratie muß zugleich die alleinige und allgemeine Weltreligion werden, die Religion des Humanismus.
4. Alle derzeit noch bestehenden verschiedenen Religionen müssen in diese humanistische Religion integriert werden. Religionen aber, die sich nicht integrieren lassen, weil sie allzu starr auf einem wortwörtlichen Verständnis ihrer Dogmen beharren, werden ausgemerzt, weil sie die Demokratie und damit den Menschen selber bedrohen.

Erinnert sei an Alice Bailey, die "Hohepriesterin" von New Age, der Bewegung des Neuen Zeitalters, das ja bekanntlich einen Messias erwartet, der sich "Maitreya" nennt und Herrscher einer neuen Weltreligion sein wird. Die New Ager haben jenen, die nicht zur Zusammenarbeit mit Maitreya und der neuen Weltreligion bereit sind, Gewalt, sogar Säuberungsaktionen und Vernichtung angedroht. Diejenigen, "die falsche Lehren über den Christus verbreiten" (z.B.

gläubige Christen), würden in Zukunft verschwinden, sie werden "aus der physischen Verkörperung befreit und in eine andere Dimension außerhalb jeder physischen Inkarnation gesandt" werden. Mit anderen Worten, sie würden umgebracht.

5. der Welt-Humanismus kann nur mittels einer Ausdehnung des Amerikanismus auf alle übrigen Länder der Erde durchgesetzt werde. Die Errichtung des Weltstaats muß daher von den Verneigten Staaten ihren Ausgang nehmen.

Am Schluß der Erklärung setzen die Verfasser den von ihnen angezielten Welt-Humanismus dem Amerikanismus gleich und betonen damit die Führungsrolle der Vereinigten Staaten bei der Errichtung des Welteinheitsstaates, denn **Globalisierung, so Henry Kissinger, ist nur ein anderes Wort für US-Herrschaft**. Mit einem Aufruf an die amerikanische Nation, vor allem an die amerikanische Jugend und an alle Europäer, sich für die Erneuerung der Welt entschlossen einzusetzen, endet das Dokument The City of Man.

Krieg um des Friedens willen?

Gehen wir nun einmal der Frage nach, was hinter der so auffällig zur Schau getragenen Liebe zum Frieden steckt, denn dies ist letztlich der zentrale Punkt in der Propaganda um die Neue Weltordnung. Die Verfasser von **The City of Man** sagen es an einer Stelle sehr offen: "Sinn und Ziel des menschlichen Lebens, des individuellen wie des kollektiven, ist Fortschritt und Wachstum in Verstand und Tat, und Friede, allgemeiner Friede, ist die Vorbedingung für Fortschritt und Wachstum."

Hier wird der reine Humanismus zum letzten Sinn und Ziel erklärt, der Friede hingegen zur bloßen, wenngleich notwendigen, Vorbedingung. **Friede ist also nicht das letzte Ziel, weil alle Staaten sich dem Gesetz des Weltstaates unterwerfen müssen**, "wenn es in der Welt von morgen Frieden geben soll."

Also zuerst Unterwerfung, dann erst kann Friede sein. Unterwerfung kann aber möglicherweise nur durch Krieg geschehen. Hier zitieren die Herausgeber von **City of Man** Präsident Woodrow Wilson, der damit den Eintritt der USA in den ersten Weltkrieg begründet hatte:

"Ungeachtet der (wohlverdienten) Fehlschläge dieser letzten Jahrzehnte wird ein Krieg, um den Krieg zu beenden, erneut das Los unserer Generation sein - und der unsrigen allein, falls sie sich ihrer Aufgabe gewachsen zeigt - oder anderer, die noch kommen werden, bis der Totalitarismus des Todes oder die Universalität des Friedens auf der Erde errichtet ist".

Mit anderen Worten: wenn die Vereinigten Staaten die Schaffung der Weltdemokratie jetzt (also im II. Weltkrieg) in die Wege leiten kann, dann wird das der letzte Weltkrieg gewesen sein. Wenn aber nicht, werden andere Menschen, die noch kommen werden, nochmals einen Krieg führen müssen, um den Krieg zu beenden, sie werden also einen dritten Weltkrieg führen müssen bis zum "Totalitarismus des Todes" oder bis der Frieden auf Erden endlich errichtet ist, meines Erachtens das Friedensreich des Antichristen.

1950 erklärte der Großbankier und Rothschild-Agent **James Warburg**:

"Wir werden eine Weltregierung haben, ob es uns gefällt oder nicht. Die einzige Frage ist, ob die Weltregierung durch Eroberung oder Einwilligung erreicht wird."

Die folgenden Zitate bestätigen das Dokument "The City of Man" durch den internationalen Konsens zur Vorbereitung einer Neuen Welt-Demokratie, sprich Weltregierung:

Am 2. April 2009 trafen sich in **London** die Finanzminister und Zentralbankchefs aus 20 Ländern einschließlich der sieben großen Industrienationen zum G20-Gipfel. Der Internationale Währungsfonds und die Weltbank waren ebenfalls Teilnehmer dieses Treffens. In einer programmatischen Rede bekräftigte **Premierminister Gordon Brown** die Entstehung einer Neuen Weltordnung:

Vor 200 Jahren, so sagte er, habe eine neue Welt die alte abgelöst. 1990 war das Ende einer durch den Kalten Krieg bestimmten alten Welt. Man habe damals von einer politischen

neuen Ordnung gesprochen. Was nicht habe vorausgesehen werden können, sei die Schnelligkeit der Globalisierung. Heute nun begannen wir zu verstehen, daß die Weltordnung, die durch die Globalisierung vorgebracht wird, nicht durch militärische Stärke wie noch im Kalten Krieg, sondern durch ökonomischen Einfluß entstehe.

Die Länder, die in Zukunft erfolgreich sein werden, seien jene, die Flexibilität, freie Marktwirtschaft, freien Handel, Innovation und Förderung der Bildung miteinander verbinden könnten. Abschließend konstatierte **Brown**:

Eine neue Welt sei im Kommen. Es sei eine Neue Weltordnung mit ganz anderen und radikal neuen Herausforderungen für die Zukunft.

Strobe Talbott, Vize-Außenminister der USA von 1993 bis 2000, sprach bereits 1992 Klartext: "Im nächsten Jahrhundert (dem 21. Jh.) werden Nationen, wie wir sie kennen, obsolet sein; alle Staaten werden eine einzige globale Autorität anerkennen. Nationale Souveränität war letztendlich keine so gute Idee."

David Rockefeller sah die Welt schon 1994 am Rande einer globalen Umwälzung. Er war überzeugt, daß es nur noch einer Krise großen Ausmaßes bedürfe und die Nationen würden die neue Weltordnung annehmen. In einer Ansprache vor der **Trilateral Commission** 1991 dankte er "der Washington Post, der New York Times, dem Time Magazine und anderen Publikationen, deren Direktoren an unseren Treffen teilgenommen und beinahe 40 Jahre ihre Versprechen zur Geheimhaltung eingehalten haben. Es wäre für uns unmöglich gewesen, unseren Plan für die Welt zu entwickeln, wenn wir während dieser Jahre Gegenstand der breiten Öffentlichkeit gewesen wären. Aber jetzt ist die Welt aufgeklärt und vorbereitet genug, um einer Weltregierung entgegenzugehen."

Ein Beweis, daß in der Politik nichts zufällig geschieht, und wenn etwas geschieht, man sicher sein kann, daß es auch auf diese Weise geplant ist. (Franklin D. Roosevelt.)

Die "Lügenpresse" ist offensichtlich nicht lediglich eine Erfindung der Pegida-Demonstranten. **Völlig unmißverständlich drückte sich** die deutsche Bundeskanzlerin **Angela Merkel** auf dem Kirchentag in Dresden 2011 aus: "Wenn man eine wirkliche Weltordnung haben will, eine globale politische Ordnung, dann wird man nicht umhin können, Souveränität, Rechte, an andere abzugeben."

Ein friedliches Zusammenleben, so beteuerte sie, sei nur mit einer globalen Ordnung möglich, denn diese Welt könne keine friedliche Welt sein, wenn wir nicht zu mehr globaler Ordnung und mehr multilateraler Zusammenarbeit finden.

Frau Merkel sieht in der Globalisierung Chancen und "ein Schlüssel zur Zukunft und ... auch zur Toleranz, weil sie eine weltweite Öffnung politischer, wirtschaftlicher und kommunikativer Grenzen mit sich bringt ... Ich bin sehr froh, daß der Begriff der Toleranz nun auch Teil der Grundrechts-Charta im neuen EU-Reformvertrag ist", bekräftigte sie in einer Rede am 11. Juli 2007 an der Universität Heidelberg.

Ein Blick in den EU-Vertrag klärt uns über die seltsame Art der Toleranz von Frau Merkel auf: Obwohl EU-weit die Todesstrafe abgeschafft ist, lesen wir in den Erläuterungen zu diesem Vertrag in Artikel 2 Abs. 2 EMRK: "Eine Tötung wird nicht als Verletzung dieses Artikels betrachtet, wenn sie durch eine Gewaltanwendung verursacht wird, die unbedingt erforderlich ist, um zum Beispiel einen Aufruhr oder Aufstand rechtmäßig niederzuschlagen." Und Artikel 2 des Protokolls Nr. 6 EMRK wird noch deutlicher: "Ein Staat kann in seinem Recht die Todesstrafe für Taten vorsehen, die in Kriegszeiten oder bei unmittelbarer Kriegsgefahr begangen werden. ..."

Es ist sicher nicht abwegig sich darüber Gedanken zu machen, inwiefern die beiden Artikel greifen werden, wenn der Widerstand im Volk gegen die Zerstörung europäischer Kultur und Geschichte, gegen den Austausch von Ländern und Völker im Namen der Neuen Weltordnung wächst.

Die Weltordnung der Päpste

Was besonders schmerzt, sind die Bekenntnisse der letzten Päpste zur neuen Weltordnung. In seiner Enzyklika "Pacem in terris" **entwarf Papst Johannes XXIII. das Bild eines Weltstaates**. Als seine Vorboten nannte er die Organisation der Vereinten Nationen und vor allem die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948, also zwei ausgesprochen weltliche Institutionen.

Schwerwiegend sind die Schlußworte von Papst Paul VI. am 4. Oktober 1965 vor der Vollversammlung der UNO: "Diese Begegnung ... ist von Einfachheit geprägt, denn der zu Ihnen spricht, ist ein Mensch genau so wie sie. Ihr Bruder ist er, und sogar der Geringste unter Ihnen."

Das Oberhaupt der Römisch-Katholischen Kirche bezeichnete sich in geradezu peinlicher Unterwürfigkeit einer der Kirche feindlich gegenüberstehenden Organisation als "geringster Bruder". Doch der Papst fuhr fort: "Als Experten sozusagen für die Menschlichkeit tragen wir Ihrer Institution in diesem Augenblick die Unterstützung Unserer letzten Vorgänger, die aller katholischen Bischöfe und Unsere persönliche an. Wir sind gewiß, daß diese Organisation den angemessenen Weg zur zeitgerechten Zivilisation und zum Weltfrieden öffnet. ...

Sie haben ein Gebäude errichtet, das niemals in Trümmer gehen darf. Es muß vervollkommen und dem Lauf der Geschichte dieser Welt angeglichen werden. Sie vertreten eine Entwicklungsstufe der Menschheit. Von nun an ist es nicht mehr möglich, zurückzuweichen. Man muß voranschreiten."

"Entwicklungsstufe der Menschheit" ist ein Terminus des Evolutionisten Pierre Teilhard de Chardin, für den sich der Mensch in einer Entwicklung hin zum Punkt Omega befindet, um dort aus sich selbst zur Vollendung zu gelangen.

Das folgende Zugeständnis von Papst Paul VI. gegenüber der UNO reflektiert die Teilhardische Philosophie des Einswerdens:

"Man wäre fast versucht zu sagen, daß Ihr Wesensmerkmal in der zeitlichen Ordnung gewissermaßen das widerspiegelt, was unsere katholische Kirche in der geistlichen Ordnung sein will: einmalig und universal. ... Nichts Höheres kann man im ideologischen Bereich auf natürlicher Ebene erdenken. Ihre Berufung ist es, nicht nur einige, sondern schlechthin alle Völker zu verschwistern."

"Sehr geehrte Herren, Sie haben ein Werk begonnen. ... Sie lehren die Menschen, den Frieden zu erkennen. Die Vereinten Nationen sind die hohe Schule, in der man die Bildung erhält, und wir sind hier in der Aula Magna dieser Schule. ... Und wenn sie diesen Raum verlassen, dann wird die Welt auf Sie als die Architekten, als Erbauer des Friedens blicken."

Die UNO als Architekt des Friedens? Daß die weltlichen Herrscher die Menschheit mit trügerischen Friedenshoffnungen versuchen irrezuführen, das haben wir mittlerweile verstanden, doch wenn der Stellvertreter Christi auf Erden, der den Frieden seines Herrn und Meisters Jesus Christus zu verkünden hat, als Hirte seine Schafe nicht auf das Reich Gottes lenkt, sondern auf eine weltliche Institution, bleibt nichts als eine unendliche Verlassenheit. Die **Schlußworte des Papstes** sind geradezu beunruhigend:

"Das ist ja das Schönste an der Organisation der Vereinten Nationen: ihr echt menschliches Antlitz. Dies ist das Ideal, das auf der Pilgerschaft durch die Zeiten von der Menschheit erträumt wurde. Dies ist die größte Hoffnung der Welt! Wir wagen zu sagen: das ist der Widerschein des Planes Gottes: ein alles übersteigender Plan voller Liebe für den Fortschritt der menschlichen Gesellschaft auf Erden, ein Widerschein, in dem die himmlische evangelische Botschaft irdisch wird."

Am Ende seiner Rede setzte der Papst noch deutlichere Akzente: "Was Sie von dieser Stelle aus verkündigen, das sind die Grundrechte und die Grundpflichten des Menschen, seine Würde und seine Freiheit, vor allen die Religionsfreiheit. Sie sind die Interpreten dessen - Wir

spüren das - was höchster Gehalt menschlicher Weisheit ist, wir möchten es nennen: ihr heiliger Charakter."

Dieser Kult an den Menschen und das unverhohlene Eintreten für den Weltstaat ist die größte Ehre, die von kirchlicher Seite je an die UNO gerichtet wurde. Wer will es folglich dem "Philosophen der UNO" und langjährigen Vize-Generalsekretär Robert Muller verargen, wenn er die UNO als "modernes Bibelinstitut" verherrlicht und sich sogar dazu versteigt, die Vereinten Nationen als "Leib Christi" zu bezeichnen.

In der Fronleichnams-Predigt **am 17. Juni 1965 befürwortete Papst Paul VI. den Weltstaat** in einer zu diesem Fest kaum passenden Weise: "Man möchte den Weltstaat und die neue, ideale Gesellschaft bauen. Wie vielseitig die Menschheit bei der Errichtung des ungeheuren Gebäudes engagiert ist und welche bedeutenden Fortschritte man dabei macht, ist Uns durchaus bekannt. Sie sind es wert, bewundert und unterstützt zu werden."

Auch sein Hymnus anlässlich der Mondlandung im Juli 1969 ist für einen Papst recht ungewöhnlich und befremdlich: "Ehre dem Menschen, Ehre dem Denken, Ehre dem Wissen, Ehre der Technik, Ehre dem Wirken, Ehre der menschlichen Kühnheit! Ehre der Synthese der wissenschaftlichen Aktivität und der Organisationskraft des Menschen, der im Unterschied zu den übrigen Lebewesen, durch seinen Geist und seine manuelle Geschicklichkeit Instrumente zur Eroberung der Welt herzustellen weiß.

Ehre dem Menschen, dem König der Erde und heute Fürsten des Himmels. Ehre dem lebenden Wesen, das wir sind, in dem sich das Bild Gottes spiegelt und das, im Beherrschen aller Dinge, dem biblischen Auftrag gehorcht: Mehret euch und herrschet."

Die Mondlandung war ein rein profanes Unternehmen, es ist nicht bekannt, daß die Astronauten als wahrnehmbares Zeichen christlichen Bekennens ein Kreuz am Ort ihrer "Eroberung" aufgerichtet hätten.

In seiner Enzyklika CARITAS IN VERITATE **weist Papst Benedikt XVI.** mit Bezug auf Papst Johannes XXIII. ebenfalls **auf eine Weltautorität hin:**

"Um die Weltwirtschaft zu steuern, die von der Krise betroffenen Wirtschaften zu sanieren, einer Verschlimmerung der Krise und sich daraus ergebenden Ungleichgewichten vorzubeugen, um eine geeignete vollständige Abrüstung zu verwirklichen, sowie Ernährungssicherheit und Frieden zu verwirklichen, den Umweltschutz zu gewährleisten und die Migrationsströme zu regulieren, ist das Vorhandensein einer echten politischen Weltautorität, wie sie schon von meinem Vorgänger, dem seligen Papst Johannes XXIII., angesprochen wurde, dringend nötig."

Wenn die höchste Obrigkeit der katholischen Kirche in kaum verschlüsselten Worten sich zur "Weltautorität" bekennt, ist anzunehmen, daß die Herrschaft über die Welt durch die Globalisierer schon weit gediehen ist. Das würde beinhalten, daß alle überkommenen kulturellen und religiösen Werte, Sitten und Gebräuche in Vergessenheit geraten sollen.

Die Endlösung der Globalisierer

Wie sehr bedroht die Gesamtheit der Völker schon ist, erfahren wir aus den Büchern des amerikanischen Militärstrategen, Vordenkers und Planers der Neuen Weltordnung, Thomas P. M. Barnett (*1962 in Chilton, Wisconsin). Er ist davon überzeugt, daß Amerika dazu berufen sei, der Welt globale Spielregeln für die neue Weltwirtschaftsordnung vorzulegen.

Von der Firma Cantor Fitzgerald wurde er Anfang 2000 beauftragt, ein Forschungsprojekt mit Namen "New Rule Sets Project" (Projekt Neue Spielregeln) über globale Militärstrategien zu leiten. Das Büro der Arbeitsgruppe befand sich im 107. Stockwerk des New Yorker World Trade Center. **Zur Zeit der Anschläge von 9/11 hatte das Team gerade einen freien Tag** und Thomas Barnett konnte kurze Zeit später als Berater für Strategiefragen im Büro von Verteidigungsminister Donald Rumsfeld im Pentagon seine Arbeit aufnehmen.

Es scheint **Thomas Barnett** vorbehalten zu sein, uns die Pläne der Globalisierer im Detail

vorzulegen. **2005 schon beschrieb er** ihre Absicht, eine "**Gleichschaltung aller Länder der Erde, und zwar durch die Vermischung der Rassen**" ins Auge zu fassen. Jährlich sollen in Europa 1,5 Millionen Einwanderer aus der Dritten Welt aufgenommen werden. Dabei ist es niemandem erlaubt - weder Regierungen noch Institutionen - die Flüchtlingsströme zu behindern. Landesgrenzen sollen eingeebnet, die Rassen vermischt, nationale Werte und Gebräuche, sowie traditionelle Religionen abgeschafft werden.

Das Endziel soll eine hellbraune Rasse ergeben mit einem durchschnittlichen IQ von 90 sein, zu dumm zu begreifen, aber intelligent genug um zu arbeiten. Sollte sich Widerstand regen, dann müsse ein neuer 11. September inszeniert werden. Barnett selbst möchte eine Globalisierung, die sowohl multikulturell als auch multirassisch sein soll. Aber das wünschen die Erbauer der Neuen Weltordnung gerade nicht, sie arbeiten an einer kompletten Durchmischung und damit an der Vernichtung der Kulturen und der Rassen. Darauf hin angesprochen, antwortete **Barnett: "Sollte man Widerstand gegen die globale Weltordnung leisten, so fordere ich: "We shall kill them" (wir werden sie töten). ..."**

In ähnlichen Worten beschrieb der englische Schriftsteller **H. G. Wells** den Plan der Globalisierer: **Zahlreiche Menschen werden die NWO hassen und beim Versuch, gegen sie zu protestieren, werden sie sterben.**

Hier wird eines deutlich: Das Konzept der Neuen Weltordnung wird nicht ohne Einsatz von Terror erreicht werden können. Während die Angriffe der Globalisierer sich auf unsere Freiheit richten, werden wir, die Verteidiger unserer christlichen Werte und unserer Freiheit als "gewalttätige Extremisten" bezeichnet.

Die apokalyptische Konstruktion einer Neuen Weltordnung kann nur gelingen, wenn eine Vereinheitlichung der Denkweisen erreicht werden kann. Ein materialistisches Weltbild, verkörpert durch die neue Ideologie **Gender Mainstreaming, ist dafür die ideale Strategie.**

Bei der Völkerwanderung des 21. Jahrhunderts geht es also um eine Enteignung der kulturellen Identität und des christlichen Wertefundaments von Europäern.

Wir sollen zu Fremden im "eigenen Haus" werden. Die weiße Farbe soll verschwinden, auch dies ist kein Geheimnis mehr, wir müssen es nur langsam begreifen lernen. Was wir zur Zeit erleben, ist der Abschied von einer Jahrhunderte alten Kultur, Abschied von einer christlichen Denk- und Lebensweise. Das Deutschland, das wir einst gekannt haben, wird es bald nicht mehr geben. Politiker reden schon heute von Neubürgern.

Es sieht nicht so aus, als ob die Bundesregierung sich groß anstrengen würde, "Schaden vom deutschen Volks abzuhalten", wie es der Text der Eidesformel verfügt. Jene, die sich um die Identität ihres Vaterlandes und ihrer Heimat - zwei Begriffe die a priori schon als politisch nicht korrekt eingestuft werden - sorgen und dies laut äußern, werden ausgegrenzt und fallen unter das Verdikt des "Rassismus", der "Islamophobie" oder prinzipiell der "Xenophobie" - Fremdenfeindlichkeit.

Gender Mainstreaming - Steigbügelhalter der Neuen Weltordnung

Unter dem Stichwort "**Enteignung der kulturellen Identität**" zählt der Begriff **Gender Mainstreaming**, eine Ideologie ist dabei, das Wertefundament unserer Gesellschaft aufzulösen.

Die offizielle Definition von **Gender Mainstreaming** spricht von der Gleichbehandlung und Gleichberechtigung von Männern und Frauen. Doch dies ist eine gezielte **Begriffsverwirrung. Dahinter steckt eine Ideologie, die** fundamental in unseren Alltag eingreift und vor allem die Familie, Männer, Frauen und Kinder **umerziehen und bevormunden will.** Für die politische Strategie fordert die Neue Weltordnung Menschen, die sich ihrer Identität nicht mehr bewußt sind und somit beeinflussbar für Manipulation und Umverteilungspolitik - von der verordneten Sprachregelung bis zur planwirtschaftlichen Frauenquote.

Gender bedeutet ein gewandeltes Verständnis von Geschlecht, d.h., genitale Unterschiede

zwischen den Geschlechtern seien nicht naturgegeben, sondern ein "Produkt soziokultureller Konstruktionen", d.h. das Ergebnis sozialer und politischer Umstände, getrennt vom biologischen Geschlecht. **Die Tatsache, daß der Mensch von Gott als Mann und als Frau geschaffen wurde, ist nicht mehr von Belang**, jede sexuelle Orientierung - heterosexuell, homosexuell, lesbisch, bisexuell, transsexuell ist - gleichwertig und auch beliebig wählbar. Es geht hier also um die **Gleichstellung aller sexuellen Lebensformen** und nicht um die Gleichstellung von Mann und Frau.

Gender Mainstreaming strebt eine **totale Veränderung der Geschlechter** und somit der Gesellschaft, vor allem der familiären Strukturen an, und zwar aus dem einen Grund, der Jugend die geschlechtliche Orientierung zu nehmen. Menschen, die nicht wissen, wer sie sind, werden orientierungslos und sind der Gefahr ausgesetzt, Opfer von Manipulation zu werden.

Den ideologischen Ursprung von Gender finden wir im Marxismus. Die Abschaffung der bürgerlichen Familie beschäftigte schon Marx und Engels. Sowohl der Mann als auch die Frau sollen in den Arbeitsprozeß einbezogen, die Kinder jedoch dem Staat übergeben werden, zur Erleichterung der Frau, die dem Joch des Mutter- und Hausfrauendaseins entledigt wird. Und wie viele Frauen sind darauf hereingefallen.

Den vorläufigen Höhepunkt in der gegenwärtigen Diskussion um Gender Mainstreaming ist "The Queen of Austria" und "Ikone Europas", Conchita Wurst. Die bärtige Sängerin ist seit Monaten das wichtigste Propagandainstrument von Gender. So ist es für die Genderologen selbstverständlich, die Diva mit Vollbart auch in den Schulen zu präsentieren. Ein Schulleiter meint: Der Besuch Conchitas sei Anlaß, um herauszufinden, wie die Jugendlichen über Mann und Frau denken. Es soll ihnen verständlich gemacht werden, daß man nicht unbedingt die Werte der traditionellen Familie übernehmen müsse.

Die Medien haben es nicht nehmen lassen, diese androgyne Gestalt neben den uns bekannten Herz-Jesu-Bildern zu plazieren.

Die Journalistin Dale O'Leary (*1941) hat in ihrem Buch "The Gender-Agenda" fünf Leitsätze des Genderismus definiert, wie sie im UN-Establishment verankert sind:

1. In der Welt braucht es weniger Menschen und mehr sexuelle Vergnügungen. Es braucht die Abschaffung der Unterschiede zwischen Männer und Frauen sowie die Abschaffung der Vollzeit-Mütter.
2. Da mehr sexuelle Vergnügen zu mehr Kindern führen können, braucht es den freien Zugang zu Verhütung und Abtreibung für alle und Förderung homosexuellen Verhaltens, da es dabei nicht zur Empfängnis kommt.
3. In der Welt braucht es einen Sexualkundeunterricht für Kinder und Jugendliche, der zu sexuellem Experimentieren ermutigt, es braucht die Abschaffung der Rechte der Eltern über ihre Kinder.
4. Die Welt braucht eine 50/50-Männer/Frauen-Quotenregelung für alle Arbeits- und Lebensbereiche. Alle Frauen müssen zu möglichst allen Zeiten einer Erwerbstätigkeit nachgehen.
5. Religionen, die diese Agenda nicht mitmachen, müssen der Lächerlichkeit preisgegeben werden.

Dale O'Leary war Teilnehmerin an der **Peking Konferenz 1995, wo der Begriff "Gender" offiziell eingeführt wurde.** In ihrem Buch "Die Gender-Agenda" schreibt sie: "Über das, was Gender will, gibt es keine offene Diskussion. Sie kommt nicht als großes Schiff daher, obwohl sie doch in allen politischen und öffentlichen Programmen verankert werden soll, sondern wie ein U-Boot, das keiner genau kennen soll."

Das war im Jahre 1997. In der Zwischenzeit wurde **Gender Mainstreaming** klammheimlich, **ohne Bürgerbefragung und ohne Debatte**, weder im Parlament noch in den Medien, 1999 zur "Gleichstellungspolitik mittels der politischen Strategie des Gender Mainstreaming als durchgängiges Leitprinzip und Querschnittsaufgabe" festgelegt.

Wir haben es hier also mit einer offiziellen politischen Zielsetzung zu tun, die administrativ und auf dem Weg des Gesetzes sowohl durch **ein Zusammenwirken von UNO- als auch EU-Organisationen** in der Gesellschaft bereits durchgedrückt wurde. Es handelt sich um eine sogenannte top-down-Ideologie, die nicht von der Bevölkerung, sondern von den Machteliten der Welt ausgeht, und die mit den Mitteln der Gesetze der Bevölkerung aufgezwungen wird. Die folgenden Ausführungen verdeutlichen, wie die **Veränderung bzw. Zerstörung der Gesellschaft gerade im Bereich der Ehe und Familie von langer Hand vorbereitet** wurde. Der erste Generaldirektor der WHO von 1948 bis 1953, Dr. Brock Chisholm, legte anfangs der 1950er Jahre mit großer Offenheit das Konzept vor. Er war der Meinung, Glaubenskodizes, feste Regeln und Dogmen gehören abgeschafft. Eltern waren für ihn Diktatoren, die die bessere Natur ihrer Kinder unterdrückten, und er glaubte, die Kinder müßten von religiösen und kulturellen Vorurteilen, die ihnen aufgezwungen würden, befreit werden. Er befürwortete Sexualerziehung von einem frühen Alter an und lehrte, daß die Gebräuche der Älteren ausgemerzt werden sollten, wenn nötig mit Gewalt. Die Geschlechter sollen ineinander verschmolzen oder umgepolt, Kinder von ihren Familien befreit und die Familie, so wie wir sie kennen, abgeschafft werden."

Dieser Generalangriff gegen Ehe und Familie wurde bereits in großem Stil umgesetzt. Die **Trennung der Kinder von den Eltern in einem frühen Alter** wird als unabdingbar erklärt und mit der aggressiven Forderung nach Kitas diktiert: "**Alle Kinder müssen in die Kita**", tönte es von der Ministerpräsidentin von NRW Hannelore Kraft. Nun hören wir von sexuellen Übergriffen in einer Kita in Mainz. "Kita in Mainz geschlossen wegen sexueller Übergriffe von Kindern an Kinder. Das Personal entlassen", lauteten die Schlagzeilen quer durch die Medien.

Aus einem Bericht des SWR geht hervor, daß es bei den Übergriffen um Vorfälle handelt, bei denen Kinder unter Androhung von Gewalt durch andere Kinder genötigt worden sein sollen, ihre Geschlechtsteile zu zeigen oder Gegenstände in den Anus einzuführen. Es ist kaum vorstellbar, daß das Personal diese Übergriffe nicht bemerkt haben soll.

Die Elternvertreter sind fassungslos, warum eigentlich?

Haben sie sich nie näher mit den Vorgängen und Plänen der Kitas beschäftigt?

Werden sie erst aufwachen, wenn sie eines Tages erkennen, daß ihre Kinder sich ihnen entfremdet haben und sie nicht mehr als Eltern anerkennen? Asoziale und vereinsamte Wesen sind in der Neuen Weltordnung willkommen, weil beherrsch- und manipulierbar.

Die Sexualisierung der Jugend ist ganz im Sinne Lenins, dem folgendes Zitat zugeschrieben wird: "**Wenn wir eine Nation vernichten wollen, so müssen wir erst ihre Moral vernichten.** Dann wird uns diese Nation als reife Frucht in den Schoß fallen. Interessiert die Jugend für Sex und ihr bekommt sie ohne Schwierigkeiten in eure Gewalt".

Um die "Vernichtung der Nation" zu erreichen, muß das Denken bis in die Wurzeln umgewandelt werden. Das stärkste Zerstörungspotential, das diese Forderungen erfüllt und Gesellschaft und Familie damit auszulöschen droht, ist Gender Mainstreaming. Dem italienischen Philosophen marxistischer Prägung und Mitbegründer der kommunistischen Partei Italiens, **Antonio Gramsci** (1891-1937) war klar, daß im Westen die Revolution am bestehenden bürgerlichen Wertekanon scheitern wird, daher setzte er auf **Untergrabung und Zerstörung jener Werte, die eine bürgerliche Kultur aufrechterhalten: das Christentum.**

Die Arbeiter seien für die notwendig revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft nicht zu gewinnen, wenn sie weiterhin an ihrem katholischen Glauben festhielten. Dieser müsse ihnen ausgetrieben werden. - Seit Jahrzehnten erleben wir, wie diese rote Ideologie in die Gesellschaft hineingetragen wird.

Kein Platz für Christus und Seine Botschaft

So langsam dringt mit erschreckender Klarheit in unser Bewußtsein, daß in unserer Gesell-

schaft für die christliche Botschaft kein Platz mehr ist. Die Europäische Union hat sich am 18. Juni 2004 auf eine Verfassung ohne Gottesbezug geeinigt. **Valéry Giscard d'Estaing**, der Vorsitzende des EU-Konvents zur Zukunft Europas 2004, erklärte, daß die **EU-Verfassung nicht der richtige Ort sei für einen religiösen Hinweis**. So einigte man sich auf eine allgemeine Andeutung auf die religiösen und kulturellen Traditionen Europas, um Millionen Nicht- und Andersgläubigen nicht den Eindruck zu vermitteln, ausgeschlossen zu werden.

Scharfe Worte gegen die Religion fand **Hillary Clinton**, die im April 2015 angekündigt hat, sich nach 2008 zum zweiten Mal um die Präsidentschaft der USA bewerben zu wollen. **Auf einer Konferenz über Feminismus** im Lincoln Center in Manhattan **versprach sie** unter tosendem Applaus im Falle ihrer Wahl eine Politik zugunsten der **Anerkennung der Abtreibung als Frauenrecht**.

Gleichzeitig kritisierte sie eine "Diskriminierung" der Frauen und der Homosexuellen durch Gewissensfreiheit und Religionsfreiheit. Religiöse Überzeugungen würden die Rechte der Homosexuellen (LSBTIQ) einschränken. Ausdrücklich nannte sie bei ihrer Kritik auch den Widerstand der katholischen Kirche gegen die Gesundheitsreform der Regierung Obama, die eine für katholische Institutionen nicht akzeptierbare Verordnung zur Finanzierung von Verhütung und Abtreibung einführte.

Ebenso rechtfertigte die Ex-First Lady die staatliche Finanzierung von Planned Parenthood, welche die weltweit größte Abtreibungsorganisation der USA repräsentiert. Der Abtreibungskonzern erhält von der US-Regierung jährlich über eine halbe Milliarde Dollar und weitere 35 Millionen Dollar zahlt die Regierung Obama an den Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen, damit weltweit für Abtreibung und Sterilisierung geworben werden kann. Der Plan für eine Reduzierung des Bevölkerungswachstums wurde von den Erbauern der Neuen Weltordnung noch nicht aufgegeben.

Die globale Elite wünscht, die Weltbevölkerung auf 500 Millionen zu begrenzen. Also ca. 90 % weniger Menschen auf der Erde als zurzeit darauf leben. Daher ist es nicht weiter erstaunlich, daß **Hillary Clinton** in ihrer Rede auch die "sexuelle und reproduktive Gesundheit" verteidigte. Ein Euphemismus, hinter dem sich das Recht auf Abtreibung, Verhütung, künstliche Befruchtung in allen Varianten und die Gender-Ideologie versteckt.

Der Gipfel ihrer Auslassungen war die Forderung, der Staat solle sein Gewaltmonopol einsetzen, um unerwünschte religiöse Überzeugungen und Dogmen zu ändern. Damit ruft Hillary Clinton **nach dem Zwangsstaat**, der als "Zwingherr zum Glück" auftreten soll. "Tiefverwurzelte kulturelle Codes, religiöse Überzeugungen und strukturelle Phobien haben sich zu ändern. Die Regierungen müssen ihre Möglichkeiten zum Zwang nützen, um die überlieferten religiösen Dogmen neu zu definieren."

Bill Donohue, der Vorsitzenden der Catholic League, kritisierte diese "Kriegserklärung gegen die Religion" eines Kandidaten für das amerikanische Präsidentenamt mit aller Schärfe. Das sei der "wahrscheinlich aufrichtigste progressive Slogan in der Geschichte", so Ed Morrissey von HotAir.com. Die Anspielung, daß eine Nation, die auf der Säule der Religionsfreiheit gründet, die Machtmittel des Staates dazu einsetzen soll, die religiösen Überzeugungen zu ändern, sei eine nie dagewesene Erklärung.

Es stellt sich die Frage, in wie weit die Präsidentschaftskandidatin der Demokratischen Partei für das Weiße Haus sich überhaupt berühren läßt von den weithin bekanntgewordenen Massakern und Vertreibungen, die seit Jahren an Christen begangen werden. In ca. 60 islamischen, hinduistischen, buddhistischen und kommunistischen Ländern findet eine Christenverfolgung statt, die alles bisher menschlich Bekannte und Vorstellbare übertrifft.

"Christian Solidarity International" (CSI) geht davon aus, daß weltweit über 175.000 Christen jedes Jahr wegen ihrer Religion ermordet oder zu Tode gefoltert werden. Die Brutalität, mit der vor allem in muslimischen Staaten gegen Christen vorgegangen wird, zeigt neue Dimensi-

on menschlicher Abgründe.

Da die westliche Welt sich offensichtlich nur halbherzig dieser Welle der Gewalt entgegenstellt, hat sich nun die irakische Regisseurin und schiitische Muslima, Aida Schläpfer Al Hassan, dieses Leidens angenommen. "Ich will mit meinem Film einen weiteren drohenden Völkermord an diesen Menschen verhindern", sagt sie und war schockiert über die Barbarei, die an Christen begangen wird. In einem Kurzfilm von etwa zwei Minuten mit dem Titel "Noun" (das arabische Wort für Nazarener, mit dem Buchstaben N wurden im Irak die Haustüren der Christen markiert) widmet sie sich der Christenverfolgung durch den Terror des Islamischen Staats (IS) im Irak.

Der Film wurde für das Internationale Film-Festival in Locarno 2015 nominiert, doch zunächst aus "Qualitätsgründen" abgelehnt. Auf Druck der Öffentlichkeit mußte er aber schließlich doch noch gezeigt werden.

Früher, so berichtet Aida Schläpfer Al Hassan, habe man sich im Irak keine Gedanken gemacht, ob der Nachbar Sunnit, Schiit, Kurde oder Christ sei. Doch mit der Invasion der Amerikaner in den Irak, dem Bürgerkrieg und der ausufernden Gewalt des IS sei das gegenseitige Mißtrauen mittlerweile groß.

Diskriminierung der Christen

Was in der öffentlichen Debatte totgeschwiegen wird, ist die Tatsache, daß über 85 % der sogenannten "hate crimes" gegen Christen gerichtet sind. Darunter fallen durch das von der EU verabschiedete und in den nationalen Verfassungen verankerte sogenannte "Diskriminierungsverbot wegen sexueller Orientierung" (das höher bewertet wird als die persönliche Gewissensentscheidung) auch berufliche Einschränkungen und Diskriminierungen bis zu einem Ausmaß, daß in bestimmten Fällen die Existenzgrundlage von Menschen zerstört wird, wie z.B. in England, wo Klöster ihre Gasthäuser schließen mußten, weil sie gezwungen gewesen wären, auch an unverheiratete und homosexuelle Paare zu vermieten.

Ebenso mußten katholische Adoptionsvermittlungen ihre Einrichtungen schließen. Sie hätten Kinder auch an homosexuelle Paare vermitteln müssen.

Ein christlicher Standesbeamter, der aus religiöser Überzeugung sich nicht in der Lage sieht, ein homosexuelles Paar zu trauen, wird seine Stelle verlieren, wenn er den Vorgaben nicht Folge leistet. Ebenso werden Berufe wie Standesbeamter, Arzt, Krankenschwester und Hebamme oder Apotheker für Christen nicht mehr ausübbar sein, und Lehrer und Eltern geraten in Schwierigkeiten, wenn sie mit der staatlich festgelegten Sexualmoral nicht einverstanden sind.

Das **Antidiskriminierungs-Gesetz** führt zur absonderlichen Situation, daß ein katholischer Eventplaner auch für Homosexuelle Verpartnerungs-Feiern organisieren müßte, oder ein katholisches Bildungshaus sich nicht weigern könnte, die Tagung einer Abtreibungs-Organisation in ihren Räumen zu ermöglichen. Fraglich wäre ebenso, ob ein Pfarrer gezwungen wäre, den Pfarrsaal für die Planung einer Love-Parade etc. zur Verfügung zu stellen.

Aber auch im nicht-kirchlichen Bereich schafft das Gesetz absurde Möglichkeiten: Jüdische Einrichtungen wären gezwungen, antisemitisch orientierten Gruppen ihre Räume zu überlassen. Überlebende des kommunistischen Terrors müßten ihre Wohnung an ein kommunistisches Paar vermieten, und wie würde wohl die Antwort eines islamisches Reisebüros lauten, das aufgefordert wird, Christen nach Mekka mitzunehmen?

Anläßlich der Sacra Liturgia Konferenz in New York City im Juni 2015 faßt Bischof Frank Caggiano von Bridgeport im Rahmen seiner Homilie (Rede) die Not der Zeit zusammen: die Welt von heute wünscht, daß die Katholiken verschwinden. "Wir werden leiden." Gleichzeitig forderte er die Katholiken jedoch dringend auf standzuhalten. Dazu bedarf es jedoch der Standhaftigkeit des heute so angefochtenen Glaubens.

Die Weltregierung des Weltenherrschers

Es gibt jedoch eine Weltordnung, auf die wir unseren Blick richten, um die wir uns sogar bemühen und sie innig erhoffen und erleben müssen: die eine Weltregierung des Pantokrator Jesus Christus. In den Berichten über die Zeit nach seiner Auferstehung unmittelbar vor seiner Himmelfahrt lesen wir von der Aussendung der Zwölf an alle Menschen bis an die Enden der Erde. Ihm, Jesus, ward alle Gewalt gegeben im Himmel und auf Erden.

Darum hatte er auch die Macht die Jünger zu senden, um seine Botschaft zu allen "Völkern und Könige" zu tragen: "Darum gehet hin und lehret alle Völker und taufet sie im Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes, und lehret sie halten alles, was ich euch befohlen habe." (Matthäus 28, 18-20).

Dies ist Seine Bitte, wenn nicht gar Seine Forderung, die er jedoch mit einer Verheißung verbunden hat: "**Und siehe, ich bin bei euch alle Tage bis ans Ende der Welt**" (Matthäus 28,20).

Ungezählte sind diesem Ruf Christi gefolgt, **Alexander Solschenizyn** war einer von ihnen. In einer seiner Reden nach seiner Ausbürgerung 1974 sprach er über die entsetzlichen Ereignisse, die über Rußland gekommen waren und auf entsprechende Fragen antwortete er: "Nachdem ich jahrelang über das sowjetische System mit seinen Millionen Menschenopfern nachgeforscht habe, kann ich nichts Genaueres sagen als: **Die Menschen haben Gott vergessen, deswegen konnte das alles passieren!**"

Es scheint tatsächlich so zu sein, als ob Gott Seine Hand von den Völkern weggezogen hätte, denn die Welt hat Jesus Christus aus dem Blickfeld verloren. Wir haben unsere Augen, wie Petrus von IHM abgewandt, deshalb sinken wir.

Niemand wird daran zweifeln, daß wir in einem nie gekannten Maß, Gott vergessen haben. Die allgemeine Apostasie, die Gleichgültigkeit in Glaubensfragen, nicht nur der Gläubigen, sondern auch der Hirten, ist apokalyptisch. Können wir es zulassen, daß unsere Kinder ihr Leben auf einem geistigen Trümmerfeld aufbauen?

Von offizieller Seite, vom Staat, von all den vielen Institutionen, die vorgeben, sich um Kinder, Ehe und Familie zu kümmern, ist kaum Hilfe zur Stärkung familiärer Strukturen zu erhalten, so viel haben wir verstanden. Nur wenigen Vertreter der Kirche ist Ehe und Familie noch ein drängendes Anliegen. Wer verkündet noch, daß die Liebe zwischen Mann und Frau ein Abbild der unaufkündbaren Liebe Gottes zu den Menschen ist. Wer hat noch ein Ohr dafür? Diese Sprache wird nicht mehr von allen verstanden. Doch sie muß wieder gelehrt und gelernt werden, wollen wir die zeitlos gültigen Werte wie Leben, Güte, Liebe, Treue wieder in unsere Gesellschaft bringen.

Die Einhaltung der so verlachten sittlichen Ordnung gerade im Bereich der Sexualität schützt vor psychischen und auch materiellen Schäden. Als Gott den Mann und die Frau erschuf, hat er keine wertunterschiedlichen Individuen hervorgebracht, sondern den Menschen, und zwar als Mann und als Frau, mit seiner jeweils spezifischen Sexualität.

Sie ist eine Erscheinungsweise des Menschen, die seine ganze Persönlichkeit durchdringt, ihn bis in sein Innerstes prägt. Daher ist Sexualität nicht lediglich etwas rein Körperliches, sondern berührt gleichermaßen die geistigen und psychischen Ebenen des Menschen.

Kinder und Jugendliche haben ein Recht zu erfahren, daß Liebe nicht ein sich technisch vollziehender sexueller Akt ist, wie dies in der schulischen Sexualerziehung vermittelt wird, sondern eine Bindungskraft, die sich langsam und stetig über Jahre hinweg entwickeln und festigen kann, und daß nur mit dieser Erkenntnis und mit diesem Wissen und unter diesen Voraussetzungen wahre Persönlichkeiten sich entfalten können, die der weltlichen Macht der Neuen Weltordnung die göttliche Kraft und Liebe Christi entgegensetzen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 10. Februar 2018: >>>**Hut ab: Die Neue Weltordnung ändert alles und jeden!**

Im Zuge der erfolgreichen Migrantisierung unseres Kontinents wird so ziemlich alles afrikanisiert, was in Europas Geschichte Rang und Namen hat.

Ein satirischer Kommentar von *Wolfgang Eggert*.

Man muß sich zuweilen bei Kindern in Acht nehmen, was man ihnen so alles auftischt. Ich hatte mal einem Knirps am Abendbuffet des Robinson-Clubs Daidalos auf Kos (Griechenland, damals noch schön) erzählt, daß die Pommes von einem belgischen "Baron van der Fritten" erfunden wurden, der mit der französischen "Comptesse de la Mayo-Naise" liiert war. Den Belgier konnte sich der Naseweis merken, und gab die Story, zurück am Tisch, sofort in die staunende Familienrunde. Der Herr Papa hat sich dann anderntags am Pool bei mir beschwert.

Den sagenumwobenen Baron mag es wirklich gegeben haben, die Gräfin dagegen ganz sicher nicht. Klassischer Fall von halber Wahrheit also. Wer nun sagt, "Jaaaa, mit einem kleinen Hosen scheißer kann man das machen!", übersieht: Auch dem Kindbett entstiegene Wahlbürger glauben so ziemlich alles, was ihnen unter die Nase gerieben wird. Hauptsache, daß irgendein Mainstreammedium oder wahlweise die Traumfabrik Hollywood die Story entsprechend "heiß" serviert.

Jüngstes Beispiel: Während man sich in bestimmten Großstadtvierteln Britanniens heutzutage in Afrika oder wahlweise Pakistan wähnt, wurde im Land des Schaum-entkronten Biers nun endlich der erste Stammvater aller Angelsachsen entdeckt. Er war - so heißt es nüchtern - ein "Schwarzer".

Nicht wenige weiße Engländer, die es erstaunlicherweise immer noch gibt, werden diese Nachricht durchaus "shocked" vernommen haben. Wie man sie ebenfalls ins "We are all Refugees-Boot" holte, gleicht einem Geniestreich: Dem Kolonialbriten wurde - wissenschaftlich! - kurzerhand ein Satz leuchtend stahlblauer Augen verpaßt. Merke: ein bißchen David Beckham ruht auch in jedem Afrikaner - man muß nur genau hinschauen! Unterliegende "Message": Leute, hin zu diesem wohlfeilen Antlitz geht, ja muß (!) unsere Reise gehen. Back to the Roots, give it a chance! Ab in die Betten, wir schaffen das!

Was sagt man nun dazu, nachdem die Fassung zurückgekehrt ist? "So sind sie halt, die Briten" oder "Vermutlich gab's grad Freibier", all das greift zu kurz, denn Mr. Britannia ist definitiv kein Einzelfall, sondern eher die Spitze eines propagandistischen Eisberges. Wer sich im Internet umsieht, wird viele weitere, höchst erstaunliche Anchormen (Ankermänner) der europäischen Geschichte finden, die mit einem Mal dem landläufigen Flüchtling gleichen wie ein Ei dem anderen.

Neuerdings als "echter Afrikaner" gefeiert wird zum Beispiel - sicher wieder kein Zufall - mit Beethoven ausgerechnet der Komponist der Europahymne. "Offenbart Beethovens Musik seine afrikanischen Wurzeln?", fragte der *Guardian* seine Leser im Juni 2015. ... Gut, geschenkt, der stampfende Rhythmus seines Euvre hätte eigentlich von Anfang an auffallen müssen! Wem sich beim Frühjazz "Ludwig van" nicht sofort vor dem geistigen Auge die weite Savanne Kenias auftut, hat seine Ohren an der Garderobe abgegeben.

Mehr allzulange verkannte Prominente aus dem Gebiet der Sub-Sahara gefällig? Alexander der Große wird genannt, der US-Gründervater Alexander Hamilton ebenfalls. Die Fernsehwelt packt die englische Königin Margaret von Anjou dazu - in der Serie *The Hollow Crown* von einer aus Nigeria stammenden Schauspielerin verkörpert. Obendrauf den Artus-Ritter Lancelot - im US-Sender ABC ebenfalls von einem Afro-Amerikaner gemimt. Und vorerst nur am Theater begeistern Schwarze in der Rolle der französischen Nationalheldin Jeanne d'Arc und als, man gönnt sich ja sonst nichts, keinen geringeren als Julius Caesar!

Im Zuge der erfolgreichen Migrantisierung unseres Kontinents wird so ziemlich alles afrikanisiert,

siert, was in Europas Geschichte Rang und Namen hat.

Wäre sein Ansehen nicht so rettungslos perdu, die fotofälschende Umvolkungselite würde selbst Adolf Hitler nicht verschmähen. Hätte sich der "Führer" im Frühsommer '38 erfolgreich ins malernde Privatleben zurückgezogen, wir erführen in diesen Tagen, daß sein Rufname nicht "Alf" sondern "Afri" war und auch der Name seiner Geburtsstadt Braunau erhielt mit einem Mal eine völkisch neue Erklärung. Daß sämtliche Bilder des in Wirklichkeit fast kongolesk rassigen Hitler im Nachhinein im Propagandaministerium mühevoll aufgehellt wurden, man verziehe es ihm. Die Zeiten waren halt so!

Wie gesagt, der Mann ist heute "schwer verkäuflich". So wird man sich eher an CSU-Rechtsaußen Peter Gauweiler halten, der innerhalb der bayerischen Grenzen als "der Schwarze Peter" bekannt ist. Warum, könnten alte, aus dem Verkehr gezogene Fotos belegen. Inzwischen hat die Bleichcreme ihre volle Wirkung entfaltet. Gauweiler ist heute hell wie eine Weißwurst.

Und wenn man schon dabei ist, warum nicht auch gleich die andere Seite der Medaille im Dienste der NWO mitverkaufen? Auch waschechte Weiße, die es in schwarzer Hautfarbe zu Ruhm und Ansehen gebracht haben, sind in der Lage, Gräben zuzuschütten, im Sinne eines herzhaften "Du bist Ich!"

Warum weiter verschweigen, daß der ehemalige Präsident der Zentralafrikanischen Republik, Bokassa, in Wirklichkeit "Joe Kassa" wohl hieß und ein diamantenschleifender Jude aus der Bronx war? Über den deutschen Startenor Roberto Blanco braucht man schon des Namens wegen kein Wort verlieren. Die Tarnung war ebenso unter aller Kanone, wie die des US-Barden R. Kelly, dem schwarzen Schaf der irischen Kelly Family.

Martin Luthers spät in die USA ausgewanderter Ur-Ur-Ur-Enkel klemmte sich - typisch für deutsche Immigranten - den amerikanisch erscheinenden Namen "King" hintenan. Ein Jahr freiwilliger Arbeit auf den Baumwollfeldern Tennessees taten ein übriges. Der germanisch-protestantische Stammvater hätte seinen Nachfahren nicht einmal erkannt, wenn dieser noch den alten Eislebener Dialekt drauf gehabt hätte...

Mohammed Ali war dann der 3. Aldi-Bruder. Sich seiner deutschen Abkunft schämend, strich der Vorzeigethlet, den naiven Afroamerikaner heute noch für einen der ihren halten, einfach das "d" im Familientitel. Zu Beginn seiner Faustkampfkarriere boxte er unter dem Ringnamen "der Lippizaner". "Farbiger" wurde er erst durch die stundenlangen Freiluftfights unter der brennenden Südstaatensonne. Die "rassische" Umtragung im Personalausweis fand erst 1959 statt.

Aretha Franklin aus der Wuppertaler Brauereifamilie Küppersfeld brauchte Jahre bis sie den amerikanischen Dialekt drauf hatte. Noch danach mußte die rheinische Frohnatur stundenlang in der Maske verbringen, bis sie als "korrekte Schwarze" durchging.

Last but not least: Jerome Boateng, sie wissen schon, der Fußballer neben dem niemand wohnen will, weil er angeblich Afrikaner ist. Zu unrecht, wie die NWO-Presse richtig stellen kann und sollte. Gerhard Bootstang, aus alter friesischer Fischerfamilie stammend, könnte schlicht das Opfer einer verlängerten Höhensonnenbehandlung sein. Ende der 90er Jahre schief der Kicker auf einem Bräunerdiwan der Hamburger Solarienkette "Turbo Negro" ein. Und wurde so ein Fremder im eigenen Land.

Wie sagte der Humangenetiker, der das archäologische Relikt des britischen Ur-Stammvaters zum blauäugigen Nafri erklärte? Wir sind allesamt Refugees, alle Zwillinge, Schwarz ist Weiß und Weiß ist Schwarz. Ausgleichbar. Austauschbar. Recht hat er! Blicken wir den Tatsachen ins Auge. Lernen wir Geschichte.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 5. April 2018: >>**Das große Ganze und die Gemeinsame Erklärung 2018**

Alles hängt mit allem zusammen oder nix hat mit nix zu tun. Einzelfälle bleiben Einzelfälle

bis sie sich zu einem Bild verbinden. Die Wahrheit dahinter ist oft ganz simpel. Oder eben hochkomplex verschachtelt - um möglichst unentdeckt zu bleiben.

Der "Global Compact of Migration" befindet sich derzeit in Phase III, bis zum Sommer werden zwischenstaatliche Abkommen fertig verhandelt und von den Regierungen unterschrieben sein. Ziel ist nicht mehr und nicht weniger, als die Etablierung eines weltweiten Migrationsgesetzes, einer Weltordnung für Migranten, bindend für die Unterzeichner.

Die New Yorker Erklärung der Vereinten Nationen vom September 2016 etabliert ein Bündel von Rechten für "reguläre Migration" und Pflichten für die Zielstaaten. Zu den staatlichen Pflichten gehört die Bekämpfung von Xenophobie genauso wie die Niederhaltung von Kritik an diesem Plan. Es soll auch keine Rolle mehr spielen, ob Flüchtlinge an den Grenzen Pässe haben oder nicht. Es reicht, wenn sie das Wort "Asyl" sagen. Alles Weitere erleben wir täglich hierzulande.

Sprache steuert Denken

Diese Erklärung könnte zum Signal für eine nie dagewesene Völkerwanderung werden, die vor allem in die Sozialsysteme Europas erfolgen wird. Wir alle haben uns gewundert, was die Beteiligung am "Resettlement and Relocation Program" im Wahlprogramm der Union, damals, im Sommer 2017, schon selbstbewußt als Regierungsprogramm bezeichnet, zu suchen hat.

Warum wurde in Deutschland, einem Land, in dem alles geregelt ist und dessen Sachverstand in der EU normalerweise nicht einmal die Krümmung der grünen Gurke entgeht, die Differenzierung von Asyl nach Artikel 16a des Grundgesetzes, Fluchtgründen nach der Genfer Konvention und illegaler Wirtschaftsmigration zuerst verwässert und später faktisch beseitigt? Sprache steuert Denken: Wo also Flüchtlinge oder gar "Geflüchtete" die Sprache beherrschen, denkt jeder an Bürgerkrieg, Not und Hilfe.

Man ahnte spätestens seit der Gewalt aus dem übergriffigen Migrantenmob nordafrikanischer Staaten in Köln, daß die vielen Syrer nicht nur merkwürdig aussehen, sondern auch merkwürdig viele verschiedene Sprachen sprechen.

Zielregion Europa

Die IOM (International Organisation for Migration) wurde als provisorisches Flüchtlingskomitee 1951 gegründet, damals in Erwartung der Notwendigkeit zur Koordinierung europäischer Flüchtlingsströme nach dem Zweiten Weltkrieg. Seit dem Wegfall des Eisernen Vorhanges 1989 hat sie sich neuen Betätigungsfeldern zugewandt, seit 2013 ist sie Teil des UN-Flüchtlingshilfswerkes UNHCR.

In ihrem Organigramm hat Europa als Zielregion kaum eine Mitsprache, Berlin liefert nur die Zahl der möglichen "freien Plätze". Die Steuerung der migrantischen Reisetätigkeit erfolgt aus Manila und Panama. Die Vergütung der dort ansässigen Mitarbeiter ist mit 120.000 Dollar pro Mann und Halbjahr (zzgl. Pensionsrücklagen) der großen Aufgabe angemessen dotiert.

Für Wolfgang Schäuble ist es ein "Rendezvous mit der Globalisierung", was wir seit 2015 erleben.

Bei Lichte betrachtet, zeigt sich allerdings immer mehr: Das Rendezvous fiel für die Braut nicht vom Himmel, es wurde eingefädelt. Perfide und an den demokratischen Strukturen vorbei, um anschließend als alternativlos und großen Gewinn für die Zielländer präsentiert zu werden. Der demographischen Entwicklung wollte man trotzen, Daimler-Chef Dieter Zetsche sah gar "ein neues Wirtschaftswunder" heraufziehen. Die EU machte es sich ganz einfach: "We are all migrants by nature".

One-World-Unsinn

Im Hintergrund stehen aber viel weniger die Hilfsbereitschaft des Westens als vielmehr handfeste wirtschaftliche und ideologische Interessen als Paten bereit. Ein einheitlicher Markt, frei von nationalen Regeln, läßt sich nur mit dem Zerschlagen nationaler Identitäten erreichen.

Was aber ist ein Staat ohne Grenzen, ohne Budgethoheit, ohne Definition der eigenen Identität? Was ist die Folge, wenn die Bürger nicht mehr entscheiden können, mit wem sie fortan zusammenleben wollen? Kein Grundgesetz kann die kulturelle Wertebeliebigkeit noch sinnstiftend regeln, die ein solches Siedlungsgebiet für Jedermann darstellte.

Es ist der bekannte One-World-Unsinn, der Armut sozialisiert, statt Leistung zu fördern und nicht erkennt, daß Toleranz ohne die Akzeptanz von Grundregeln zur Blaupause für Anarchie mutiert. Weil für das Recht des Stärkeren Toleranz nur Schwäche sein kann.

An der Öffentlichkeit vorbei

Schäuble steht also am Rand des Spielfeldes und tut so, als beobachte er nur. Seine Kanzlerin hatte die Tonlage in ihrer Flüchtlingspolitik vorgegeben: "nun sind sie halt da". Verantwortung sieht anders aus. Aber sie steckt dahinter, nur ganz anders als wir alle denken.

Wenn Benjamin Netanjahu wie selbstverständlich davon ausgeht, daß die Schwarzafrikaner, die Israel nicht haben will, die das Land verlassen müssen oder dort ins Gefängnis kommen (soviel zu den westlichen Werten), auf Kanada, Deutschland und andere europäische Länder verteilt werden, weil diese Länder diesbezügliche Verträge mit dem UNHCR unterzeichnet haben, blitzt auf, daß es hier nicht um Flucht vor Krieg und Verfolgung geht. Es sei denn, man akzeptiert schon die Flucht vor der Pflicht zum Wehrdienst als Verfolgung. Es geht um Teilnahme an einer geplanten Umsiedlung, zu der sich auch Deutschland verpflichtet hat.

Wer hat unsere Regierung dazu ermächtigt? Wann wurde das Thema im Bundestag debattiert, in der Öffentlichkeit darüber berichtet? Wo waren ARD und ZDF, die doch immer am Nerv der Zeit sind, sogar wenn in Moskau ein Stuhl umfällt? Die Vermutung liegt nahe, daß sie hier auch am Nerv der Zeit sind, nur, dieser Nerv Teil der durchtriebenen Schweigespirale selbst-ernannter Eliten zur Durchsetzung einer globalen Neuordnung ist.

Ziel ist eine Welt ohne Grenzen

Donald Trump hat unmittelbar nach seiner Wahl zum Präsidenten die Mitwirkung der USA am Global Compact mit den Worten gekündigt, "Das ist ein No-Borders-Plan. Die USA ist eine Nation, kein Siedlungsgebiet." Und er hatte recht. Seit einigen Tagen wandert ein "Caravan of Migrants", ein von der NGO "People Without Borders" organisierter Treck von mehreren Tausend Migranten, von Honduras aus quer durch Mexiko in Richtung der US-Grenze. Ziel ist es, mit soviel wie möglichen Menschen die Grenze "zu stürmen". Man möchte erzwingen, was man als Floh im Ohr trägt: eine Welt ohne Grenzen und oft auch Wohlstand ohne Arbeit.

Die "Gemeinsame Erklärung 2018" ist auch deshalb so erfolgreich, weil sie dem Gefühl der Menschen, hier laufen im Hintergrund gesteuerte Prozesse ab, entspricht. Sie trifft, weil sie zutrifft. Die selbst ernannten Meinungsführer sind deswegen so gereizt, weil sich an ihrem Stammtisch plötzlich einfache Leute zur Lage der Nation artikulieren. Das hatten sie schlicht nicht vorgesehen.

Aber noch gibt es das Gebilde, dem Wilhelm einst das Haus stiftete. In ihm tagt der Bundestag und wird sich bald mit dieser Erklärung beschäftigen müssen. An seinem Fries steht nicht "Der ganzen Welt", sondern: "Dem Deutschen Volke".<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 17. Mai 2018 (x887/...):

>>**UN bereiten Völkerwanderungen vor**

Ein "globaler Pakt" für eine sichere, geordnete und reguläre Migration (GCM) ist bereits in Arbeit

"Migration zum Nutzen aller gestalten" lautet die Überschrift eines vom UN-Generalsekretär, António Guterres, vorgelegten Berichtes in dem der Inhalt, die Methoden und die Ziele eines geplanten globalen Immigrationspakts dargelegt werden. Darin wird deutlich, daß im Falle von dessen Verabschiedung und Umsetzung die Welt eine völlig andere sein würde als die heutige.

Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit in Deutschland wird in den Gremien der Vereinten Nationen seit geraumer Zeit ein umfassender "globaler Pakt" für eine sichere, geordnete und reguläre Migration (Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration, kurz Global Compact for Migration, GCM) vorbereitet, der weitreichende Eingriffe in die Zusammensetzung der Bevölkerungen vor allem der westlichen Industriestaaten vorsieht, und zwar in einem solchen Umfang, daß nicht nur das demographische Profil, sondern auch das gesamte politische, ökonomische, soziale und kulturelle System dieser Staaten grundlegend verändert werden würde.

Zwar liegt derzeit noch kein abgestimmter Text für den Pakt vor, doch befindet sich der Vorbereitungsprozeß dafür in seiner dritten und letzten Phase. Schon Ende dieses Jahres soll der Pakt auf einer hochrangigen Konferenz der Staats- und Regierungschefs angenommen werden. Es ist also höchste Zeit, sich in der Öffentlichkeit mit dem Projekt auseinanderzusetzen.

Ein wesentliches Anliegen des Paktes ist es, daß die Immigration, die gegenwärtig insbesondere vom Süden in den Norden des Erdballs verläuft, von den Vereinten Nationen gesteuert wird. Sie soll in "sicheren, geordneten und regulären" Bahnen erfolgen. Dieser Menschenstrom wird dabei als etwas Schicksalhafter hingenommen.

Früher angestellte Überlegungen zur Abwendung dieser Völkerwanderung, etwa durch Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Stabilität der Auswanderungsstaaten oder durch die Schaffung von Bleibeanreizen für die Auswanderungswilligen, werden gar nicht mehr angestellt. Man kapituliert und läuft der Entwicklung hinterher, indem man versucht, sie in "sichere, geordnete und reguläre" Bahnen zu bringen.

Hierbei geht es nicht nur - wie bei der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951- um die zeitweilige Aufnahme einer begrenzten Zahl von in einem Staat politisch Verfolgten in einem anderen Staat. Vielmehr läuft der geplante "globale Pakt" im Kern auf die Steuerung einer weltweiten Umsiedlung vorwiegend von Wirtschaftsflüchtlingen aus dem Süden in den Norden des Erdballs hinaus. Eine solche totale Veränderung der Demographie ganzer Erdteile hat es bislang wohl noch nicht gegeben.

Als ein Ziel der Steuerung der massenhaften Immigration nennt der Bericht die Überwindung der wirtschaftlichen Ungleichheit der Staaten (§ 87).

Es geht letztlich um eine Durchmischung der Weltbevölkerung. Dazu sollten die Staaten möglichst ihre Grenzkontrollen lockern, um auch irregulären Immigranten "Zugangswegen für eine reguläre Migration" zu eröffnen (§ 36). Die freiwillige und erzwungene Rückkehr von Immigranten sei oft "weder wünschenswert noch durchführbar".

Der UN-Generalsekretär versteigt sich sogar zu der nicht näher begründeten Annahme, daß Länder mit einem restriktiven Grenzregime, welche die Rückführung als eine Möglichkeit betrachten, um vor irregulärer Immigration abzuschrecken, gegen grundlegende menschenrechtliche Verpflichtungen verstoßen könnten (§ 39). Um den seit längerer Zeit in einem Land lebenden irregulären Immigranten einen legalen Status zu verleihen, sollten verschiedene Maßnahmen der Integration in Betracht gezogen werden bis hin zur Verleihung der Staatsbürgerschaft (§ 40).

Um das Projekt der globalen Umsiedlung zu begründen, greift der Bericht zum Teil auf abenteuerliche Behauptungen zurück, die in der dort dargelegten Verallgemeinerung unzutreffend oder lebensfremd sind. So wird festgestellt, Immigration sei generell "ein Motor des Wirtschaftswachstums, der Innovation und der nachhaltigen Entwicklung" (§ 1). Es lägen "eindeutige Beweise" dafür vor, daß Immigration sowohl den Immigranten als auch den Aufnahmestaaten wirtschaftlichen und sozialen Nutzen verschaffe (§ 4 a).

Immigranten trügen zum Wohlstand sowohl im Herkunfts- wie auch im Aufnahmestaat bei, indem sie Steuern zahlen und rund 85 Prozent ihres Einkommens der Volkswirtschaft im

Aufnahmestaat zuführen und die übrigen 15 Prozent in Form der Rücküberweisung in ihre Heimat schicken. Die Summe der Heimatüberweisungen betrage das Dreifache der öffentlichen Entwicklungshilfe.

Weiter heißt es: "Migranten bringen Fachwissen und Unternehmergeist mit, die ihren Aufnahmegesellschaften zugutekommen." (§§ 20, 21)

Der Bericht des UN-Generalsekretärs geht nicht darauf ein, daß das Aufeinandertreffen unterschiedlicher Kulturen zu Verwerfungen und Konflikten im Aufnahmestaat führen kann, vor allem wenn der Zustrom von Immigranten dort massenhaft, innerhalb kurzer Zeit und auf engem Raum erfolgt. Das gilt erst recht dann, wenn die Immigranten aus archaischen Gesellschaften kommen und weder integrationsbereit noch -fähig sind.

Vielmehr werden Zweifel und Kritik an dem globalen Umsiedlungsplan apodiktisch zurückgewiesen. Immigration sei eine wachsende globale Realität, deshalb brauche über die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit auf diesem Gebiet "keine Debatte mehr geführt werden" (§ 3).

Zugleich wird der Kurs zum Thema "Fremdenfeindlichkeit" abgesteckt: "Schwarzseherische Fehldarstellungen" über die Auswirkungen der Immigration seien von den politischen Führungspersonen richtigzustellen und "in eine andere Richtung zu lenken" (§ 9).

Zugleich werden Denk- und Sprechverbote erteilt. Verhindert werden müsse in der Immigrationsdebatte eine "entmenschlichende Sprache", so zum Beispiel wenn von "Beständen" und "Strömen" oder abwertend über "illegale Einwanderer" gesprochen wird.

Es wird deutlich, welche Position das Sekretariat des UN-Generalsekretärs in der Immigrationsfrage vertritt. Unter dem Vorwand der Menschenrechte und der (unvermeidbaren) Globalisierung wird eine Massenimmigration befördert, die auf den Bevölkerungsaustausch von bisher unbekannter Dimension in den westlichen Industriestaaten gerichtet ist und dabei die Herbeiführung ethnischer, religiöser und kultureller Konflikte und letztlich die Auflösung der Nationalstaaten zumindest in Kauf nimmt. Damit würde sich die UNO von ihrem Gründungsauftrag weit entfernen, nämlich der Verpflichtung zur Friedenssicherung und zur Achtung der Souveränität ihrer Mitgliedstaaten.

Es kann davon ausgegangen werden, daß beispielsweise die ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates USA, Rußland und China wie auch einige europäische Staaten sich einem solchen Vertrag nicht anschließen werden.<<

Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 18 berichtete am 31. Juli 2018: >>>**Der souveräne Staat ist unverzichtbar - besonders in einer globalisierten Wirtschaft**

von Dr. jur. Marianne Wüthrich

Mit dem Begriff "Nationalstaat" tun sich manche Zeitgenossen schwer: Das Festhalten am eigenen Staat in einer "globalisierten", entgrenzten Welt wird heute zuweilen mit Engstirnigkeit, Abschottung nach außen bis hin zur Ablehnung anderer Nationen und Kulturen verknüpft. Eine solche negative Besetzung des Begriffs wird jedoch der tatsächlichen Bedeutung des Nationalstaates in keiner Weise gerecht. Wir können ihn übrigens auch "souveräner Staat" nennen, dann wird die Abneigung gewisser Kreise dagegen klarer durchschaubar.

Einem Kleinstaat wie der Schweiz zum Beispiel, dessen Bevölkerung mit starken direktdemokratischen Instrumenten an der Souveränität, der größtmöglichen außenpolitischen Unabhängigkeit und der optimalen Freiheit der Bürger festhält, können Großmächte wie die USA und die EU nur schwer ihre Machtpolitik beziehungsweise die Interessenpolitik ihrer Konzerne aufzwingen.

Peinlich wird es, wenn Schweizer Politiker, Rechtsprofessoren, Diplomaten und Think tanks die Souveränität des eigenen Landes in einer "globalisierten Welt" für obsolet erklären, also den Ast, auf dem auch sie komfortabel sitzen, absägen wollen.

Um so erfreulicher ist es, daß vermehrt auch andere Stimmen zu hören sind, die dem souverä-

nen Nationalstaat gerade in der heutigen Zeit besondere Bedeutung zumessen, so der Schweizer Sozialwissenschaftler und Publizist Beat Kappeler und der Harvard-Ökonomeprofessor Dani Rodrik im *Schweizer Monat* vom März 2018, die aus ganz unterschiedlichen Blickwinkeln zu sehr ähnlichen Resultaten kommen.

"Die Freiheit der Bürger und auch ihr Wohlstand nehmen mit Dezentralisierung, mit Kleinstaaten überproportional zu. Das ist ebenso historisch belegter und erfahrener Fakt, wie daß der Wettbewerb verschiedenster nationaler Lösungen den Fortschritt brachte. Die Union des 'immer engeren Zusammenschlusses' in Europa als unterstellter Ausdruck des alten Spins (EU als Friedensprojekt) ist ein Mißbrauch. Sie beseitigt zudem den Wettbewerb der Lösungen, also den Fortschritt." (Beat Kappeler)

"Die Freiheit und der Fortschritt hängen an der Ordnung des Nationalstaats"

Beat Kappeler definiert den Staat als "Regelbindung einer Einwohnerschaft durch Geschichte und Willen, auf umgrenztem Territorium". Dies entspricht den drei klassischen Elementen Staatsvolk, Staatsgebiet, Staatsgewalt als Voraussetzungen des Staates: Eine Bevölkerung, die auf einem Territorium mit festen Grenzen lebt und sich - im Falle der Schweiz jedenfalls - "durch Geschichte und Willen" (oder einen "Gesellschaftsvertrag", wie Jean-Jacques Rousseau es nannte) einer Staatsgewalt unterstellt, deren oberste Kontrolle im demokratischen Staat das Volk selbst, der Souverän ausübt.

Die Notwendigkeit des Nationalstaates erklärt Kappeler so: "Der Nationalstaat ist Garant der Grundrechte, der Durchsetzung vor Gerichten, der Rechtssetzung sowie der Renten, der Organisation des Territoriums, der Sozialpolitik, der Bildung, der Infrastrukturen und deren Versorgung und Entsorgung."

Vordringlichste Aufgabe des Staates ist demnach der Schutz der rechtlichen und sozialen Sicherheit seiner Bevölkerung - und nicht etwa der Interessen ausländischer Mächte und Konzerne. Der souveräne Rechtsstaat entscheidet im weiteren selbst, welche Verträge er mit anderen Staaten abschließen will: "Er (der Nationalstaat) leistet, was keine übernationale Organisation zu leisten vermag. Übernationaler Regelungen bedarf es nur dann, wenn der eine souveräne Staat auf andere Nationen einwirkt."

Warum der Kleinstaat Schweiz einem Großgebilde wie der EU überlegen ist

"Die Freiheit der Bürger und auch ihr Wohlstand nehmen mit Dezentralisierung, mit Kleinstaaten überproportional zu. Das ist ebenso historisch belegter und erfahrener Fakt, wie daß der Wettbewerb verschiedenster nationaler Lösungen den Fortschritt brachte. Die Union des 'immer engeren Zusammenschlusses' in Europa als unterstellter Ausdruck des alten Spins (EU als Friedensprojekt) ist ein Mißbrauch.

Sie beseitigt zudem den Wettbewerb der Lösungen, also den Fortschritt. Zu einem gedeihlichen Zusammenleben gehört nach Kappeler auch die "Solidarität" der Bürger, womit nicht eine "wohlfahrtsstaatliche Rundumversorgung" gemeint sein darf, sondern, daß "jeder nach seinen Kräften beizutragen hat, und nicht, daß einige nur beziehen, andere nur bezahlen".

Auch das so verstandene Solidaritätsprinzip funktioniert im kleinräumigen Gemeinwesen, insbesondere in den Gemeinden, weit gerechter und kontrollierter als beim Verteilen mit der großen Kelle aus Milliarden-Fonds in Brüssel. Aber auch in der Schweiz muß zum Beispiel die Berechtigung zum Bezug sozialer Leistungen wie Invalidenrenten oder Arbeitslosengelder zunehmend strenger kontrolliert werden, um Mißbräuche auf Kosten der Steuer- und Versicherungsprämienzahler möglichst zu verhindern. In einem zentralistischen Großstaat oder einem bürokratischen Koloß wie der EU ist dies kaum möglich.

Der wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Fortschritt hängt eng mit dem Nationalstaat zusammen

Besonders erfreulich ist die klare Stellungnahme von Dani Rodrik in derselben Ausgabe des *Schweizer Monat* - für einen Ökonomeprofessor an der Harvard University und der London

School of Economics and Political Science keine Selbstverständlichkeit. Er vertritt die überzeugende Meinung, daß der Nationalstaat gerade in einer globalen kapitalistischen Wirtschaftswelt unverzichtbar ist. Er werde zwar "innerhalb der Intelligenzija ... mehrheitlich als untauglich abgetan - moralisch irrelevant, ja reaktionär -, den Herausforderungen einer globalisierten Welt zu begegnen".

Dies ist für Dani Rodrik ein fataler Fehler: "Eine solide begründete Verteidigung des Nationalstaates würde mit der Annahme beginnen, daß Märkte Regeln brauchen. ... Alles, was über einen einfachen Austausch zwischen Nachbarn hinausgeht, braucht Investitionen in Transport, Kommunikation und Logistik, braucht Durchsetzung von Verträgen, Bereitstellung von Informationen und Vorkehrungen gegen Betrug, braucht ein stabiles und verlässliches Tauschmittel, braucht Arrangements für eine sozialkonforme Verteilung der Erträge und vieles mehr."

Märkte benötigen nach Rodrik auch Institutionen, welche "kritische Funktionen hinsichtlich Regulierung, Umverteilung, monetärer und fiskaler Stabilität und Konfliktregelung erfüllen. Diese Aufgaben wurden bislang im wesentlichen von Nationalstaaten getragen".

Wenn diese Anforderungen durch die einzelnen souveränen Staaten nicht erfüllt werden oder nicht durchgesetzt werden können, kann dies, wie wir wissen, schreckliche Folgen für die Bevölkerung haben, und lokale Unternehmen können nicht überleben, weil es nicht möglich ist, ohne ein Mindestmaß an Rechtssicherheit zu wirtschaften.

"Wo Nationalstaaten scheitern, sind wirtschaftliche Einbrüche und Bürgerkriege die Folge"

Wenn wir diesen Gedanken Rodriks weiterspinnen, heißt das umgekehrt: Großmächte, die vorsätzlich gut funktionierende Staatswesen mit Kriegen und Chaos überziehen, haben nicht einen prosperierenden internationalen Handel von gleich zu gleich zum Ziel, sondern verfolgen andere Interessen (Rüstungs- und Drogenhandel, Zugang zu begehrten Ressourcen, Land grabbing usw.).

Auf dem Territorium von Staaten, deren Regierungen, Parlamente und Gerichte durch paramilitärische Banden und Warlords geschwächt sind und ihr Recht nicht durchsetzen können, besteht viel Raum für ausländische Mächte und Konzerne, um sich im Widerspruch zu Landes- und Völkerrecht und in Mißachtung der grundlegendsten Menschenrechte selbst zu bedienen. Wirtschaftliche Unternehmen dagegen, die von Land zu Land und von Kontinent zu Kontinent ehrlichen Handel betreiben wollen, sind auf starke Rechtsstaaten angewiesen.

"Mangelnde Wertschätzung des Nationalstaates führt in eine Sackgasse. Wir skalieren Märkte bis über eine Größe hinaus, die noch kontrolliert werden kann; wir stellen globale Regeln auf, die der tatsächlichen Vielfalt an Bedürfnissen und Vorlieben spotten; wir schwächen die Nationalstaaten, ohne etwas an ihre Stelle zu setzen. Die tiefere Ursache für die vernachlässigten Ungerechtigkeiten der Globalisierung sowie für die Gesundheitsprobleme unserer Demokratien liegt in der Verkennung der Tatsache, daß Nationalstaaten das Fundament der kapitalistischen Ordnung bilden." (Dani Rodrik)

Vorteile einer uneinigen Weltgemeinschaft

Professor Dani Rodrik weist darauf hin, daß die einzelnen Nationalstaaten nicht nur die Regulierung der Finanzmärkte und des Handels verschieden angehen, sondern auch die Herstellung wichtiger sozialer Kompromisse: "Die Welt ist sich nicht einig, wie Gleichheit und Chancen gegen einander abzuwägen sind, Volksgesundheit und Umweltrisiken gegen technologische Neuerung, Stabilität gegen Dynamik, Profite gegen gesellschaftliche und kulturelle Werte." Eine uneinige Weltgemeinschaft "ermöglicht Experimente und Wettbewerb zwischen unterschiedlichen institutionellen Konzepten sowie gegenseitiges Lernen".

Hier denkt der Leser unwillkürlich an die grundlegenden Unterschiede zwischen dem direktdemokratischen, föderalistischen Kleinstaat Schweiz und der zentralistisch geregelten und

autoritär geführten EU. Im Wettbewerb der institutionellen Konzepte schneidet die Schweiz praktisch auf jedem Gebiet besser ab, zum Beispiel bei der Staatsverschuldung oder den Arbeitslosenquoten und ganz besonders in bezug auf die Zufriedenheit der Bevölkerung auf Grund ihrer starken Mitentscheidungsrechte.

Mangelnde Wertschätzung des Nationalstaates führt in eine Sackgasse

Schließlich kritisiert Rodrik die Kreise, welche Kritik an internationalen Handelsabkommen damit abtun, die Kritiker seien zu wenig weltoffen, um sich einer offenen Diskussion zu stellen: "Sich (aber) hinter Weltoffenheit zu verschanzen, ist nur ein schwacher Ersatz dafür, politische Debatten auf der Sachebene für sich zu entscheiden." Sein Fazit: "Mangelnde Wertschätzung des Nationalstaates führt in eine Sackgasse.

Wir skalieren Märkte bis über eine Größe hinaus, die noch kontrolliert werden kann; wir stellen globale Regeln auf, die der tatsächlichen Vielfalt an Bedürfnissen und Vorlieben spotten; wir schwächen die Nationalstaaten, ohne etwas an ihre Stelle zu setzen. Die tiefere Ursache für die vernachlässigten Ungerechtigkeiten der Globalisierung sowie für die Gesundheitsprobleme unserer Demokratien liegt in der Verkenning der Tatsache, daß Nationalstaaten das Fundament der kapitalistischen Ordnung bilden." ...

Verbundenheit mit dem eigenen Land

Der souveräne Staat - besonders in der direkten Demokratie - lebt durch die aktive Beteiligung von uns Bürgern. Unsere Jugend an diese verantwortungsvolle und schöne Aufgabe heranzuführen, ist Sache von uns Erwachsenen, den Eltern und Lehrern. ...

Gleichberechtigte souveräne Staaten als Grundlage für eine friedliche Welt

Die größte, ja, für die Menschheit überlebenswichtige Aufgabe der souveränen Staaten ist ihr Beitrag zum Frieden in der Welt. Jeder Staat ist durch die Uno-Charta dazu verpflichtet, auch gegen außen Ordnung zu halten, sich gegen Übergriffe anderer Staaten zu verteidigen, Angriffe gegen diese zu unterlassen und sich auch nicht ungebeten in deren innere Angelegenheiten einzumischen.

Auftrag der Uno ist es, alle notwendigen und möglichen Schritte zur Erhaltung des Friedens einzuleiten und zu begleiten. Dazu wäre allerdings die in der Charta festgelegte Behandlung aller souveränen Staaten als gleichberechtigte Glieder der Weltgemeinschaft unverzichtbare Voraussetzung.

Dem steht heute der fundamentale Fehler im System der Vereinten Nationen im Wege: die Sonderstellung der fünf Vetostaaten. Die Großmächte China, Frankreich, Großbritannien, Rußland und die USA können mit diesem Instrument zum einen völkerrechtswidrige Angriffskriege absegnen und zum anderen die Verurteilung von ihnen nahestehenden Aggressorstaaten verhindern, weil das Uno-System ihnen keine Verpflichtung zur Stimmenthaltung auferlegt.

Nur eine fundamentale Revision des Uno-Systems kann diese ... Ungleichbehandlung der Staaten beheben. Zur Förderung des Friedens und damit zum Wohle aller Völker muß eine gerechtere Weltordnung angedacht und überall diskutiert werden.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Juli 2018 im COMPACT-Spezial Nr. 18 (x322/26-28): >>**Halb Afrika will nach Europa**

_ von Martin Müller-Mertens und Jürgen Elsässer

110 Millionen haben konkrete Reisepläne, rund 900.000 warten bereits in Libyen auf die Überfahrt übers Mittelmeer. Die Geburtenexplosion in den Ländern südlich der Sahara ist der Treibstoff der Migration - und die offenen Grenzen auf dem alten Kontinent wirken als Einladung.

Neueste Umfragen in afrikanischen Ländern zeigen, daß bis zu zwei Drittel der Einwohner auswandern wollen. Dabei sind nicht allein Not und Terror ein Antrieb, sondern oft Verwandte und Freunde, die schon in Europa sind", faßte die Welt Mitte März 2018 zusammen. In den

Vorjahren kamen die Flüchtlinge vor allem über Italien in die EU. Seit in Rom mit dem Lega-Politiker Matteo Salvini ein Asylkritiker das Innenministerium führt, der den Schlepperschiffen das Einlaufen in die Häfen des Landes verboten hat, haben die Organisatoren der Völkerwanderung eine neue Route gefunden: Nun geht die Überfahrt vorzugsweise von Marokko aus an die spanische Küste.

Mitte Juni 2018 kamen an zwei Tagen über 1.100 Afrikaner in Schlauchbooten über die Meerenge von Gibraltar - das hatte es nie zuvor auf der iberischen Halbinsel gegeben. Die Schleuser sind politisch offensichtlich gut informiert: Sie wußten, daß etwa zeitgleich zum Amtsantritt der italienischen Rechtsregierung in Spanien die Konservativen von den Schalthebeln der Macht vertrieben wurden und seither ein sozialistisches Kabinett die Geschicke des Landes lenkt, das es mit dem Grenzschutz nicht so genau nimmt.

Der neue Premier Pedro Sanchez hat bereits angekündigt, den NATO-Stacheldraht auf dem meterhohen Grenzzaun der Exklaven Ceuta und Melilla abbauen zu wollen. So könnten die Migranten künftig ganz ohne gefährliche Überfahrt bereits auf dem afrikanischen Kontinent ein Zipfelchen EU-Territorium erreichen und hätten damit das Recht auf Weitertransport auf das europäische Festland.

Das Heer der Millionen

Laut Angaben von Eurostat, der Statistikagentur der EU, beantragten zwischen 2014 und 2017 beinahe eine Million Bewohner der Länder südlich der Sahara Asyl in Europa. Doch das ist erst der Anfang. "In Libyen halten sich derzeit 900.000 Migranten auf. Der Anteil derjenigen, die gegenwärtig nach Europa wollen und auch die Mittel dazu haben, wird auf 200.000 geschätzt", zitierte die Wiener Kronen-Zeitung im September 2016 aus einem vertraulichen Bericht des österreichischen Geheimdienstes Heeres-Nachrichtenamt. Diese Zahl könnte jedoch zu niedrig angesetzt sein: Als andere Medien im April 2016 über eine ähnliche Prognose der Wiener Militäranalysten berichteten, widersprach der damalige Innenminister Thomas de Maizière (CDU): "Ich halte sie für zu niedrig."

Bereits jetzt haben sich zwischen 300.000 und 400.000 Menschen sowohl aus Nigeria als auch aus Südafrika, dazu 270.000 Menschen aus dem Senegal, 250.000 aus Ghana und 180.000 aus Kenia in Europa angesiedelt. Diese wollen jetzt ihre Angehörigen und Freunde nachholen. Eine Studie des renommierten amerikanischen Pew Research Center vom Frühjahr 2018 ermittelte durch Befragungen vor Ort folgende Zahlen: Zwei Drittel der Ghanaer und Nigerianer sowie etwa die Hälfte der Kenianer, Senegalesen und Südafrikaner wollen am liebsten emigrieren, vor allem in die USA oder nach Europa.

Im Jahre 2012 prognostizierte der inzwischen verstorbene Gründer der Organisation Cap Anamur, Rupert Neudeck, daß "18 Millionen" auf "den gelobten Kontinent Europa" strömen werden. Doch das dürfte noch untertrieben gewesen sein: In den Ländern südlich der Sahara leben derzeit 1,1 Milliarden Menschen. Wenn auch nur zehn Prozent sich auf den Weg machen, wären das 110 Millionen.

Afrika explodiert

"950 Millionen Menschen wollen 2050 aus Afrika sowie aus den nichtafrikanischen Araberländern entkommen", errechnete Gunnar Heinsohn im Juni 2015. Der Demographie-Forscher - er arbeitet auch für die staatliche Bundesakademie für Sicherheitspolitik und das NATO Defense College in Rom - hält die Biologie und nicht die Religion (also den Islam) für den Grund der afrikanischen Expansion nach Europa:

Der hohe Geburtenüberschuß treibe alle, die im eigenen Land keine Aufstiegsmöglichkeiten haben, übers Mittelmeer. Daß sich zu 90 Prozent Männer und kaum Frauen in Bewegung setzen, dürfte allerdings durchaus mit dem Islam (und Stammesmentalitäten) zu tun haben: Das weibliche Geschlecht gilt in diesen Kulturen wenig, der Drang zur Selbstverwirklichung wird ihm von Kindesbeinen an abtrainiert.

Tatsächlich ist das Bevölkerungswachstum in Afrika fast drei Mal höher als im Rest der Welt, schneller auch als in den arabischen Ländern. Nach einer Studie der Vereinten Nationen von 2015 wird die Zahl der Menschen auf der Erde bis zum Jahr 2050 auf 9,6 Milliarden ansteigen. Von den 31 Ländern mit der höchsten Geburtenrate liegen 29 südlich der Sahara.

Bis zum Jahr 2050 wird sich die afrikanische Bevölkerung mehr als verdoppeln - von heute 1,1 Milliarden auf 2,4 Milliarden. Zur Jahrhundertwende werden es sogar 4,2 Milliarden sein - und damit mehr als vier Mal so viel wie heute. Im weltweiten Durchschnitt bringt jede Frau heutzutage 2,5 Kinder zur Welt - nur noch halb so viele wie Anfang der 1950er Jahre. Die große Ausnahme ist Afrika. Dort entbindet jede Frau durchschnittlich 4,7 Kinder. ...<<

Der deutsche AfD-Politiker Alexander Gauland berichtete am 6. Oktober 2018 in der "FAZ" über die Dominanz der Internationalisten (x335/10): >>... Diese globalisierte Klasse sitzt in den international agierenden Unternehmen, in Organisationen wie der UN, in den Medien, Startups, Universitäten, NGOs, Stiftungen, in den Parteien und ihren Apparaten, und weil sie die Informationen kontrolliert, gibt sie kulturell und politisch den Takt vor.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 5. November 2018 (x887/...): >>**Legalisierung der Masseneinwanderung**

Unterzeichnung des "Globalen Pakts für eine sichere, geordnete und reguläre Migration" am 10. Dezember

Am 10. Dezember werden die Vertreter von rund 190 Staaten der Welt, also fast aller, im marokkanischen Marrakesch ein Dokument unterzeichnen, das den Titel trägt: "Globaler Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration".

Daß unter den Staaten, die ihre Zustimmung bereits bekundet haben, auch Deutschland zu finden ist, kann nicht verwundern.

Schließlich darf sich Kanzlerin Angela Merkel schmeicheln, durch ihre Grenzöffnung für jedermann im Jahre 2015 die Blaupause für den Pakt der UN geliefert zu haben. Was Merkel vor drei Jahren gegen deutsches Recht und Gesetz gemacht hat, soll nun rückwirkend durch UN-Beschluß die Weihen der Rechtllichkeit erhalten. Man darf getrost unterstellen, daß damals die deutsche Grenzöffnung in der Führungsetage der UN mit Wohlgefallen, aber wahrscheinlich ohne große Überraschung beobachtet worden ist. Sie war Merkels persönlicher Beitrag zur Globalisierung, und daß nun darauf die Dokumentierung von Marrakesch folgt, darf man in engem Zusammenhang und nicht als Zufall sehen.

Ein Unterschied zwischen 2015 und dem 10. Dezember 2018 allerdings ist vorhanden. Während die damalige Grenzöffnung als spontane, philanthropische Entscheidung der Kanzlerin dargestellt wurde, trägt der Pakt der UN alle Kennzeichen einer durchdachten Strategie. Das beginnt mit dem Titel des Werks. Da ist die Rede von einer "sicheren, geordneten und regulären Migration". Das heißt nichts anderes, als daß allen Immigranten die Schwierigkeiten und Fährnisse, die ihnen begegnen könnten, aus dem Weg geräumt werden, daß dafür ein System eingerichtet wird, daß für die versprochene Ordnung sorgt, und daß ein Recht auf Immigration gesetzt wird.

Tatsächlich beruft sich der Pakt bereits in der Präambel auf die Menschenrechte sowie eine Vielzahl weiterer internationaler Abkommen, zum Teil solcher, die mit dem Problem gar nichts zu tun haben, wobei den Ansprüchen von Immigranten das Gewicht eines Grundrechts zugesprochen wird. Dazu wird allen Immigranten, das heißt also jedem, der in ein fremdes Land zuwandern will, das Recht der Aufnahme eingeräumt, einschließlich des Zugangs zu den sozialen Einrichtungen des betreffenden Landes. Die Unterzeichnerstaaten verpflichten sich, auf jede Kontrolle zu verzichten.

Beschrieben wird das wörtlich: "Der Global Compact basiert auf internationalen Menschenrechtsnormen und unterstützt die Prinzipien der Nicht-Regression (Nicht-Zurückweisung) und Nichtdiskriminierung. Mit der Implementierung des Global Compact haben wir die Gewähr-

leistung der wirksamen Beachtung des Schutzes und der Erfüllung der Menschenrechte aller Migranten, unabhängig von ihrem Status, in allen Phasen des Migrationszyklus."

Der unscheinbare Einschub "unabhängig von ihrem Status" bedeutet nichts anderes, als daß auch Wirtschaftsflüchtlinge der Vorteile von politisch Verfolgten, die Asylrecht beanspruchen können, teilhaft werden. Wer keine Dokumente vorweisen kann, erhält neue. Die Staaten werden des Rechts beraubt, ihre Grenzen zu sichern. Damit ist ein wesentlicher Schritt zur Aufhebung der Souveränität der Staaten getan.

Die Autoren des Textes bezeichnen die globale Migration als "Quelle von Wohlstand, Innovation und nachhaltiger Entwicklung". Tatsächlich dürfte diese Regelung dazu führen, daß aus den ärmeren Ländern der Welt so lange Wirtschaftsflüchtlinge in die reicheren ziehen, bis sich der Unterschied ausgeglichen hat, das heißt konkret, bis in Europa solche Zustände herrschen wie heute in den meisten Ländern Afrikas und somit der Anreiz zur Immigration wegfällt. Vorerst aber werden nach dem UN-Pakt Immigranten aller Art als besonders schützenswerte Personengruppe betrachtet.

Diese Auffassung scheint in zwei der klassischen Einwanderungsländer auf grundsätzlichen Widerstand zu stoßen, in den USA und Australien. Sie haben bereits bekundet, daß sie dem Pakt nicht beitreten werden. Auch Ungarn hat angekündigt, seine Unterschrift zu verweigern. In Österreich, Polen und Dänemark ist noch keine Entscheidung gefallen. Daß Widerspruch in Industrieländern und nur in solchen laut wird, bestärkt die Befürchtung, daß diese durch den Pakt Ziel regelloser Ausbeutung werden sollen.

Um aber zu verhindern, daß noch weitere Abweichler auftauchen, erklären die Autoren, daß der Pakt rechtlich nicht bindend sei. Das allerdings ist äußerst zweifelhaft, nicht nur wegen der wiederholten Formulierung "wir verpflichten uns ..."

Vor allem der Konnex (Zusammenhang) mit den Allgemeinen Menschenrechten stellt eine Bindungswirkung her, der einen Verstoß gegen den angeblich unverbindlichen Pakt mit einem Bruch der Menschenrechte gleichsetzt. Jedenfalls wird sich kaum ein Land der Gefahr aussetzen wollen, vor den anderen als Unhold dazustehen. Es ist ja gerade diese Furcht, die viele dazu bewegt, überhaupt ihre Zustimmung zu dem Pakt zu geben. Daß die vielen Länder, die unter dem Wohlstandsdurchschnitt der Welt leben, den Pakt befürworten, liegt auf der Hand. Für sie, respektive manche ihrer Bürger, ist er nur von Vorteil, wenigstens vordergründig.

Durch Überbeanspruchung büßt nämlich jedes Sozialsystem seine Leistungsfähigkeit ein, wie das Beispiel Schweden zeigt, wo man lange gemeint hat, Ideologie sei stärker als die Wirklichkeit. Nun hat die Zuwanderung die Schweden von diesem Irrtum geheilt, und auch noch von einem zweiten, nämlich daß man Probleme wie die Zuwanderung allein mit Geld bewältigen könne. Dabei ist langfristig die Belastung durch kulturelle Verwerfungen erheblich größer als wirtschaftliche Schwierigkeiten. Nicht zuletzt die Entwicklung der Kriminalität zeigt das.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 10. November 2018 (x887/...): >>Mist, aufgefliegen

Wie die Ösis Berlins Pläne durchkreuzen, warum Ausländer Rassisten sind, und wieso wir den Italienern eins überziehen müssen

Der satirische Wochenrückblick mit Hans Heckel

Das ist wirklich ärgerlich. Geplant war, den "Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration" still und heimlich unterm Radar der öffentlichen Aufmerksamkeit ins Ziel zu schmuggeln. Bloß keine Debatte! Die könnte ja Fragen aufwerfen, die man nur ausweichend beantworten kann, um die Katze im Sack zu behalten.

Nun liegt dieser gerissene Plan in Trümmern. Es waren, wen darf das noch wundern, mal wieder diese verschlagenen Österreicher. Die haben den Stöpsel gezogen und eine Flut

unangenehmer Fragen in die deutsche Öffentlichkeit gespült.

Zuvor hatten sich zwar schon die USA und Australien von dem "Migrationspakt" losgesagt, der am 10. Dezember im marokkanischen Marrakesch unterzeichnet werden soll. Es folgte Ungarn, und auch in Polen, Tschechien Dänemark, Kroatien, Slowenien und der Schweiz wachsen die Bedenken. Aber wer sind die schon? Alles Rechtspopulisten!

Österreich ist komplizierter - zwar auch irgendwie rechtspopulistisch, aber Sebastian Kurz, der Kanzler in Wien, gilt immer noch als Schwesterpartei der deutschen CDU/CSU, was Ungarns Viktor Orbán höchstens der Form nach noch ist.

Erst als Kurz den Pakt absagte, wurde Berlin wirklich nervös. Dieser Tage wurde es sogar ersten CDU-Politikern zu heiß. CDU-Innenexperte Marian Wendt will, daß die Bundesregierung den Pakt nicht unterzeichnet. Er fordert statt dessen eine "sachliche Debatte". Eine sachliche Debatte, mal ganz was Neues. Für diesen gewagten Vorstoß bringt er immerhin die beste aller Begründungen vor: Weil sonst die Rechtspopulisten den Ton in der Debatte vorgeben. Soll wohl heißen: Wenn die "Rechten" die Angelegenheit nicht öffentlich gemacht hätten, würde man natürlich kein Wort darüber verlieren.

Das Außenamt unter Heiko Maas will gegen "Falschbehauptungen" über den Pakt ins Feld ziehen. Eine solche Falschbehauptung sei, daß der Vertrag zu irgendwas verpflichte. Nun ja, pingelige Textauswerter haben den Text untersucht und 87 Mal die Wörter "verpflichten" oder "Verpflichtung" aufgestöbert. Was Heiko Maas noch lange nicht dazu verpflichtet, irgendwelche Verpflichtungen zuzugeben. Und im Grunde hat er sogar recht. Der UN-Migrationspakt ist mehr so eine Art Rutschbahn, auf der die Staaten Europas und Nordamerikas ganz langsam in die besagte Verpflichtung zur massenhaften Aufnahme von wem auch immer ganz langsam hineinschlittern sollen.

Was ist das große Ziel? Das hat der verstorbene frühere UN-Migrationsbeauftragte Peter Sutherland schon vor Jahren ausgeplaudert: Die nationalen Kulturen Europas sollen überwunden, also quasi ausgehöhlt und eingeebnet werden (die PAZ berichtete). Da das nicht alle gern hören, hat man die Schleichweg-Route mit dem Migrationspakt gewählt.

Entscheidend wird sein, die "sachliche Debatte" von kritischen Einwänden freizuhalten. Da sind wir auf einem guten Weg. Laut dem Gutachten des Staatsrechtlers Dietrich Murswiek für die AfD kann schon die Verwendung des Wortes "Überfremdung" dazu führen, daß einem verfassungsfeindliche Bestrebungen untergejubelt werden. Seien Sie also bloß vorsichtig, was sie laut denken, wenn Sie auf dem Marsch durch Ihren Stadtteil selbst nach 300 Metern noch kein einziges deutsches Wort gehört haben.

Murswiek ist bewußt übervorsichtig. Könnte also durchaus passieren, daß "Überfremdung" doch noch durchgeht. Wenn dem so ist, muß das aber nicht so bleiben. Verfassungsschutz-Chef Hans-Georg Maaßen ist ja nun endlich weg. Hoffen wir, daß jemand auf seinen Posten kommt, der die gebotene Strenge im Umgang mit abweichenden Einschätzungen der Lage aufbringt. Dann ist jedenfalls Schluß mit dem "Überfremdungs-Gerede", dann gibt's nur noch Bereicherung, Buntheit und Vielfalt. Oder die ewige Verdammnis.

Es könnte alles ganz herrlich werden nach der endgültigen Austilgung der Falschdenker. Leider lassen unsere schlimmsten Feinde im Kampf gegen den allgegenwärtigen Rassismus einfach nicht locker. Wer diese Feinde sind, wissen wir ja: die Ausländer!

Ob Amis oder Ungarn, Polen oder Tschechen, Russen oder Italiener, Kroaten oder Dänen - wo's undeutsch zugeht, tanzen sie aus der Multikulti-Reihe. Wann sehen diese widerpenstigen Völkchen endlich ein, daß nur wir recht haben und sie uns gefälligst folgen müssen?

Von ihrem schändlichen Kurs lassen sie sich nicht einmal von den frommen Aktivitäten der weltumspannenden Nichtregierungsorganisationen zur Förderung der Massenwanderung abbringen. In Mittelamerika begleitet die Gruppierung "Pueblo sin Fronteras" (PSF) recht

eifrig die sogenannte "Karawane" von Emigranten, die durch Mexiko Richtung USA unterwegs ist. PSF bestreitet mit Inbrunst, von Stiftungen des US-Milliardärs George Soros unterstützt zu werden.

Soros ist Unterstützer der Demokraten und es ist doch ein günstiger Zufall, daß die "Karawane" pünktlich zu den US-Kongreßwahlen in die Schlagzeilen ploppte. Das mußte US-Präsident Trump und seine Republikaner wegen ihrer Grenzkontroll-Politik ja notwendigerweise wie Unmenschen aussehen lassen. Selbstverständlich wurden auch die US-Medien mit jenen Bildern armer Emigrantenkinder überschwemmt, welche wir Deutsche noch von 2015 kennen.

Doch irgendwas ist schiefgegangen. Viele Amis haben ganz anders reagiert als erhofft. Natürlich hatten sie Mitleid mit den Leuten da unten. Dennoch waren viel zu viele US-Bürger froh, daß sie Grenzkontrollen haben, deren Sinn ihnen angesichts des Massenzuges wieder sichtbar wurde. So war das nicht gedacht, eine klassische propagandistische Fehlzündung. PSF ringt um den Eindruck, nur humanitär unterwegs zu sein und keinen politisch-ideologischen Stoßtrupp darzustellen, wie die Trumpisten behaupten.

Der Name der PSF lautet ins Deutsche übersetzt indes "Volk ohne Grenzen", was schon heftig auf Weltanschauung (nach dem Motto: Alle Grenzen abschaffen, "no borders, no nations", "Kein Mensch ist illegal" und so weiter) schließen läßt. Waren die armen Leute, die da auf Wanderung gegangen sind, angelocktes Kanonenfutter für eine politische Wahlkampf-Kampagne?

Pfui! Damit so etwas nicht einmal gedacht werden kann, muß der Kampf gegen "Haßreden" noch sehr viel schärfer geführt werden. Nur, was nützt unsere deutsche Standfestigkeit, wenn die Ausländer da draußen immer frecher aus der Reihe tanzen?

So fangen die Italiener (ja, die schon wieder) an, ernsthaft Probleme zu machen. Die haben offenbar die Nase voll vom Euro-Diktat, sie wollen nicht einsehen, daß Massenarbeitslosigkeit, eine in weiten Teilen verwüstete Industrie und unerfüllbare Auflagen nur beweisen, wie sehr die einfachen Italiener von der Gemeinschaftswährung profitiert haben. Statt dessen wächst in ihnen der populistische Ungeist empor, daß eine eigene Währung, die man notfalls abwerten kann, sie flexibler machen würde im Wettbewerb auf dem Weltmarkt.

Aus Rom dringt nunmehr die düstere Kunde, daß sich das Land darauf vorbereite, eine Art nationale Zweitwährung neben den Euro zu stellen. Die würde logischerweise dem Zweck dienen, den schrittweisen Totalausstieg aus dem "Jahrhundertprojekt" einzuleiten.

Da können wir nur hoffen, daß die Euro-Zone nach Ablauf des Ultimatums an Rom nächste Woche härteste Maßnahmen beschließt. Zum Glück haben wir mit Heiko Maas einen Außenminister, der schon als Justizminister gezeigt hat, daß er mit politischen Abwechslern keine Gnade kennt. Der sozialdemokratische Chefdiplomat der Bundesrepublik wird im Ringen mit Rom dafür sorgen, daß das Ansehen und die Beliebtheit Deutschlands völlig neue Höhen erklimmen.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 15. November 2018 (x887/...): >>Ist der GCP wirklich unverbindlich?

Warum der Globale Migrationspakt der UN in seinem Wirkungspotential nicht unterschätzt werden sollte

Während die Kritik an dem Globalen Migrationspakt der UN mit dem nahenden Unterzeichnungstermin am 11. Dezember ständig anschwillt und die Zahl der nicht unterzeichnungswilligen Staaten wächst, bemüht sich die Bundesregierung, beschwichtigend zu erklären, daß der Pakt kein völkerrechtlich verbindlicher Vertrag sei und auch nicht in die souveränen Rechte der Mitgliedstaaten eingreifen werde. Hat sie Recht?

Es gibt eine Reihe von äußeren Merkmalen, welche die Vermutung nahelegen könnten, daß der sogenannte Globale Pakt für sichere, geordnete und geregelte Migration (GCM, Global

Compact for Safe, Orderly and Regular Migration) künftig völkerrechtlich verbindlich sein wird. Dafür würde die Bezeichnung als Pakt ebenso sprechen wie die zahlreichen auf einen Vertrag hindeutenden Formulierungen mit detaillierten Verpflichtungserklärungen oder die wiederholte Berufung auf Menschenrechtsübereinkommen und die UN-Charta. Es geht jedoch weder um den Titel des Dokuments noch um einzelne Formulierungen.

Die entscheidende Frage ist aus völkerrechtlicher Sicht, ob die Teilnehmerstaaten die Absicht haben, mit diesem Dokument für sich eine völkerrechtliche Verbindlichkeit zu erzeugen. Das ist nicht der Fall, weil dies im Text ausdrücklich verneint wird. Dort heißt es in Paragraph 7, "der Globale Pakt stellt einen rechtlich nicht bindenden Kooperationsrahmen" dar. So wird dieser außerrechtlichen Abmachung nach ihrer Annahme durch die Staats- und Regierungschefs demnach keine völkerrechtliche Verbindlichkeit zukommen.

Das bedeutet vor allem, daß im Falle der Verletzung einzelner Regelungen keine völkerrechtlichen Sanktionen folgen und auch die Anrufung eines internationalen Gerichts nicht möglich ist. Man wird nur von einer politisch-moralischen Bindung sprechen können, die schwächer als die völkerrechtliche ist.

Und dennoch sind derartige Dokumente, die einstimmig oder von einer großen Mehrheit der Staatengemeinschaft auch ohne völkerrechtliche Verbindlichkeit angenommen worden sind, in ihrem Wirkungspotential nicht zu unterschätzen. Sie können - wie die internationale Praxis zeigt - auf verschiedenen Wegen eine Eigendynamik entwickeln, die nach einer gewissen Zeit in der völkerrechtlichen Verbindlichkeit mündet. Das gilt allerdings nicht für jene Staaten, die sich der Annahme oder Unterzeichnung widersetzt haben.

Die Bundesrepublik Deutschland würde sich also als Unterzeichnerstaat dieser Dynamik nur schwer entziehen können. Die möglichen Wege dorthin sind vielfältig. So könnte der Globale Pakt zunächst eine Vorstufe, also eine Art "Testlauf" sein, um bei positiver Resonanz als völkerrechtlicher Vertrag zur Unterzeichnung und Ratifikation aufgelegt zu werden. Beispielsweise wurde die Anti-Rassismus-Deklaration der UN von 1963 schon 1966 in die völkerrechtlich verbindliche Anti-Rassismus-Konvention überführt.

Ein anderer Weg wäre, daß der vorliegende Pakt nach einigen Jahren ganz oder in Teilen zu Völkergewohnheitsrecht wird, indem die Teilnehmerstaaten die darin enthaltenen Regelungen als Recht behandeln. Schließlich zeigt das Beispiel der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) von 1975, daß auch ein Dokument mit "nur" moralischer Verbindlichkeit eine außerordentlich hohe Bedeutung mit politischer Sprengkraft erlangen kann.

Der Pakt behandelt die Immigration als einen schicksalhaft unvermeidbaren Vorgang, zu dessen Regulierung (nicht Verhinderung) nur an einigen Stellschrauben zu drehen sei. In Wirklichkeit verlangt seine Umsetzung von den europäischen Zielstaaten letztlich den Verzicht auf wesentliche souveräne Rechte. Denn die massenhafte Aufnahme von Wirtschaftsimmigranten, die unter dem Vorwand des Asylbegehrens ins Land kommen und regelmäßig mangels Identitätsfeststellung nicht mehr zurückgeführt werden können, wird im Ergebnis auf einen Bevölkerungsaustausch hinauslaufen.

Entgegen der im Pakt enthaltenen Feststellung, Nutznießer der Immigration seien gleichermaßen die Ausgangs- und die Zielstaaten der Migration, sind die Rechte und Pflichten darin sehr ungleich zu Lasten der westlichen Industriestaaten verteilt.

Während die Zielstaaten des Nordens mit konkreten Pflichten überhäuft, beispielsweise dazu verpflichtet werden, den Immigranten erleichterten Zugang zu den sozialen Sicherungssystemen, zum Arbeitsmarkt sowie zu anderen nationalen Einrichtungen zu gewähren, werden die Mißstände, die in den Ausgangsstaaten die Ursachen für das Verlassen des Landes sind, wie die schlechte Regierungsführung (bad governance), die weitverbreitete Korruption oder das niedrige Bildungsniveau als Hauptgrund für die Bevölkerungsexplosion nicht ange-

sprochen und deren Beseitigung auch nicht angemahnt.

So sind die Ausgangsstaaten der Immigration per saldo die Gewinner des Pakts. Da sie zudem eine komfortable Zweidrittelstimmenmehrheit in der UN haben, dürften sie ein lebhaftes Interesse daran haben, kraft dieser Mehrheit bald auf die völkerrechtliche Verbindlichkeit hinzuwirken, um dann die Zielstaaten des Nordens im Falle der Nichteinhaltung mit rechtlichen Mitteln zur Verantwortung zu ziehen. Eine Überführung des vorliegenden Pakts in einen völkerrechtlichen Vertrag wäre ohne große Probleme möglich, weil der Wortlaut des Pakts schon jetzt alle notwendigen Ingredienzien einschließlich eines Überprüfungsverfahrens zur Umsetzung des Pakts enthält.

Die potentiellen Verliererstaaten des Nordens können sich dem nur durch Nichtteilnahme entziehen. Vermutlich aber wird Kanzlerin Angela Merkel die Unterzeichnung des Pakts in Marrakesch als "krönenden" Abschluß ihrer Laufbahn als "Flüchtlingskanzlerin" vornehmen. Daß infolgedessen in Deutschland nach etwa zwei Generationen Bedingungen herrschen können, die heute in den Ausgangsstaaten zum Verlassen des Landes führen, wird sie wohl kaum tangieren.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 20. November 2018:
>>**Nach dem Globalen Pakt für Migration legen die UN die nächste Schurkerei auf den Tisch**

_ von Iris N. Masson

Der heftig umstrittene Globale Pakt für Migration ist noch nicht ratifiziert, da liegt die nächste internationale Vereinbarung zu "Flüchtlingen" auf dem Tisch. Vor einer Woche zauberte der "Dritte Ausschuß der UN-Generalversammlung" in New York einen neuen Pakt aus dem Hut. Federführend ist hier wohl der Vertreter Pakistans, der Vorteile für sein Land herauschinden will. Schließlich zähle dieses zu den Hauptaufnahmeländern von "Flüchtlingen". Ergo sei die Last stärker zu verteilen.

Um genau darum geht's, und 176 Staaten haben bereits für diesen Entwurf gestimmt, der Mitte Dezember, also drei Tage nach Unterzeichnung des UN-Teufelspaktes in Marrakesch, von der UN-Generalversammlung offiziell angenommen werden soll. Einzig die USA wehren sich bislang - wie gehabt -, da auch dieses Abkommen mit ihren souveränen Interessen kollidiere. Der Global Pact for Migration, von dessen fatalem Inhalt bis vor kurzem in Deutschland weder Abgeordnete en detail, geschweige denn die Medien überhaupt Kenntnis hatten, ist längst - und Gott sei Dank - zum Politikum geworden.

Hätte die AfD keinen Antrag im Bundestag eingebracht, diese brisanten Punkte mit verheerenden Auswirkungen für Europa und insbesondere Deutschland zur Diskussion zu stellen, wäre er unter dem Radar und an der Bevölkerung vorbei still unterzeichnet worden. Wobei diese Gefahr noch längst nicht gebannt ist.

Und wieder sind es die Alternativen, die die zweite große Schurkerei der UN zu diesem Thema auf's Tapet bringen, aber leider noch nicht in den Bundestag. Wobei dieser kriminell genug sein dürfte, wie er bislang hinreichend unter Beweis gestellt hat, auch dieses Abkommen klammheimlich zu unterzeichnen - auch wenn es ebensolchen Konfliktstoff birgt wie der Migrationspakt.

Zwar hat man nunmehr die Katze aus dem Sack gelassen und spricht ganz unverhohlen von "Neuansiedlungsprogrammen" anstelle der rührseligen Nummer "Flüchtlingsschutz" und "Steuerung der Migration, um diese einzudämmen" - eine Bezeichnung, für die angebliche Verschwörungstheoretiker inzwischen heftig sanktioniert werden. Aber das macht's nicht besser; im Gegenteil. Das zweite Abkommen sieht unter dem Narrativ "komplementäre Wege", zu denen auch Stipendien, Studentenvisa und reguläre Arbeitsplatzbeschaffung (als Verstärkung der Konkurrenz um Lohndumping) zählen, die geballte Aufnahme von "Flüchtlingen" in Drittstaaten vor. Alles mal wieder nicht bindend? Nicht verpflichtend?

UN fordern Abnahme von "Flüchtlingen" aus Staaten, die bereits viele aufgenommen haben

Schauen wir mal: Das erste Schurkenstück, der Globale Migrationspakt, steht für einen angeblich sicheren, geordneten und regulären Zuzug von - offiziell - rund 258 Millionen Migranten, vor allem "Arbeitssuchenden". (Anstelle des Paktes könnte man aber auch den Trump machen ... oder besser noch die UN verpflichten, ein internationales Abkommen zur Regulierung der verheerenden Überbevölkerung durch radikale Geburtenkontrolle in arabischen Ländern und Afrika zu entwickeln, auch wenn die Afrikaner - Gloria Fürstin von Thurn und Taxis zufolge - "halt gern schnackseln").

Werfen wir nun einen Blick auf den zweiten UN-Pakt, den "Flüchtlings-Pakt": Hier ist die Rede von offiziell anerkannten "Flüchtlingen" und "politisch Verfolgten", für die hauptsächlich der Libanon etwa oder die Türkei die Last tragen. Er soll für mehr Ausgleich (sprich Abnahme der Migranten) sowie "konkrete und praktische Maßnahmen" sorgen.

Will heißen: Die sogenannte Staatengemeinschaft soll "Ressourcen und Sachverstand" (insbesondere der wäre angebracht) bereitstellen, um Aufnahmeländer dabei zu unterstützen, ihre Bildungs- und Gesundheitssysteme für "Flüchtlinge" sowie deren Unterbringungs- und Neuansiedlungsmöglichkeiten zu erweitern. Weiter steht in der 24-seitigen Vereinbarung: "Die Staaten erkennen an, daß Neuansiedlung ein konkreter Mechanismus zur Lasten- und Verantwortungsteilung ist." Es muß nicht hinterfragt werden, wer hierfür der auserkorene Kandidat ist... Ausdrücklich gefordert wird hier die Abnahme von "Flüchtlingen" aus Staaten, die bereits viele aufgenommen haben.

Und damit sich die Aufnahmeländer nicht um Nachschub sorgen müssen, hat sich das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen in seiner unendlichen Güte bereit erklärt, den "Schutzstatus" der Glücksritter vor Ort zu ermitteln und diese dann auf legalem Wege auf die Reise zu schicken. Erstmals ist endlich wörtlich von "Resettlement" (and Replacement) - nichts anderes als "UMVOLKUNG" - die Rede. Davor haben alternative Journalisten bereits vor Jahren gewarnt, als sie dieses völker- wie kulturvernichtende Pamphlet der UN noch persönlich übersetzen mußten.

Selbstredend besteht hier ebenso wenig wie beim Migrationspakt eine rechtliche Verpflichtung, wie sich das Auswärtige Amt beeilt zu versichern - zumal Deutschland als "sechstgrößtes Flüchtlingsaufnahmeland" und "zweitgrößter Geber" ohnehin "seinen Beitrag" leiste, "daß Bedürfnisse von 'Flüchtlingen' gedeckt werden können". Obwohl "der Pakt Konsequenzen für uns" hat, wie Steffen Angenendt von der Stiftung Wissenschaft und Politik gegenüber "Die Welt" einräumt, sei er dennoch im Interesse Deutschlands: "Es geht darum, die Standards für Flüchtlinge in den Nachbarländern anzuheben."

Da kann man dann natürlich schon mal die der eigenen Bevölkerung aus dem Blick verlieren, zumal hier Summen abgegriffen werden dürften, die sich auf den bereits laufenden Milliardenunterhalt für die mehr als zwei Millionen Versorgungssuchenden in Deutschland aufürmen und den Einheimischen nicht (mehr) zur Verfügung stehen werden.

Der Migrationsexperte Oliviero Angeli von der Technischen Universität Dresden allerdings befürchtet bei diesem zweiten Pakt eine kleine Schwäche: "Es ist nicht ganz klar, wer als Flüchtling betrachtet wird." Mit dieser Furcht steht er nicht allein da, denn diese Kompromißformel könnten arabische, afrikanische und Balkan-Staaten, die das Privileg der Arbeitnehmer-Freizügigkeit genießen, durchaus eigenwillig auslegen:

Ihren Männerüberschuß insbesondere aus den Haft- und Irrenanstalten etwa abzuschieben; spart jede Menge Geld. Und, wie sich bereits vielfach gezeigt hat: Es gibt auch "Flüchtlinge", die vor (justiziabel berechtigter) Inknastierung in ihrer Heimat fliehen - vorzugsweise nach Deutschland ... Und nach ihren Schandtaten einen auf "psychisch traumatisiert" machen.

...<<

Herbert Ludwig berichtete am 24. November 2018 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die UNO (x974/...): >>Weltmacht UNO: antidemokratische Rechtssetzung von oben

Die UNO schwingt sich immer mehr zur globalen Rechtssetzungsinstanz auf. Mittels Erklärungen und "unverbindlicher" Soft Law-Pakts werden individuelle Menschenrechte behauptet, welche sich schleichend als Völkergewohnheitsrecht etablieren. Dieses verdrängt dann das demokratische Recht der einzelnen Staaten insoweit, als es diesem "Völkerrecht" nicht entspricht. Mit dem Migrationspakt der UNO wird dies gerade wieder beispielhaft praktiziert. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, also letztlich das der einzelnen Menschen, wird damit insoweit als Grundlage demokratischer Gesellschaften zunehmend zugunsten einer sich den Staaten überordnenden UNO-Weltinstanz verdrängt.

Das demokratische Recht

In der Demokratie, die dem Anspruch nach auf der Selbstbestimmung des Menschen beruht, entsteht das Recht aus dem Gerechtigkeitsgefühl der freien Menschen, die im wirtschaftlichen und kulturellen Leben Rechte und Pflichten in Verträgen und in Gemeinschafts-Satzungen vereinbaren, sowie im staatlichen Leben durch ihre Abgeordneten allgemeine öffentlich- und zivilrechtliche Gesetze beschließen. Das Recht geht von unten, von den einzelnen Menschen und in ihrer Gesamtheit vom "sich selbst bestimmenden" Volk aus und bindet Exekutive und Judikative. Das Recht ist demokratisch legitimiert, wenn es sich in dieser Weise von unten nach "oben" aufbaut.

Von der UNO wurde aber schon früh eine zunehmende Praxis eingeleitet, individuelle Rechte des Menschen über das Völkerrecht gleichsam von oben zu initiieren, die für die Völker und Menschen verbindlich sind, auch wenn sie von ihnen selbst in ihren Parlamenten nicht beschlossen wurden. Die Art und Weise, in der das Völkerrecht hier instrumentiert wird, müssen wir uns genauer anschauen, um die Vorgänge in der Politik zu durchschauen.

Ursprünglich sind im Völkerrecht die Rechtssubjekte nicht die individuellen Menschen, sondern die einzelnen Staaten, deren Regierungen miteinander völkerrechtliche Verträge abschließen. So schreibt der Völkerrechtler Ulrich Vosgerau: *"Herkömmlicherweise sind eigentlich Staaten die Rechtssubjekte und Akteure des Völkerrechts; sie bringen ihre Interessen in völkerrechtlichen Verträgen möglichst zum Ausgleich, und die Individualperson ist im Völkerrecht eigentlich "mediatisiert", d.h. sie wird mit ihren Rechten und Interessen von ihrem Staat vertreten, ist aber im allgemeinen nicht selbst Völkerrechtssubjekt."*

Diese völkerrechtlichen Verträge müssen von den nationalen Volksvertretern, den Parlamenten, gebilligt werden, damit das demokratische Legitimationsprinzip von unten nach oben gewahrt bleibt. Verbindlich sind diese vertraglichen Vereinbarungen nur für die Vertragsparteien.

Nun hat die UNO als internationale Organisation, der fast alle Staaten der Welt angehören, die Möglichkeit, die Regierungsvertreter aller Mitgliedstaaten zu versammeln und ihnen zur Verbesserung des allgemeinen Rechtsstandards individuelle Rechte für die Menschen ihrer Völker vorzuschlagen, die dann durch Beschluß oder Erklärung der Generalversammlung allen Staaten zur Übernahme empfohlen werden. Verbindlichkeit erlangen sie nur, wenn und insoweit sie durch die Parlamente einzelner, vieler oder aller Staaten in das jeweilige nationale Recht eingegliedert werden. So weit so gut.

Das Völkergewohnheitsrecht

Die UNO benutzt aber auch das Instrument des aus dem angloamerikanischen Recht stammenden "Soft Law" (weiches Recht), um in von ihr initiierten Übereinkünften (compacts), die ausdrücklich keine völkerrechtliche Verbindlichkeit haben, individuelle Rechtsstandards als Ziele vorzugeben, deren Umsetzung den Staaten, die sich daran beteiligen, weitgehend überlassen bleibt.

Dabei wird aber genauer betrachtet die Umsetzung der Ziele als politische Verpflichtung verbindlich vereinbart, während der Modus der Umsetzung unverbindlich sein soll. So üben solche Pakte einen großen Druck aus, auch auf Staaten, die sich daran nicht beteiligen. Denn je mehr Staaten diese Standards über längere Zeit praktizieren, desto sicherer werden sie von Gerichten allmählich als Völkergewohnheitsrechte gewertet, die für alle Staaten, auch für die Nichtunterzeichner gelten.

Eine solche völkergewohnheitsrechtliche Wirkung haben sogar einseitige Erklärungen der UNO-Generalversammlung, auch wenn sie nicht in einen Soft Law-Pakt eingeflossen sind. Das eindrucklichste Beispiel ist die UN-Menschenrechtsdeklaration. Sie war *"ursprünglich eine rein politisch zu verstehende Absichtserklärung der UN-Generalversammlung ohne jede rechtlich bindende Wirkung."* Doch *"sie erstarkte schon in den ersten Jahrzehnten seit ihrer Verkündung (1948) zu Völkergewohnheitsrecht, und jedenfalls wesentliche Kerngehalte der UN-Menschenrechtsdeklaration - welche genau, ist wie immer umstritten - dürfen heute sogar als ius cogens (zwingendes Recht) angesehen werden."* Das betrifft auch zahlreiche weitere Menschenrechtspakte.

Viele Staaten haben wesentliche dieser Menschenrechte in ihre Verfassungen übernommen, wenn, wie in der Bundesrepublik, solche Grundrechte nicht schon vorher darin enthalten waren. Aber gewohnheitsrechtlich gelten sie in der geschilderten Weise auch für alle anderen Staaten.

Der UN-Migrationspakt

Auch die *"New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten"* der UNO-Generalversammlung vom 19.9.2016, die viele Verpflichtungen enthält, die zur Umsetzung in den UN-Migrationspakt geflossen sind, wird, wie letzterer auch, diese völkergewohnheitsrechtlichen Wirkungen entfalten. Der UN-Migrationspakt stellt sich auch ausdrücklich in den Zusammenhang der Menschenrechtserklärung der UNO, wie um indirekt klar zu machen, daß es um ein neues individuelles Menschenrecht für ungehinderte Migration gehe.

"Schon eine Durchsicht des durchweg höchst komplizierten, oft sprachlich uneindeutig formulierten völkerrechtlichen Instruments ergibt, ... daß der herkömmlicherweise wichtigste und zentralste Aspekt des internationalen Migrationsrechts eigentlich fehlt: nämlich das Recht eines jeden souveränen Staates auf Entscheidung über Ob und Wie eventueller Zuwanderung und auf je eigene Gestaltung des nationalen Zuwanderungs- und Asylregimes.

Unter Umkehrung der traditionellen völkerrechtlichen Betrachtungsweise, nach der gleichberechtigte und souveräne Staaten die wesentlichen Akteure und v.a. auch die Rechtssubjekte des Völkerrechts sind, werden die Rechte der Migranten auf weltweite Wanderung und diskriminierungsfreie Niederlassung in den Vordergrund gestellt; diese sollen die Staaten sicherstellen, was wiederum von Stellen der Vereinten Nationen laufend überwacht werden soll."

"An diesem Programm fällt bereits auf, daß hier mit wesentlichen, bislang prägenden Grundsätzen des Völkerrechts wie auch des nationalen Asyl-, Einwanderungs- und Ausländerrechts gebrochen wird; die UN will im Hinblick auf das Migrationsrecht offenbar ein neues Kapitel der Völkerrechtsgeschichte aufschlagen. ...

Bereits in der New York Declaration (vom 19.9.2016), um so mehr aber im GCM (Global Compact for Migration), erscheinen - ganz in der Konsequenz dieses Ansatzes - eher die Individualmensen, also hier die Migranten, als die eigentlichen Rechtssubjekte mit unmittelbaren Rechten gegenüber der Weltgemeinschaft (d.h. in der Sache wohl eher: gegenüber den entwickelten, industrialisierten Ländern, in die sie gerne einwandern würden!), die Staaten hingegen werden offenbar tendenziell zu lokalen oder regionalen Versorgungsagenturen am Rand des großen Trecks, die manchmal allerdings etwas pflichtvergessen sind."

Im herkömmlichen Völkerrecht, in dem nicht die einzelnen Menschen, sondern die Staaten

die Rechtssubjekte sind, sind sie es auch, die über die Einwanderung von einzelnen Migranten, erst recht von größeren Massen, in ihr Hoheitsgebiet entscheiden. Daher, schreibt Dr. U. Vosgerau, *"ist das Ausländer-, Einwanderungs- und Migrationsrecht - auch in ausgesprochenen Einwanderungsländern - immer ein Unterfall des Polizei- und Ordnungsrechts."*

Der Einwanderungswunsch fremder Menschen zumal aus anderen Kulturkreisen ist immer und zunächst einmal eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit. Nur durch die sorgfältige Auswahl der geeignetsten Migranten unter konsequenter Zurückweisung zahlreicher ungeeigneter Kandidaten kann diese Gefahr einigermaßen beherrscht und minimiert werden.

Demgegenüber dreht bereits die New York Declaration - und um so mehr dann der GCM - diese rechtlich-politische Ausgangslage um und geht von einer Art Grundrecht aller Menschen auf weltweite Migration mit allgemeiner Niederlassungsfreiheit aus ("jederzeit und ohne Rücksicht auf ihren Migrationsstatus (d.h. ihren jeweiligen Rechtsstatus)" - "retten, aufnehmen, beherbergen").

Konsequenterweise kommt dann das Konzept der "illegalen Einwanderung" im GCM gar nicht mehr vor (!), es gibt nur noch den "irregulären Zustand" mancher Migranten, dieser wird aber eher als ein Versagen der Aufenthaltsstaaten angesehen, die den Migranten nicht legalisiert haben und dadurch seine Rechte (v.a. auf diskriminierungsfreien Aufenthalt) schmälern."

Das grundlegende demokratische Problem

Wir sehen eine schon sehr weit fortgeschrittene Praxis, durch welche die Staaten, die Schutz- und Sicherheitsorganisationen der Völker, als Rechtssubjekte des Völkerrechts verdrängt werden und an ihre Stelle über alle Grenzen hinweg der internationale Mensch, der rechtlich überall gleichgestellte "Weltbürger" tritt. Zugleich wird das Selbstbestimmungsrecht der Menschen und Völker auf ihre eigene demokratische Rechtssetzung von unten nach oben sukzessive ausgeschaltet und ein "Weltrecht" von oben etabliert.

"In demokratischen Verfassungsstaaten ... wird Legitimität von unten nach oben aufgebaut. Ein Gesetz ist legitim, wenn es, hauptsächlich kraft des verfassungsmäßig vorgesehenen Verfahrens, letztlich als Ausdruck des Selbstbestimmungsrechts eines Volkes angesehen werden kann. Globale Zielvereinbarungen internationaler Organisationen wie eben der GCM stellen dieses Prinzip auf den Kopf.

Nach ihrer Konzeption soll eine nationale Migrationspolitik dann legitim sein, wenn sie den übergeordneten, äußerst migrationsfreundlichen Zielsetzungen des GCM entspricht. D.h., dem GCM liegt eher der Gedanke einer allmählichen rechtspolitischen Erziehung der Völker zugrunde, nicht aber deren jederzeitige demokratische Selbstbestimmung."

Hier geschieht etwas Tiefgreifendes, wie U. Vosgerau aufmerksam macht. Das völkerrechtliche Soft Law wird einerseits als harmlos, weil unverbindlich dargestellt, erlangt aber andererseits, auch unter tatkräftiger Mithilfe von NGOs, Aktivisten, Medien und "Zivilgesellschaft" als verbindlicher Standard allmählich gewohnheitsrechtliche Wirkung, an dem die nationale Rechtspraxis zu messen ist. Dies werde schleichend das Rechtsgefühl und das Legitimitätsbewußtsein der Menschen verändern.

Doch nicht nur der Legitimationsgedanke werde sich verändern, sondern auch das Verständnis von der Struktur des Rechts. *"Das Recht internationaler Organisationen - dies sieht man etwa auch im Europarecht - ist zumeist "politisches Recht". D.h., es soll nicht primär die in einer Gesellschaft ohnehin vorfindlichen Rechts - und Gerechtigkeitsvorstellungen zusammenfassen, auf den Punkt bringen und von Widersprüchen reinigen, sondern es soll ein bestimmtes Rechtsgefühl überhaupt erst erzeugen.*

Entsprechend geht der GCM als Rechtstext nicht von Tatbeständen und Rechtsfolgen, sondern von zu erreichenden Zielen aus, die übrigens vielfach einen durchaus utopischen Charakter haben. Damit ähnelt er strukturell dem Planungsrecht. Wo solche zielorientierten Normtexte

mit teils utopischem Charakter sich mehr und mehr als 'internationaler Standard', als 'menschrechtliche Vorgabe der Vereinten Nationen, an denen die nationale Rechtspraxis zu messen ist', durchsetzen (wobei es, wie bereits erwähnt, weniger auf das Handeln der Regierung und staatlicher Stellen ankommt, sondern eher auf die Kommunikation in den Massenmedien), dort verändert sich das Rechtsbewußtsein der Bevölkerung.

In legitimatorischer Hinsicht gilt dann statt des Satzes:

'Demokratisch legitimiert ist, was aus freien Wahlen hervorgegangene Parlamente beschlossenen haben, im einen Land ist es so, im nächsten ganz anders, und Wahlen können die bisher praktizierte Politik schnell ändern' nunmehr:

'Legitimiert ist, was in Übereinstimmung mit den internationalen Vorgaben steht; diese gelten auf der ganzen Welt in gleicher Weise.

Auch die Struktur des Rechts wird unter dem Eindruck internationaler, zielorientierter Regelungswerke immer weniger verstanden. Im Rechts- und Verfassungsstaat gilt eben, und dazu benötigt man keinen GCM:

'Recht ist, wenn an festgeschriebene Sachverhalte klare Rechtsfolgen geknüpft werden. Alle Staatsgewalten sind an das geschriebene Recht gebunden'.

Tendenziell wird daraus:

'Recht ist, wenn das staatliche Handeln den im GCM vorgeschriebenen Zielen dient'.

Ohne also zunächst überhaupt formalrechtlich verbindlich zu sein, trägt der GCM zum Abbau und zur Schwächung des demokratischen und rechtsstaatlichen Bewußtseins der Bevölkerung bei. Er schwächt und verunklart den demokratischen Selbstbestimmungsgedanken."

Ausblick

Das bedeutet, mit dieser unterschweligen Veränderung des Bewußtseins geht einher, daß keine Verteidigung der Selbstbestimmung, der Freiheit, mehr stattfindet. Das Widerstandspotential bei den Menschen schwindet. Sie werden zu folgsamen Sklaven, wenn nicht gar zu fanatischen Verfechtern eines Weltrechts von oben, ohne daß es ihnen selbst zum Bewußtsein kommt. Dieser Prozeß hat ja bereits weite Teile der Bevölkerung erfaßt.

Die UNO zeigt sich immer deutlicher in der Entwicklung zu einer Weltregierung, die zugleich Weltgesetzgeber ist. Wir stehen inmitten eines Prozesses zu einer totalitären Weltordnung mit einem Völkerrecht als "Weltverfassung", in der alle Menschen als "Weltbürger" überall die gleichen Rechte erhalten und die zahlreichen unterschiedlichen Nationalstaaten allmählich überflüssig werden. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 11/2018 berichtete im November 2018:

>>Globaler Pakt zum Volksaustausch

_ von Amelie Winther

Am 11. Dezember soll in Marokko ein UNO-Abkommen unterzeichnet werden, das bisher illegale Migration legalisieren will. Trump und Orban sind bereits ausgestiegen - und das aus guten Gründen.

Der sogenannte Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration (GCM) umfaßt in der am 13. Juli 2018 von den Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen - mit Ausnahme der USA und Ungarns - angenommenen Version 34 Seiten. Es wären weniger nötig gewesen, hätte man Wohlfühlfloskeln wie Nachhaltigkeit, Kooperation und Menschenrechte weggelassen. Die wirken einigermaßen grotesk, denn auch Länder wie Saudi-Arabien, deren Menschenrechtsverletzungen mit Händen zu greifen sind, werden den Pakt unterzeichnen. Sie stellen auch die Sicht auf den Kern des Abkommens: Es geht um ein "universales Menschenrecht auf Niederlassungsfreiheit", wie es der Nationalrat der Schweizerischen Volkspartei und Juraprofessor Hans-Ueli Vogt zusammenfaßt.

Bei der wirtschaftlichen Überlegenheit des globalen Nordens ist es nicht schwer, sich vorzustellen, in welche Richtung sich die zu erwartenden Massenwanderungen - und zwar nach der

Vorstellung des GCM auf einfacheren, nämlich legalen Routen - bewegen werden. Die UNO spricht von aktuell 250 Millionen Migranten weltweit - tatsächliche Flüchtlinge sind hierbei noch nicht einmal berücksichtigt. Der Druck nimmt allein durch das immense Bevölkerungswachstum in Afrika weiter zu, und viele der dortigen Staatslenker haben ein vitales Interesse an einem international anerkannten Ventil, um den Überschuß an Unzufriedenen und potentiellen Unruhestiftern loszuwerden.

Maulkorb für Kritiker

Die UNO stellt die pauschale These auf, der GCM - ein "internationaler Meilenstein in Sachen Migration" - sei "zum Wohle aller". Solche universalen Heilsversprechen sind mit Vorsicht zu genießen, besonders wenn sie durch eine entsprechende mediale Lenkung der Öffentlichkeit schmackhaft gemacht werden sollen. Ziel 17 des Vertrags betrifft die "Eliminierung jeder Form der Diskriminierung" und die "Gestaltung der Wahrnehmung von Migration".

Dazu gehören neben Meldemechanismen für Haßreden oder Gewalt gegen Migranten auch "Sensibilisierung und Schulung von Medienschaffenden zu migrationsspezifischen Fragen und Terminologie" sowie die Streichung öffentlicher Zuwendungen für "Medienunternehmen, die systematisch Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und andere Formen von Diskriminierung gegenüber Migranten fördern".

Auch wenn der Globale Pakt für Migration die "Achtung der Pressefreiheit" betont: Schon heutige Vorstöße - wie etwa die der selbsternannten Neuen deutschen Medienmacher, die "Armutszuwanderung" als "abwertend" einschätzen, im Begriff "Asylkritiker" einen Euphemismus für "rassistische" oder "rechtsextreme" Meinungen sehen und sogar beim Pronomen "wir" zur Vorsicht raten - zeigen, daß eine sprachliche Steuerung des öffentlichen Diskurses zur politischen Waffe werden kann. Mit Ziel 17 ließe sich rechtfertigen, im Namen der UN kritische oder auch nur skeptische Stimmen zur unbegrenzten Migration zum Verstummen zu bringen.

Unter solchen Argusaugen könnte selbst der anerkannte Philosophieprofessor Julian Nida-Rümelin zur Persona non grata in der Migrationsdebatte werden. Immerhin stellt der Ex-SPD-Kulturstaatsminister fest, daß offene Grenzen das Elend der Welt nicht wesentlich mildern, die Herkunftsregionen weiter schwächen und die sozialen Konflikte in den Aufnahmeländern verschärfen. Auch Paul Colliers Erkenntnisse würden diskreditiert. Der Oxford-Ökonom folgt mit seinem Buch Exodus. Warum wir Einwanderung neu regeln müssen dem wissenschaftlichen Grundsatz, ein Thema "ohne Zorn und Eifer" anzufassen, genügt aber damit wohl nicht den Ansprüchen des GCM, Migration ausschließlich positiv darzustellen.

Er kommt nämlich zu solchen Schlüssen: "Möglicherweise würde eine ständig zunehmende kulturelle Vielfalt nach und nach die gegenseitige Rücksichtnahme untergraben, und die nicht absorbierten Auslandsgemeinden würden an dysfunktionalen Aspekten der Sozialmodelle festhalten, die zum Zeitpunkt ihrer Auswanderung in ihren Herkunftsländern bestimmend waren. Eine andere mögliche Folge einer weiteren Zunahme der Migration bestünde darin, daß kleine, arme Länder wie Haiti, die ihren größten Talenten wenig zu bieten haben, einen immer größeren Verlust von Fähigkeiten erleiden würden: einen Exodus." Dieses Problem des sogenannten Braindrain kommt im Migrationspakt nur am Rande vor.

Handschrift von Davos

Volkswirt Norbert Häring, Redakteur beim Handelsblatt, wies in einem Blogbeitrag vom 21. Juli 2018 auf das dem GCM dienliche "intensive Lobbying der im Weltwirtschaftsforum versammelten internationalen Großkonzerne, ... die hochmobile Arbeitskräfte sehr nützlich finden", hin. Die Ziele des Weltwirtschaftsforums von Davos faßte er so zusammen:

"Politische Parteien, die Zuwanderung zu begrenzen und zu kontrollieren versprechen, sind ein Problem. Sie schaden der Wirtschaft. Migration sollte man heute nicht mehr als eine Beziehung zwischen Individuum und Staat verstehen, sondern als Beziehung zwischen Indivi-

duum und Arbeitgeber, vermittelt über den Staat. Staat und Zivilgesellschaft sollen in Partnerschaft mit der Privatwirtschaft (sinngemäß) eine Willkommenskultur etablieren.

Beteiligt an der Ausarbeitung des Vertrags war unter anderem die Internationale Organisation für Migration (IOM), die auch regelmäßig in Davos zugegen ist. Deren Generaldirektor William Lacy Swing vertrat dort 2015 die Meinung, daß es "im Moment nicht genug politischen Mut zur Migration" gebe. Schon im Jahr zuvor hatte er, ebenfalls beim Jahrestreffen der Wirtschaftslobbyisten in dem Schweizer Nobelort, den "Megatrend Migration" als "unumgänglich, nötig und wenn richtig gesteuert, wünschenswert" bezeichnet, um dann die demographische Karte zu spielen: "Während der Norden überaltert, fehlt den Menschen im Süden Arbeit.



Die Austauschmigration (Replacement Migration), von der UNO schon länger in ihren Zukunftsszenarien angepriesen, ist menschenverachtend: Die geburtenstarken Länder im Süden werden zum demographischen Selbstbedienungsladen der reproduktionsschwachen Industrienationen deklariert. Gleichzeitig werden die spezifische Identität der Völker und der innere Frieden der Staaten - siehe Nida-Rümelin und Collier - zur Disposition gestellt, damit die demographische Dividende stimmt. Das hat mit wahrer Humanität wenig zu tun.

Pochen auf Souveränität

Ein weiterer problematischer Aspekt des GCM - von dem niemand sagen kann, ob ihn die EU über kurz oder lang in bindendes Recht ummünzt - ist die fehlende demokratische Legitimation. Weder die, die ihn ausgearbeitet haben, noch die, die ihn am 11. Dezember in Marrakesch unterzeichnen werden, nämlich die Ständigen Vertreter der UN-Mitgliedsstaaten, noch der Inhalt sind von Parlamenten oder gar durch Volksabstimmungen abgesegnet worden. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 12/2018 berichtete im Dezember 2018: >>**Der Pakt: "Nicht bindend"?**

_von Karel Meissner

Das von der UNO vermittelte Abkommen für globale Migration zerstört die Souveränität der Staaten - dabei war diese Souveränität das Fundament der Vereinten Nationen. Wie konnte der Gärtner zum Bock werden?

Wie kann eine Institution, die sich "Vereinte Nationen" nennt, zu einem Rammbock gegen die Nationen werden? Wie kann sie einen Pakt initiieren, der souveräne Nationen verpflichtet,

Millionen Fremde aufzunehmen und ihnen dieselben Rechte, Jobs, Gesundheitsversorgung und Renten zu bieten wie den Einheimischen? Genau das ist der Inhalt des Global Compact for Migration, der auf einer UN-Konferenz am 10./11. Dezember in Marrakesch unterzeichnet werden soll.

Man komme nicht mit dem Argument, die UNO sei als Konsequenz aus dem Nationalsozialismus entstanden, und deswegen dürfe niemand "diskriminiert" werden, wenn er illegal Grenzen überschreite. Es stimmt zwar, daß die "Deklaration der Vereinten Nationen" auf die Atlantik-Charta zurückgeht, die US-Präsident Franklin D. Roosevelt und der britische Premier Winston Churchill 1942 im Krieg gegen Hitler-Deutschland entwarfen. Aber deren Prinzip war ja gerade, die Souveränität der Nationalstaaten, die durch die deutsche Besetzung von halb Europa zerstört worden war, wiederherzustellen.

Diese Souveränität wurde sogar in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen ab 1945 noch respektiert, wenigstens auf dem Papier: Die NS-Führer wurden in erster Linie wegen "Verbrechen gegen den Frieden", also Aggression gegen andere Staaten, angeklagt - aber nie wegen ihrer Innenpolitik bis 1938, auch nicht was die grausame Judenverfolgung anging. Keine Einmischung in innere Belange der Nationalstaaten - das war der eherne Grundsatz der UN. Deswegen gab es auch während des Kalten Krieges nie Resolutionen gegen Diktatoren, egal ob gegen linke wie Mao oder gegen rechte wie Franco, was deren Politik im eigenen Land anging. ...

Die Transformation der UNO

Die neuartigen Zwitterformen internationaler Beratungen - parallel zu den angestammten UN-Gremien und im Unterschied zu diesen mit einem starken Einfluß nichtstaatlicher Pressure Groups in Form der NGOs - spielten nicht nur im Bereich der Klimapolitik eine wichtige Rolle, sondern auch bei der Durchsetzung von Gender Mainstreaming und anderen Dogmen der Achtundsechziger.

Sie sind insgesamt Kennzeichen der Neuen Weltordnung, die sich nach dem Ende der Bipolarität herausgebildet hat. Marguerite Peeters, Direktorin des Instituts für die Dynamik des Interkulturellen Dialogs in Brüssel, hat die Prozesse 2007 für das *Vatican Magazin* untersucht: "Der entscheidende politisch-strategische Faktor zur Durchsetzung der Kulturrevolution war die tatsächliche Kontrolle über die UN-Maschinerie durch NGOs - die Motoren der Revolution - und andere nicht-staatliche Akteure: eine Kontrolle, die sich indirekt über das Sekretariat der UNO auch auf die Mitgliedsstaaten erstreckte. Die NGOs waren die privilegierten Partner des UNO-Sekretariates und seiner Untergliederungen."

Vor diesem Hintergrund kann auch nicht beruhigen, wenn die Bundesregierung in Bezug auf den Migrationspakt hervorhebt, er sei "rechtlich nicht bindend". In schreiendem Kontrast dazu steht ja bereits, daß in dem Text an fast hundert Stellen davon die Rede ist, daß sich die Unterzeichnerstaaten zu einer Aufnahme von Migranten "verpflichten", einschließlich sogenannter Klimaflüchtlinge. Tatsächlich ist es dieselbe Vorgehensweise wie in der Klima- und Genderpolitik: Die Vorgaben sind streng juristisch gesehen zwar nicht einklagbar; aber sowohl mächtige Lobbyorganisationen als auch die linksgerichtete Presse werden sich darauf berufen und Druck machen.

Insbesondere Richter können sofort mit Verweis auf den Migrationspakt - wie bei den Dieselverboten mit Verweis auf die Klimaziele des IPCC - Musterurteile fällen und damit Rechtskonventionen stiften. Man bedenke: Die ebenfalls "nicht bindende" Gender-Resolution der UN-Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 wurde innerhalb von zwei Wochen (!) von der EU-Kommission übernommen und eine entsprechende Arbeitsgruppe eingerichtet, die dieses "Soft Law" dann in allen Mitgliedsländern durchsetzte. Das droht auch bei der Massenmigration. Millionen von Afrikanern sehen dem Vertragsabschluß Mitte Dezember freudig entgegen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 12/2018 berichtete im Dezember 2018:

>>**Ghostwriter Soros**

_von Daniell Pföhringer

... Weltweite Grenzenlosigkeit und Freizügigkeit - das ist der Traum von George Soros, der vorgibt, Philanthrop zu sein, aber immer nur schnöde Kapitalinteressen verfolgt. Von Humanität und "Migration zum Nutzen aller" sprach auch die im September 2016 von den Staats- und Regierungschefs der UNO beschlossene "New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten", die den Ausgangspunkt des dann unter Federführung Mexikos und der Schweiz ausgearbeiteten Global Compact for Safe, Orderly und Regular Migration (GCM) bildete.

Der Pakt läßt die Grenzen zwischen tatsächlichen Flüchtlingen und sonstigen Migranten verschwimmen, will bislang illegale Migration legalisieren, sieht in interkontinentalen Wanderungsbewegungen grundsätzlich etwas Positives und redet vor allem den Staaten des Westens ein schlechtes Gewissen und eine Verantwortung für das Schicksal der Menschen in den Drittweltländern ein.

Heilsfigur Migrant

... Davon, daß Migration für die Zielländer größtenteils ein Defizitgeschäft darstellt, wollen weder der GCM noch Soros etwas wissen. Letzterer fordert gar, daß jeder der rund eine Million (später reduzierte er die Zahl freundlicherweise auf 500.000) Kostgänger, die die EU in jedem Jahr aufnehmen solle, 15.000 Euro Stütze jährlich erhalten müsse. Eine entsprechende Rundumversorgung zur "Integration" sieht auch der Migrationspakt vor.

"Verbesserung der Verfügbarkeit und Flexibilität der Wege für eine reguläre Migration."

Ziel des GCM

Und nicht nur das. Im GCM heißt es, daß "allen Migranten, denen in Transit- und Zielländern die Freiheit entzogen wird oder werden könnte, Zugang zur Justiz" zu gewähren sei, "unter anderem, indem der Zugang zu einer kostenlosen oder bezahlbaren qualifizierten und unabhängigen Rechtsberatung und -hilfe sowie der Zugang zu Informationen und dem Recht auf ordnungsgemäße Prüfung einer Anordnung zur Freiheitsentziehung erleichtert werden". ...

Freie Fahrt für NGOs

Das wird auch noch an einem anderen Punkt deutlich. In seinem Beitrag fordert der Megaspekulant sichere Reiserouten für Migranten, "darunter zunächst der Weg von Griechenland und Italien in ihre Zielländer". ...

Und was steht dazu im Migrationspakt? Als Ziel Nummer fünf wird eine "Verbesserung der Verfügbarkeit und Flexibilität der Wege für eine reguläre Migration" ausgegeben. Und schon unter Punkt acht verpflichten sich die unterzeichnenden UN-Staaten nicht nur dazu, sogenannte Such- und Rettungsaktionen selber auszubauen, sondern auch private "Seenotrettung" nicht mehr als ungesetzlich zu qualifizieren.

Mit anderen Worten: Dem Treiben der NGO-Schiffe auf dem Mittelmeer, dem Italiens Innenminister Matteo Salvini durch seine Konsequenz und Beharrlichkeit zuletzt einen Riegel vorschieben konnte, soll ein Freibrief erteilt werden. Notabene: Jene NGOs werden maßgeblich von den Open Society Foundations des George Soros unterstützt. Noch Fragen?<<

Schlußbemerkungen

Die wesentliche Aufgabe der Vereinten Nationen bestand ursprünglich darin, als globales Steuerungsinstrument bzw. als positives internationales Ordnungsmittel internationale Konflikte gewaltfrei zu lösen, aber die gegenwärtigen Pläne und Ziele sehen völlig anders aus. Die Vereinten Nationen verteidigen schon längst nicht mehr die demokratischen Grundwerte, die Interessen des Gemeinwohls und die Selbstbestimmung der einzelnen Nationalstaaten, sondern sie setzen sich in erster Linie für die totalitäre Herrschaft des Geldes bzw. der Reichen und für die Durchsetzung eines Weltstaates sowie für gesellschaftszerstörende Ideo-

logien (Genderismus) ein.

Anstatt das Selbstbestimmungsrecht aller Mitgliedsstaaten zu schützen, mischen sich die Vereinten Nationen und ihre Spezialorgane UNICEF, der Hohe Flüchtlingskommissar der VN (UNHCR) und die Welthandelskonferenz (UNCTAD) sowie Sonderorganisationen, wie z.B. die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO), die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), der Internationale Währungsfonds (IWF), die UNESCO und die Weltgesundheitsorganisation (WHO) seit Jahrzehnten verstärkt in die inneren Angelegenheiten der Nationalstaaten ein.

Die UN und die verbundenen supranationalen Organisationen nötigen oder zwingen die ihnen angehörenden Mitgliedsländer seit Jahrzehnten, ihre Souveränität und nationale Rechte an die internationalen NWO-Organisationen abzutreten und ständig neue Pseudo-Menschenrechte zu akzeptieren, um angeblich weiterhin ein friedliches Zusammenleben in der globalisierten Welt zu gewährleisten.

Obgleich nicht wenige Mitglieder des UN-Menschenrechtsrats zu den schlimmsten Menschenrechtsverletzern zählen, maßt es sich der islamisch unterwanderte UN-Menschenrechtsrat an, der "christlichen westlichen Welt" ständig weitere verbindliche Vorgaben zur staatlichen Durchsetzung von vermeintlichen Pseudo-Menschenrechtsansprüchen zu machen. Auch der umstrittene Migrationspakt der Vereinten Nationen ("Global Compact for Migration" = Wiedereinführung des im 19. Jahrhunderts verbotenen Sklavenhandels) wurde durch den sogenannten "UN-Menschenrechtsrat" erstellt.

Mitglieder des UN-Menschenrechtsrats sind gegenwärtig z.B.: Angola, Kongo, Nigeria, Senegal, Afghanistan, Nepal, Pakistan, Katar, Chile, Mexiko.

Die globale Migration und die Errichtung einer multikulturellen Gesellschaft werden durch den NWO-Moloch Vereinte Nationen systematisch geplant und gefördert. Diese kriminelle NWO-Verschwörer-Clique des Geldadels und der Weltkonzerne besitzt einen gigantischen Machtapparat, der global die gesamte Wirtschaft und Politik beherrscht und lenkt.

Diese verdeckt agierende Terror-Organisation verfügt über ein weltweites Netzwerk von Geheim- und Tarnorganisationen (Vereinte Nationen, UN-Sonder- und Unterorganisationen, Nichtregierungsorganisationen, zivilgesellschaftliche Interessenverbände usw.). Der NWO-Moloch Vereinte Nationen strebt u.a. folgende Ziele an: Vermischung der Völker, Zerstörung der Familien, Schaffung von gleichgeschalteten und total überwachten Einheitsmenschen, rechtliche und wirtschaftliche Entrechtung der Menschen (Wiedereinführung der Sklaverei), Vernichtung der souveränen Nationalstaaten sowie Installierung einer totalitären Weltregierung.

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.10.2021

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Das Sonderheft Nr. 8 wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x051/79) = Das große Lexikon des Dritten Reiches. München 1985, Seite 79.

x024	Kuhn, Ekkehard: <u>Nicht Rache, nicht Vergeltung</u> . Die deutschen Vertriebenen. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x026	Nawratil, Heinz: Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten. München/Berlin 1988.
x041	Hillgruber, Andreas, und Jost Dülffer (Hg.): PLOETZ " <u>Geschichte der Weltkriege</u> ". Mächte, Ereignisse, Entwicklungen 1900-1945. Freiburg/Würzburg 1981.
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): Das große Lexikon des Dritten Reiches. München 1985.
x058	Tenbrock, Robert H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen</u> . Ausgabe G. Band 2. Die geschichtlichen Grundlagen der Gegenwart; 1776 bis heute. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1970.
x067	Hüttenberger, Peter u.a. (Hg.): <u>Geschichtsbuch</u> . Band 4. Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten. Vom Ende des 1. Weltkrieges bis heute. 1. Auflage. Berlin 1988.
x069	Klett, Ernst (Hg.): Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk. Band IV. <u>Um Volksstaat und Völkergemeinschaft</u> . E. Klett Verlag, Stuttgart 1967.
x075	Grosser, Alfred: <u>Ermordung der Menschheit</u> . Der Genozid im Gedächtnis der Völker. München/Wien 1990.
x086	Stigmayer, Alexandra (Hg.): <u>Massenvergewaltigung</u> . Krieg gegen Frauen. Frankfurt/Main 1993.
x106	Chronik Verlag (Hg.): Chronik des Zweiten Weltkrieges. 1. Auflage. Gütersloh/München 1994.
x128	Kampmann, Wanda, und Berthold Wiegand (Hg.): <u>Politik und Gesellschaft</u> . Band 2. 1917 bis heute. 7. aktualisierte Auflage. Frankfurt/Main 1980.
x268	Nawratil, Heinz: <u>Der Kult mit der Schuld</u> . Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage. München 2004.

x297	Ebeling, Hans und Wolfgang Birkenfeld (Hg.): <u>Die Reise in die Vergangenheit. Band 4. Zeitgeschichte.</u> 1. Auflage. Braunschweig 1995.
x306	Schrenck–Notzing, Caspar Freiherr von: <u>CHARAKTERWÄSCHE.</u> Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen. Graz 2015.
x322	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Volksaustausch.</u> Geburtensturz und Überfremdung. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 18. Werder (Havel) 2018.
x335	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Finanz-Mächte.</u> Kriminalgeschichte des Großen Geldes. COMPACT-Geschichte Nr. 20. Werder (Havel) 2018.
x349	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Feindbild Familie.</u> Politische Kriegsführung gegen Eltern und Kinder. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 3. Werder (Havel) 2013.

Internet

x853	THEOLOGISCHES, katholische Monatschrift: http://www.theologisches.net/-index.php?option=com_content&view=article&id=52&Itemid=58 - März 2015.
x881	http://horst-koch.de/fluechtlingsstroeme/ - Dezember 2016.
x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x892	http://www.civitas-institut.de/index.php?option=com_content&view=article&id = Januar 2018
x893	http://www.katholisches.info ... - Februar 2018
x902	https://www.freiewelt.net/ - Januar 2019
x938	http://www.gottliebuns.com/round_table_cfr_3.htm – Juli 2019
x939	https://horst-koch.de/christentumnwo-thuerkauf/ – Juli 2019
x974	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2018/11/24/weltmacht-uno-antidemokratische-rechtssetzung-von-oben/ – November 2019